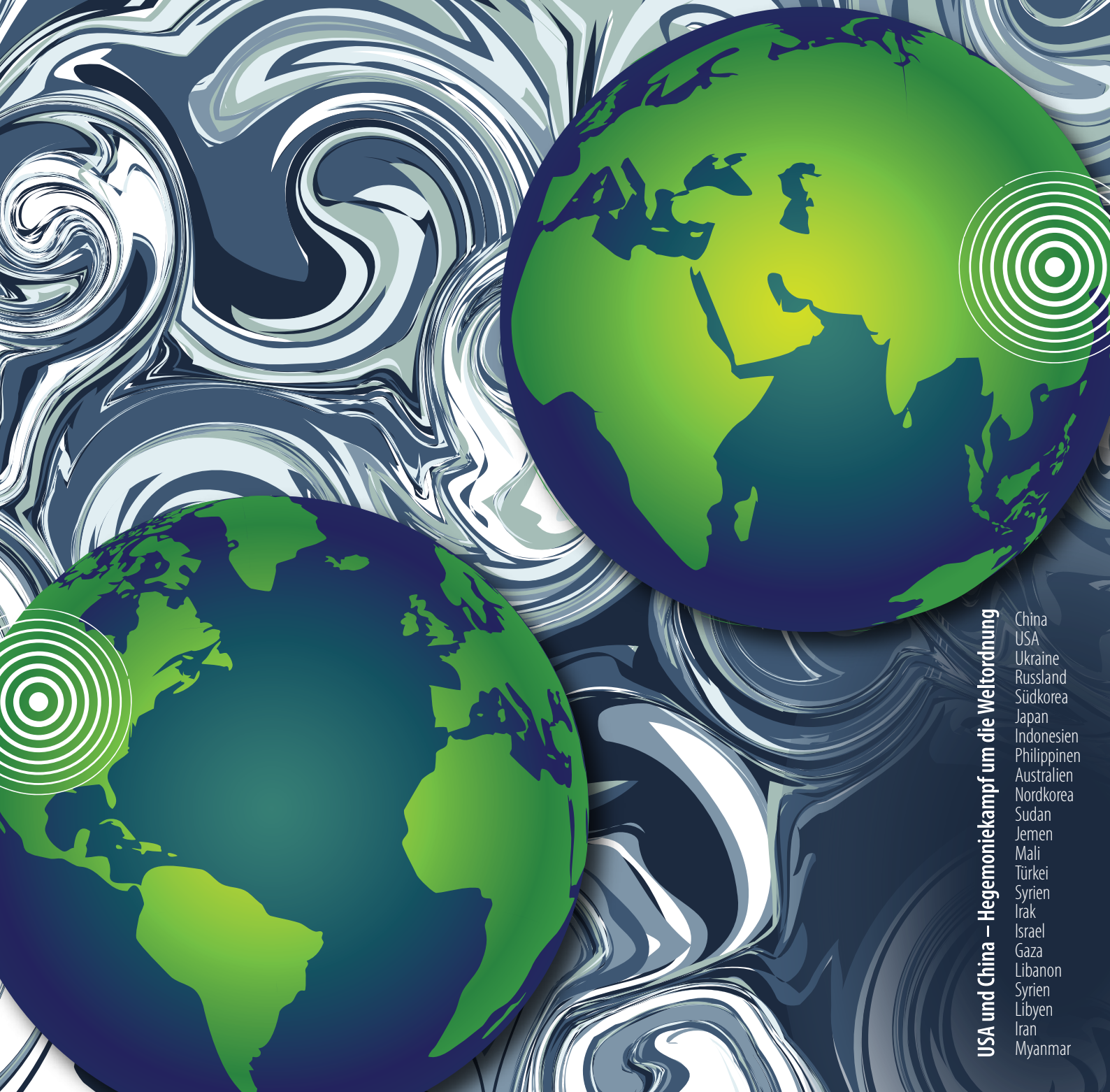


DISS

Journal

► DISScourse
► DISSagree
► DISSorder

#45
Juni 2023



USA und China – Hegemoniekampf um die Weltordnung

China
USA
Ukraine
Russland
Südkorea
Japan
Indonesien
Philippinen
Australien
Nordkorea
Sudan
Jemen
Mali
Türkei
Syrien
Irak
Israel
Gaza
Libanon
Syrien
Libyen
Iran
Myanmar

DISS-Journal #45

ZEITSCHRIFT DES DUISBURGER INSTITUTS FÜR SPRACH- UND SOZIALFORSCHUNG

Juni 2023

VERLAG WESTFÄLISCHES
DAMPFBOOT

DISS
Journal

IMPRESSUM

DISS-Journal
ISSN 2701-3081

Duisburger Institut für Sprach-
und Sozialforschung (DISS)
Siegstr. 15
47051 Duisburg

Tel.: 0203/20249
info@diss-duisburg.de

Homepage: www.diss-duisburg.de
Blog: www.disskursiv.de

REDAKTION

Guido Arnold
Wolfgang Kastrup
Helmut Kellershohn
Anna-Maria Mayer
Benno Nothardt
Jobst Paul

LAYOUT

Guido Arnold

HEFT-BESTELLUNG

info@diss-duisburg.de
Tel.: 0203/20249

Schutzgebühr: 4 EUR
kostenfrei für Mitglieder
des DISS-Förderkreises



Karl Lauschke

„Die Gegenwart als Werden erfassen“

Inhalt, politischer Kontext
und Rezeption von Georg
Lukács' Geschichte und
Klassenbewusstsein

2023 – 528 Seiten – 38,00 €
ISBN 978-3-89691-085-1

Christopher Schmidt

**Vergesellschaftung,
Sozialisierung,
Gemeinwirtschaft**
Transformationspfade
in eine andere Gesellschaft

2023 – 182 Seiten – 25,00 €
ISBN 978-3-89691-088-2

2., Auflage

Jürgen Leibiger

**Eigentum
im 21. Jahrhundert**

Metamorphosen,
Transformationen,
Revolutionen

2023 – 381 Seiten – 38,00 €
ISBN 978-3-89691-073-8

WWW.DAMPFBOOT-VERLAG.DE



Inhalt

3	INHALT
4	VORWORT
5	(UNGEHALTENE) REDE ZUM OSTERMARSCH 2023 <i>Von Helmut Loeven</i>
6	USA UND CHINA – HEGEMONIEKAMPF UM DIE WELTORDNUNG <i>Von Wolfgang Kastrup</i>
14	HÖCKES KRIEGSREDE AM 3. OKTOBER 2022 IN GERA <i>Von Helmut Kellershohn</i>
18	„ES GEHT UM UNSERE NATION. ES GEHT UM UNSERE FREIHEIT.“ LEKTIONEN AUS DEM UKRAINE-KRIEG AUS DER SICHT DER JUNGEN FREIHEIT <i>Von Helmut Kellershohn</i>
24	DER FALL MAAßEN <i>Von Theo Morell</i>
30	GRÜNER KAPITALISMUS – DIE LÖSUNG? <i>Von Lukas Gerke</i>
32	KLIMATECHNOLOGISCHER KOLLAPS <i>Von Guido Arnold</i>
36	CHATGPT – EIN POLITISCHES DESASTER <i>Von Guido Arnold</i>
42	JUNG, MÄNNLICH, MIGRANTISCH – EXPLOSIV! ZUR DISKURSIVEN VORGESCHICHTE DER SILVESTERDEBATTE 2022/2023 <i>Von Isolde Aigner</i>
47	ZWISCHEN REPRESSION UND VERSTÄNDNIS KOMMENTARANALYSEN ZU DEN EREIGNISSEN DER SILVESTERNACHT 2022/23 <i>Von Maria Kim Anastasia Pawlinski, Nuran Taner und Constantin Walkerling</i>
50	ZUR KRÖNUNG VON CHARLES III. <i>Von Jobst Paul</i>
54	LESETIPPS <i>Leseempfehlungen von Helmut Kellershohn, Benno Nothardt, Christian Sydow und Wolfgang Kastrup</i>
57	„ICH ÜBERLEGE, MEIN BAUCH ENTSCHEIDET“ HEINRICH STRUNK – NACHLASSAUSSTELLUNG <i>Veranstaltungsempfehlung von Margarete Jäger und Benno Nothardt</i>
57	ERST STIRBT DAS RECHT, DANN DER MENSCH 30 JAHRE NACH GRUNDGESETZÄNDERUNG & SOLINGEN <i>Von Heiko Kauffmann</i>
59	AUS DEM INSTITUT



Vorwort

Seitdem Putin den guten alten Lenin zur Unperson, Stalin dagegen zum Vorbild und die Kriegspredigten des Patriarchen Kyrill zu aufbauenden Traktaten erklärt hat, erscheint es ratsam, wieder einmal in die alten Texte Lenins hineinzuschauen, die er während des Ersten Weltkrieges im Schweizer Exil geschrieben hat. Im April 1916 veröffentlichte er Thesen zum Selbstbestimmungsrecht der Nationen unter den Bedingungen eines Weltkrieges, in dem sich zwei imperialistische Blöcke gegenüberstanden. Mit Blick auf eine zukünftige sozialistische Revolution im Zarenreich schrieb er: „Die Tatsache, daß der Kampf gegen eine imperialistische Macht für die nationale Freiheit unter bestimmten Bedingungen von einer anderen ‚Großmacht‘ für ihre ebenfalls imperialistischen Ziele ausgenutzt werden kann, kann die Sozialdemokratie genausowenig bewegen, auf die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen zu verzichten, wie die mehrfachen Fälle der Ausnutzung der republikanischen Losungen durch die Bourgeoisie [...] die Sozialdemokratie bewegen können, auf ihren Republikanismus zu verzichten.“

Die Ukraine gehört nicht (mehr) zur Russischen Welt (Russkij Mir). Ihr Selbstbestimmungsrecht anzuerkennen, will nicht nur Putin und Kyrill partout nicht einfallen, sondern auch den sog. ‚Putinverstehern‘ in Europa und speziell Deutschland, die den Ukrainekrieg als Auftakt zur Abrechnung mit dem „Regenbogenimperium“ der angelsächsischen Vormacht sehen und von einem europäischen „Großraum“, selbstverständlich unter deutscher Führung, träumen, den sie mit russischer Hilfe zu installieren trachten. Björn Höckes Kriegsrede in Gera ist diesbezüglich ein Thema in diesem Heft, kontrastiert mit dem Ansinnen der „realistischen“ Fraktion der extremen Rechten, die „Zeitenwende“ diskursiv zu okkupieren, um die Nation endlich mental und militärisch (sogar zur Atommacht?) aufzurüsten und in den Zustand der viel beschworenen Souveränität zu versetzen, wenn auch noch, unter den gegebenen Bedingungen, innerhalb der NATO.

Im Ukrainekrieg geht es aber nicht nur um die nationale Unabhängigkeit, sondern auch, gewissermaßen überdeterminiert, um die zukünftige Weltordnung. In dieser Hinsicht ist der Ukrainekrieg ein Vorspiel zu einer noch schwerwiegenden Konfrontation. Aus der Sicht amerikanischer Militärstrategen, schreibt Wolfgang Kastrup in seinem Beitrag, bleibe Russland „zwar durch seine Nuklearmacht weiterhin strategisch bedeutend, China als neue Nuklearmacht habe aber gegenüber Russland politisch, ökonomisch und militärisch eine andere Größenordnung, es sei ein systemischer Rivale, der die Weltordnung bedrohe“. Kastrup untersucht die Determinanten dieser sich schrittweise zuspitzenden Systemrivalität.

In einem zweiten Schwerpunkt geht es um die Engführung der ökologischen Transformation auf den sogenannten *Green New Deal*. Dringend benötigte, weiterreichende Konzepte wie die Option eines *Degrowth*, passen nicht in die grün gefärbte, kapitalistische Fortschrittsgläubigkeit.

Die Zuversicht der Politik, den ökologischen Kollaps rein *technologisch* abwenden zu können, klingt geradezu naiv angesichts des Energiehungers des vermeintlichen Allzweckheilmittels der künstlichen Intelligenz. Auf deren *politische* Schädigung blicken wir mit einer kritischen Untersuchung des derzeitigen Hypes um den künstlich ‚intelligenten‘ Chatbot namens ChatGPT.



Für eine andere Zeitenwende!
Sonderheft der Zeitschriften kultuRRevolution
und DISS-Journal (August 2022)

Redaktion: Guido Arnold, Tino Heim, Margarete Jäger, Wolfgang Kastrup, Clemens Knobloch, Jürgen Link, Thomas Lischeid, Anna-Maria Mayer, Benno Nothardt, Iris Tonks

Bestellung: info@diss-duisburg.de
Schutzgebühr: 4 EUR

Das anfängliche Ziel deutscher (und europäischer) Außenpolitik, den Krieg so schnell wie möglich zu beenden, ist in einer verheerenden Binarität einem auf Eskalation angelegten neuen Kriegsziel, dem ›SiegFrieden‹ gewichen – in Analogie zum Kriegsziel der deutschen Imperialisten von 1914: ›Die Ukraine muss siegen‹ und ›Russland muss offensivunfähig werden‹. Dadurch hat sich der Krieg tiefgreifend zu einem Gegen-Eskalationskrieg verändert, was insbesondere im Primat einer militärischen Unterstützung durch Lieferung ›schwerer Waffen‹ deutlich wird.

Die Zeitschriften kultuRRevolution und DISS-Journal wollen mit diesem gemeinsamen Sonderheft auf die (Kriegs-)Gefahren binaristischer Sichtweisen und ihre verheerenden gesellschaftspolitischen und ökologischen Konsequenzen aufmerksam machen.

Das Heft wendet sich an die politische und zivilgesellschaftliche Öffentlichkeit und damit explizit auch an soziale Bewegungen. Es will als Denk- und Anstoß für eine ›andere Zeitenwende‹ gelesen werden.

(ungehaltene) Rede zum Ostermarsch 2023

Von Helmut Loeven

Die Friedensbewegung, deren jährliches Hochamt der Ostermarsch ist, ist in keiner guten Verfassung. Die Frage scheint berechtigt: Wird es diese Friedensbewegung, die in den 50er Jahren gegen die Wiederbewaffnung kämpfte und in den 80er Jahren gegen Raketenstationierung stritt, in 5 Jahren noch geben?

Ihr drohen Gefahren. Schlimme Gefahren sind solche, die man nicht bemerkt. Besonders schlimme Gefahren sind solche, die man nicht bemerken will.

Dabei liegt es doch auf der Hand: Die deutsche Friedensbewegung, die traditionell eine Domäne der Linken ist, wird massiv angegriffen von rechts. Namentlich Elsässers Massenmedium „Compact“ propagiert die „Querfront“. In der „Querfront“ sollen Linke und Rechte miteinander gemeinsame Sache machen. Gefolgsleute der Rechten mischen sich unter linke Demonstranten.

Wie reagiert die Linke darauf? Sie reagiert darauf so, als wäre sie nicht ganz bei Verstand. Entweder wird das Eindringen von rechts schlicht geleugnet, oder bagatellisiert – etwa nach dem Motto: Warum so viel Aufhebens, wenn unter die (angeblich) 50.000 gerade mal hundert Rechte gekommen sind?

Jedoch von einigen wird das Eindringen von Rechten als gewünscht dargestellt, als Erfolg ausgegeben. Motto: Endlich haben wir es geschafft, eine breite Front aufzubauen. Das kommt nicht von ungefähr. Seit je lebt die Linke in dem Glauben, mit vielen viel erreichen zu können, und breit aufgestellt würde man viele gewinnen. Statt nach Klarheit wird nach Mehrheit gesucht, und dabei ist man nicht wählerisch.

Mit ihrem Glauben an die *breite Mehrheit* kommt die Linke den Plänen der Rechten entgegen. Zudem hat die Ex-Linke Sahra Wagenknecht nach der Methode *Biedermann und die Brandstifter* mit ihrer Demagogie gegen Minderheiten und gegen emanzipatorische Identitätspolitik rechten Demagogen den Weg geebnet.

Es ist *nicht* etwa so, dass die Rechten den Linken einen „historischen Kompromiss“ anbieten wollen. Ihr Ziel ist, die Linke zu desorientieren, zu paralysieren, zu diskreditieren und zu enteignen. Dabei gehen sie zielstrebig und gekonnt vor, um ihre „Querfront“ im Wörterbuch der aktuellen Politik unterzubringen und einen „Nationalpazifismus“ zu propagieren. Realitätsverlust und Unwissenheit der Linken kommt den Rechten zugute.

**Querfront bedeutet: Die Rechten wissen, was sie tun.
Die Linken wissen nicht, wie ihnen geschieht.**

Kürzlich hörte ich jemanden sagen, Faschismus sei „die terroristische Diktatur der am meisten nationalistischen, am meisten chauvinistischen, am meisten reaktionären Kräfte des Fi-

nanzkapitals“. Das hat man oft gehört – die Dimitroff-Formel. Die Sache hat nur einen Haken: Das hat Dimitroff nie gesagt. Er hat gesagt, der Faschismus *an der Macht* sei die terroristische Diktatur ... und so weiter.

Der Faschismus ist allgegenwärtig. Es gibt ihn in jedem Land, er existierte in Deutschland schon vor 1933 und er existiert hier auch nach 1945. Faschismus nur als bürgerliche Herrschaftsform darzustellen heißt, seine potentielle Gefahr zu ignorieren und sich davon zu dispensieren, dem alltäglichen Faschismus entgegenzutreten.

Ein weiterer Irrtum im linken Kreisen und fast noch verheerender ist die Auffassung, Faschismus sei so eine Art fehlgeleiteter sozialer Protest. Das ist der Irrglaube, jede Unzufriedenheit – wo und womit auch immer „in die richtigen Bahnen lenken“ zu können, und man dürfe die Unzufriedenen doch nicht „den Rechten überlassen“ – sagen die, die die gesamte Friedensbewegung den Rechten überlassen, die dann wiederum sagen, man dürfe den Frieden doch nicht den Linken überlassen.

„Links“ heißt gewissermaßen: Appell an höhere Ideale. „Rechts“ heißt: Appell an niedere Instinkte. *Das passt nicht zusammen.*

In einer modernen und aufgeklärten Betrachtung des Faschismus muss der Begriff des *autoritär fixierten Zwangscharakters* eine Rolle spielen. Politische Ökonomie ist gut und richtig, aber Psychologie muss auch eine Rolle spielen. Dimitroff ist gut und wichtig. Aber man muss auch zu Adorno greifen.

Wird es diese Friedensbewegung in 5 Jahren noch geben?

Vielleicht gibt es sie jetzt schon nicht mehr. Vielleicht hat ihr vor 10 Jahren der rechte Angriff durch die „Friedensmahnwachen“ und den „Friedenswinter“ den Garaus gemacht, und sie hat es nur noch nicht gemerkt.

Helmut Loeven nimmt seit 1967 am Ostermarsch teil und hat diesen bis in die 1980er Jahre in Duisburg mitorgansiert. Er ist Buchautor und Herausgeber der satirischen Zeitung „Der Metzger“. Seine Bücher genauso wie die Edition DISS verkauft er in seinem Buchladen „Weltbühne“ in der Gneisenaustraße 226 in Duisburg.



Helmut Loeven verteilt auf dem Ostermarsch 2023 in Duisburg „Aha! Das Extrablatt aus der linken Ecke“. Die hier wiedergegebene Rede hingegen hat er als Video aufgezeichnet und in seinem Block Amore e rabbia veröffentlicht: helmut-loeven.de/2023/04/meine-ungehaltene-ostermarsch-rede-2023



USA und China – Hegemoniekampf um die Weltordnung

Von Wolfgang Kastrup

„Mein Bauch sagt mir, wir werden im Jahr 2025 kämpfen.“
(US Air Mobility Command General Michael Minihan)



Laut einer neuen US-Militärstrategie, die der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin offiziell vorgestellt hat, wird Russland als „akute Bedrohung“ eingestuft, China dagegen als zentrale, „das Tempo vorgebende Herausforderung“. Die *junge Welt* schreibt dazu: „Mit dieser Einschätzung folgt das Dokument der übergeordneten Nationalen Sicherheitsstrategie der USA, die das Weiße Haus bereits am 12. Oktober publiziert hat. Zwar sei ‚die russische Aggression eine direkte und scharfe Bedrohung unserer Interessen und Werte‘, hielt Austin fest. Allerdings sei Russland nicht in der Lage, ‚die USA auf lange Sicht systemisch herauszufordern‘. Die ökonomischen, politischen und militärischen Kapazitäten dazu besitze allein China, das ‚sowohl die internationale Ordnung umbauen‘ wolle ‚als auch zunehmend die Kraft dafür‘ besitze. Beijing gehe es darum, ‚das internationale System so umzugestalten, dass es ‚zu seinen Interessen‘ passe, behauptete Austin“. Ergänzend heißt es, dass in den 2030er Jahren die USA mit Russland und China ‚zum ersten Mal in ihrer Geschichte‘ mit ‚zwei großen Nuklearmächten als strategischen Wettbewerbern und potenziellen Gegnern‘ zu tun haben werden. (www.jungewelt.de/artikel/437622.national-defense-strategy-paranoia-der-weltpolizei.html v. 29.10.2022)

Diese Ausführungen machen deutlich, dass China die größere Herausforderung für die USA im Ringen um die Weltordnung ist. Russland bleibe zwar durch seine Nuklearmacht weiterhin strategisch bedeutend, China als neue Nuklearmacht habe aber gegenüber Russland politisch, ökonomisch und militärisch eine andere Größenordnung, es sei ein systemischer Rivale, der die Weltordnung bedrohe. Dass die bisherige Weltordnung im Besonderen von den USA gestaltet wurde und auf dessen Interessen aufbaute, wird als selbstverständlich gesehen, da sie eine Führungsrolle in der Gestaltung einer sog. Weltfriedensordnung beanspruchen. „Da China nun der Hauptrivale der USA ist, versuchen die Vereinigten Staaten, wenig überraschend,

China mit allen Mitteln einzudämmen.“ (Sit Tsui/ Erebus Wong/ Lau Kin Chi/ Wen Tiejun: Unterwerfen oder entkoppeln. Chinas Platz im Weltsystem, in: *junge Welt* v. 21.12.2022)

CHINA ALS KONKURRENT UND DER US-DOLLAR ALS „ÖKONOMISCHES ORDNUNGSMITTEL“

China, einst Niedriglohnstandort und „Werkbank“ für das internationale Kapital, das die Welt mit Konsumgütern versorgte und als Wachstumsmotor die globale Ökonomie nach der großen Finanzkrise 2007/8 stabilisierte, wird mit seiner wachsenden wirtschaftlichen Dynamik im globalen Kapitalismus, seiner rasant aufholenden Prozesse in Industrialisierung und Technologie, von westlichen Ländern, speziell den USA, als ökonomische Bedrohung wahrgenommen. China ist ein kapitalistisches Land, in dem Arbeit, wie fast überall auf der Welt, als Lohnarbeit stattfindet. „Sie [die Lohnarbeit, W.K.] ist nicht das Mittel derjenigen, die arbeiten und den Reichtum ihrer Gesellschaft produzieren, sondern sie ist das Mittel derer, die mit ihrem Geld diese Arbeit kommandieren, um selbst reicher zu werden.“ (Renate Dillmann: Kapitalismus auf Chinesisch, in: *analyse&kritik* v. 21. März 2023) Für Dillmann ist die Wende zur kapitalistischen Entwicklung in China genau datierbar. Entscheidend sei der Beschluss der Kommunistischen Partei unter Deng Xiao Ping von 1978 gewesen ‚ihre bisherige sozialistische Planwirtschaft zu ‚reformieren‘ bzw. ‚transformieren‘, weil sie sich von der Einführung ‚kapitalistischer Methoden‘ eine schnellere Entwicklung des Landes und den Wiederaufstieg der chinesischen Nation erhoffte.“ (Ebd.)

Zentral für die USA ist, dass der weltweite Kapitalismus immer noch auf dem US-Dollar als Weltleitwährung aufbaut und Staaten, Unternehmen und Investoren sich mit dem Dollar als Vermögenswert und Zahlungsmittel sicher fühlen. Dies verweist auf den Dollar als „ökonomisches Ordnungsmittel“. „Das Recht sprechen sie sich einfach zu, indem sie es praktizieren.“ (*Gegenstandspunkt*, 3-22, 39) Nicht nur die USA, sondern auch Staaten, Unternehmen und Investoren verdienen und vermehren ihren Reichtum mit dem Dollar. Durch seine weltweiten realen Umtauschmöglichkeiten hat jede andere nationale Währung nur im Verhältnis zum Dollar die Möglichkeit zur Geldvermehrung. Dass der Dollar unangefochten Leitwährung ist und auch bleiben wird, zeigt sich auch darin, dass der Dollar als Reservewährung „knapp 60% der Anlagen von Zentralbanken und anderen staatlichen Investoren“ umfasse, der Euro hingegen komme auf knapp 20%. (Markus Frühauf: Auf Dauer ist der Euro nur zweite Wahl, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 11.02.2023) So werden fast alle Rohstoffe, Transport-

dienstleistungen und sehr viele Handelstransaktionen in Dollar gehandelt. Zudem ist der Kapitalmarkt in den USA weltweit der größte, liquideste und offen zugänglich. (Vgl., ebd.) Dies wird auch durch folgendes Argument der oben zitierten chinesischen Wissenschaftler untermauert: „Die untergeordnete Stellung Chinas im globalen Handelsregime zeigt sich [...] in seinen fehlenden Rechten bei der Preisgestaltung für wichtige Rohstoffe. Obwohl es der größte Importeur ist, hat China nicht das Recht, die Preise für die wichtigsten Rohstoffe auszuhandeln, da die bedeutendste Abrechnungswährung der US-Dollar ist und die internationalen Rohstoffmärkte hochspekulativ sind.“ (Sit Tsui u.a., a.a.O.) China muss also bestrebt sein, ein für sich vorteilhafteres Handelssystem zu schaffen. Ein Ergebnis war u.a. der Petroyuan, der allerdings noch keine entscheidende Konkurrenz zum Petrodollar erzielen konnte. Da sich auch das Wirtschaftswachstum seit 2013 verlangsamt hat und um fast 50 % seines Höchststandes zurückgegangen ist, zeigt, so die Autoren, dass sich die „Dynamik des alten Globalisierungsmodells erschöpft“ hat. China sei auf dem Weg, „sich von einer Entwicklungspolitik abzuwenden, die dem westlichen Modernisierungsmodell folgt, und zu einer integrativen und nachhaltigen Entwicklung überzugehen, um die Armut in den ländlichen Regionen zu beseitigen.“ (Ebd.)

Trotz aller politischer Rivalität zwischen den USA und China ist der Dollarkreislauf zwischen beiden Ländern ein verbindendes Element. „Aufgrund von Handelsdefiziten können US-Dollars nach China zirkulieren und fließen in die Vereinigten Staaten zurück, indem sich China mit Staatsanleihen eindeckt.“ (Ebd.) Dieses riesige Handelsdefizit ist jedoch den USA ein Dorn im Auge. Ganz gleich zu wie vielen Zugeständnissen China bereit ist, um den Handel auszugleichen, „die herrschenden Eliten in den USA lassen sich offenbar nicht beschwichtigen“, China mit einem Handelskrieg bzw. einem Wirtschaftskrieg zu bestrafen. (Ebd.) Ein solcher US-Wirtschaftskrieg gegen China könnte für etliche Konzerne in Europa, speziell für die Autoindustrie in Deutschland, sehr bedrohlich werden. Ziel der USA ist es, Chinas Aufstieg zu einer führenden Weltmacht zu verhindern. Dazu gehörte auch das Vorgehen der US-Regierung gegen chinesische Investitionen, speziell im High-Tech-Bereich, auf dem US-Markt, das dazu führte, dass chinesische Investitionen in den USA deutlich reduziert wurden.

„Es waren sicherlich nicht die letzten Sanktionen in ihrem Konkurrenzkampf mit China, die die Vereinigten Staaten am 16. Dezember verhängt haben. Erst zwei Monate war es her, seit Washington mit einem umfassenden Embargo die Bestrebungen der Volksrepublik attackiert hatte, sich in Sachen Künstliche Intelligenz weiterzuentwickeln und zu diesem Zweck Hochleistungs-Chips herzustellen – da folgten nun bereits die nächsten Zwangsmaßnahmen der Regierung Biden gegen diesmal 36 chinesische Unternehmen und Institutionen aus der High-Tech-Industrie. Diesmal war unter anderem YMTC an der Reihe und damit einer der zuletzt erfolgreichsten Chip-Produzenten aus China; er darf – wie die anderen sanktionierten Firmen auch – in Zukunft praktisch keine US-Produkte mehr nutzen.“ (Kronauer 2023 a, 24)

Das Wachstumspotenzial der KI-Branche ist beträchtlich und wird weltweit in einiger Zeit Billionen US-Dollar umfassen. Die große Bedeutung der KI ist aber nicht nur ökonomisch zu

sehen, sondern auch für die militärische Nutzung und als Repressionsinstrument von großem Nutzen. (Vgl. ebd., 25) Für US-Konzerne und solche aus Südkorea und Taiwan, die in China Industriestandorte haben, gilt das US-Embargo allerdings nicht, da Ausnahmegenehmigungen erteilt wurden. (Vgl. ebd., 26) Die weltweit erbittert geführte Konkurrenz um die Produktion von Batteriezellen, Solarpaneelen und vor allem Chips führt dazu, dass in den USA, in China und auch in der EU Milliarden Subventionen staatlicherseits an Hersteller gezahlt werden. Auch Deutschland ist aktiv daran beteiligt, so beispielsweise mit der geplanten Megafabrik des Chipherstellers Intel in Magdeburg, die 17 Milliarden Euro kosten soll, wobei 7 Milliarden vom Bund als Subventionen beigesteuert werden. (Vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 18.01.2023)

Für Europa zeigt sich im Verhältnis zu China ein anderes Bild. „Zwischen 2018 und 2021 entfielen etwa 33 Prozent hochvolumiger chinesischer ADI [Ausländische Direktinvestitionen, W.K.] auf Europa inklusive Großbritanniens. [...] Mit 153,7 Milliarden USD belegte die chinesische Ökonomie erneut Platz zwei der jährlich global vergebenen ADI hinter den USA.“ (Simon 2022 b, 401) Allerdings zeigen sich im europäisch-chinesischen Verhältnis deutliche Unstimmigkeiten, da die EU-Kommission, ganz auf US-Linie, Sekundärsanktionen gegen chinesische Unternehmen verhängen will, die möglicherweise bestehende Strafmaßnahmen gegen Russland unterlaufen. Die Verärgerung aus China ließ nicht lange auf sich warten. „Während China alle Anstrengungen unternimmt, um Frieden zu fördern, was im Interesse Europas liegt, revanchiert sich Europa mit einem Stich in den Rücken und schikaniert China in Wirtschaftsfragen“, so der Abteilungsleiter für europäische Angelegenheiten im Außenministerium, Wang Lutong. Er spricht weiter von einer „Unterwerfung und Abhängigkeit [Europas] von Washingtons umfassender Eindämmungsstrategie gegen China“. (Zit. nach Jochen Stahnke: Besuch eines alten Bekannten, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 15.05.2023)

Der wachsende Einfluss Chinas auf die Regelsetzung in Politik und Ökonomie zeigt sich in der Entwicklung der *Belt and Road Initiative* (BRI), der Gründung der *Asian Infrastructure Investment Bank* (AIIB) mit mehr als 80 Mitgliedsstaaten, und in der 2020 zwischen China und vierzehn asiatisch-pazifischen Staaten geschlossene *Regional Comprehensive Economic Partnership* (RCEP) – „das derzeit größte Freihandelsabkommen der Welt“ mit einem „Anteil von 30% am Welthandel“. (Simon 2022 a, 382 u. 385) Es ist zu erkennen, dass China „um die Verallgemeinerung einer ihren Zielen und Akkumulationsstrategien entgegenkommenden Regulierung“ ringt. Gelungen ist es immerhin, die eigene Währung Renminbi (RMB) zu einer regional bedeutenden Währung und „zur zweitwichtigsten Referenzwährung nach dem US-Dollar“ zu machen. (Ebd.) Vor allem für die ASEAN-Staaten spielt der RMB mittlerweile eine „zentrale Rolle“. (Simon 2022 b, 400) Die Bedeutung dieser Währung zeigt sich auch daran, dass die Position des RMB im Währungskorb des IWF mehrfach ausgeweitet wurde und „ab August 2022 mit gut 12 Prozent auf dem dritten Platz“ liegt, was „die Rolle des RMB als Reservewährung“ unterstützt. (Ebd.)

Die deutsch-chinesischen Wirtschaftsbeziehungen haben sich seit den 2000er Jahren immer weiter vertieft. „Daimler, BMW, Infineon, Airbus, Adidas, Siemens und Co., aber auch viele



deutsche mittelständische Unternehmen kauften sich in den chinesischen Markt ein, etwa im Bereich Maschinenbau, Medizintechnik oder in der Elektroindustrie. Chinesische Unternehmen wiederum belieferten Deutschland und den Weltmarkt mit extrem günstigen Konsumprodukten wie Kleidung oder Spielzeug und mit lebenswichtigen Medizinprodukten oder mit günstigen Vorprodukten für die hiesige Produktion.“ (Lene Kempe: Jein zu China, in: *analyse&kritik* v. 21. März 2023) Bezüglich der Autoindustrie ist die Wirtschaftsbeziehung besonders intensiv. So erwirtschaftet VW „aktuell fast 40 Prozent seines Umsatzes auf dem ostasiatischen Markt, bei den Konkurrenten BMW und Mercedes sind es rund ein Drittel.“ (Ebd.) Laut *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* (15.04.2023) ist China der wichtigste Handelspartner Deutschlands. Eine Eskalation von Wirtschaftssanktionen gegen China liegen folglich in keiner Weise im Interesse der deutschen Unternehmen.

Welche mittel- bis langfristigen Konsequenzen der rasante demografische Wandel Chinas, das Land weist erstmals sinkende Bevölkerungszahlen aus, auf den Arbeitsmarkt und das Gesundheitssystem haben wird, bleibt abzuwarten. Der Soziologe Sun Liping hält die Vorstellung, hohe Wachstumszahlen würden ausreichen, um die USA zu überholen für gefährlich. „Wir müssen begreifen, dass wir vor äußerst schwierigen existenziellen Problemen stehen, das größte ist unsere extrem niedrige Geburtenrate.“ (Zit. nach: David Ownby: China und seine unbekannten Denker, in: *Le Monde diplomatique*, Januar 2023)

BELT AND ROAD INITIATIVE (BRI)

Im Fokus der Auseinandersetzungen, besonders der ökonomischen, steht die chinesische Belt and Road Initiative (BRI), hier auch als Neue Seidenstraße bekannt. 2013 wurde die Belt and Road Initiative von Präsident Xi Jinping verkündet; sie sollte „ein neues Modell für Multilateralismus und eine offene Wirtschaft“ sein. 146 Länder, das sind drei Viertel der UN-Mitgliedsstaaten, haben sich durch Verträge angeschlossen. Dreißig internationale Organisationen kommen noch hinzu. (Vgl. Kulow 2022, 8) Es zeigt Chinas weltweite ökonomische Dynamik, die ein riesiges Netz aus 100.000 Kilometern Straßen, über 10.000 Kilometern Eisenbahnlinien, 100 Häfen, 1.000 Brücken, Schulen und Krankenhäuser umfasst. Beispiele: Eine Straßen- und Eisenbahnbrücke über den Padma in Bangladesch, ein riesiges Wasserkraftwerk in Pakistan oder der Testlauf für die erste elektrische Schnellbahnverbindung in Ägypten. (Ebd.) Im Kontext der BRI ist es laut Jenny Simon gelungen, „Überkapazitäten auszulagern, neue Anlagesphären oder Absatzmärkte für chinesisches Kapital zu erschließen, Investments zu diversifizieren und die Regionalisierung des RMB zu fördern.“ (Simon 2022 a, 389) Der chinesische Staat hat sich zu einem in der Welt wichtigsten öffentlichen Geldgeber von Hilfszahlungen und bilateralen Krediten entwickelt. „Schätzungen veranschlagen die bis einschließlich 2017 durch öffentliche chinesische Gläubiger vergebenen Kredite auf etwa 475,7 Milliarden USD. China hat damit global die USA als wichtigsten öffentlichen Kreditgeber überholt und für einige Länder in Asien, Lateinamerika und Afrika auch die Bretton-Woods-Institutionen als größte Geldgeber abgelöst [...]“. (Simon 2022 b, 398) Simon verweist darauf, dass mit Blick auf das Verhältnis von Staat und Ökonomie der chinesische Staat als ein „zentraler Akteur in außenwirt-

schaftlichen Prozessen“ gesehen werden müsse, einschließlich der Ausrichtung „auf eine langfristig erfolgreiche Kapitalakkumulation“. (Ebd., 402) Die BRI sei auf dem Hintergrund der chinesischen Entwicklungsweise zu verstehen, „mag man es nun als Entwicklungsstaat, Staatskapitalismus oder sozialistische Marktwirtschaft verstehen“, so Uwe Hoering. Für ihn zeigt die „Analyse der Rahmenbedingungen“ jedoch, dass die Umsetzungen Schwierigkeiten bereiten.

„Die ‚neuen Seidenstraßen‘ stoßen mittlerweile auf erhebliche finanzielle, politische, ökologische und legitimatorische Probleme. Darin zeigt sich auch ein strukturelles Problem: Staat und Kapital operieren überwiegend in wirtschaftlichen und politischen Hochrisiko-Gebieten. Und der chinesische Staat ist weit davon entfernt, mit seiner ihm zur Verfügung stehenden *economic statecraft* seine Form der staatlichen organisierten Marktwirtschaft auf internationalem Parkett zu verankern und damit Ambitionen wie Stabilität oder geopolitische Resilienz durchzusetzen.“ (Hoering 2022, 424)

Karsten Weber kommt bezüglich der BRI zu einer äußerst kritischen Einschätzung, da sich dieses gigantische Investitionsprojekt seiner Ansicht nach gegen Arbeiter*innen und Anwohner*innen richtet. „Für die Öffentlichkeit gibt es geschönte Darstellungen des weltumspannenden BRI-Geflechts. [...] Allerdings werden Zeitpläne und Versprechen oft nicht eingehalten und insbesondere soziale Projekte nicht umgesetzt. Korruption ist integraler Bestandteil der BRI. Die Investitionen chinesischen Kapitals haben zu knallharter kapitalistischer Ausbeutung geführt – vor allem dort, wo man sich in einem rechtsfreien Raum wähnt.“ (Karsten Weber: Schlaglöcher in der Seidenstraße, in: *analyse&kritik* v. 21. März 2023)

Entsprechend der ökonomischen Herausforderung hat der Westen reagiert und anlässlich des G7-Gipfels 2021 im britischen Carbis Bay die „Build Back Better World (B3W)“-Initiative als westliches Anti-BRI-Programm ausgerufen, um dem imperialen Machtstreben Chinas Konkurrenz zu machen. Es verfolgt analoge Ziele wie die Vergabe von Krediten und die Gewährung von Hilfsleistungen für Infrastrukturprojekte im globalen Süden. 600 Milliarden US-Dollar sind dafür in einem Zeitraum von 2022 bis 2027 vorgesehen. (Vgl. Kulow 2022, 11)

Dass China seinen eigenen Entwicklungsweg geht, international – politisch wie ökonomisch – an Bedeutung gewinnt, eine multipolare Weltordnung anstrebt und als Großmacht respektiert werden will, stößt auf Widerstand des Westens, hier besonders von den Vereinigten Staaten.

KONKURRENZKAMPF NEUER MILITÄRISCHER MACHTBLÖCKE

Mit China auf der einen und den USA mit den NATO-Partnern auf der anderen Seite scheinen sich zwei neue Machtblöcke herauszubilden, die in einem Konkurrenzkampf um militärische und wirtschaftliche Einflusszonen, um Rohstoffe und um politische Macht stehen. Der amerikanische Präsident Biden hat gegenüber China als aufstrebende Weltmacht klar Stellung bezogen. Er sprach aus, „was der neue Rivale nicht werden darf: ‚Das führende Land der Welt, das wohlhabendste Land der Welt und das mächtigste Land der Welt. Das wird nicht passieren, nicht



mit mir, denn die Vereinigten Staaten werden weiterhin wachsen und expandieren.“ (Joe Biden, zitiert nach Greiner 2021, 217) Die USA haben begonnen, ozeanische Bündnisse zu festigen, die die NATO im Atlantik, sowie Japan, Südkorea und Taiwan im Pazifik umfassen, die sich gegen den Aufstieg Chinas als neuer Weltmacht, als neuem Hegemon, richten. Hinzu kommt der am 12. September 2021 neu gebildete Militärpakt AUKUS (Australia, United Kingdom, United States), der zum Ziel hat, Chinas Aktivitäten im Südchinesischen Meer entgegenzuwirken. Es hat große militärische Bedeutung, wer dort die Kontrolle hat, da es u.a. um wichtige Inselgruppen geht, die von China, von Taiwan, von Vietnam, von den Philippinen, aber z.T. auch von Malaysia und Brunei beansprucht werden. (Vgl. Kronauer 2022 a, 141ff.) Auch Japan und Südkorea wollen nach jahrzehntelangem Streit um japanische Kriegsverbrechen während der Besetzung Koreas von 1910 bis 1945 ihre politischen und militärischen Beziehungen verbessern und in eine „asiatisch-pazifische Blockbildung gegen China“, angeführt von den USA, eintreten. „Die USA haben rund 50.000 Soldaten in Japan sowie rund 28.500 Soldaten in Südkorea stationiert. Sie wollen beide Länder in ihren eskalierenden Machtkampf gegen China einspannen. Mangelnde Zusammenarbeit zwischen ihren beiden Verbündeten passt nicht in ihr Konzept.“ (Jörg Kronauer: Blockbildung gegen China, in: *junge Welt* v. 15.03.2023) Auch die Bundeswehr ist immer häufiger im pazifischen Raum an Militärübungen beteiligt. So hat die Luftwaffe im vergangenen Jahr mit Soldaten aus Japan und Südkorea das Manöver „Pitch Black“ durchgeführt. In diesem Jahr beteiligt sich das Heer an dem Manöver „Talisman Sabre“, das mit Soldaten aus den USA, Australien, Japan und Südkorea in Australien stattfindet. (Ebd.) China ist auf seiner Seeseite eingeschnürt von einer Reihe von

US-Militärstützpunkten und Stützpunkten von Verbündeten der USA. Hinzu kommt, dass die USA Ende Oktober 2022 angekündigt haben, sechs Bomber des Typs „B-52“ mit nuklearer Bewaffnung auf dem Stützpunkt Tindal der australischen Luftwaffe in Nordaustralien zu stationieren. China hat dies scharf kritisiert, da dadurch die Spannungen verschärft würden und Frieden und Stabilität ernsthaft in Gefahr gerieten. (Vgl. *junge Welt* v. 24.11.2022) Die USA entsenden immer mehr Militär in den pazifischen Raum. So gewähren die Philippinen den USA den Zugang zu vier neuen Militärbasen. Strategisch ist dies für die USA äußerst günstig, liegen die Philippinen genau an der Schnittstelle der Einflussphären zwischen den USA und China. Die nördlichste Insel der Philippinen „liegt rund 180 Kilometer südlich von Taiwan. [...] Bereits heute sind dort Zehntausende US-Soldaten stationiert. Sicherheitspartnerschaften gibt es zudem mit Australien und Neuseeland.“ (Backfisch/Hautkapp/Kretschmer: US-Außenminister sagt China-Reise ab, in: *Westdeutsche Allgemeine Zeitung* v. 04.02.2023)

US-MARINEMINISTER:

UNSERE VORHERRSCHAFT IST GEFÄHRDET

Der US-Marineminister Carlos Del Toro hat vor dem National Press Club in Washington vor einer Übermacht der chinesischen Seestreitkräfte gewarnt und dazu aufgerufen, die amerikanische Schiffsflotte aufzurüsten. China habe mittlerweile eine größere Flotte als die USA. Er sieht „unsere Vorherrschaft auf den Weltmeeren“ durch China gefährdet und bezeichnet dies als „Missachtung der internationalen Ordnung“. Dies sei eine „ernsthafte Bedrohung“ und die USA könnten den Kampf der



Kriegsflotten gegen China verlieren. (*Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 24.02.2023) Die von amerikanischer Seite verkündete chinesische Bedrohung der Hegemonie der USA auf den Weltmeeren wird von dem US-Minister in aller Offenheit als „Missachtung der internationalen Ordnung“ bezeichnet. Die USA sehen sich als natürliche Garantmacht einer Weltordnung, die das Recht hat, die Regeln dieser Weltordnung nach ihren Vorstellungen zu bestimmen: ein beachtenswertes Selbstverständnis des eigenen Imperialismus. Aus den USA sind immer wieder Stimmen zu hören, die einen Krieg mit China vorherzusagen und ihn als unvermeidlich deklarieren. So der hochdekorierte Luftwaffen-General Mike Minihan, „der mit einem Krieg zwischen den USA und der Volksrepublik im Jahr 2025 rechnet – als Folge einer Annexion Taiwans durch Peking“. (Ebd.) Es liegt nahe, dass mit solchen eskalierenden, bewusst eingesetzten Äußerungen die Weltöffentlichkeit auf eine militärische Auseinandersetzung vorbereitet werden soll, und zwar ohne regierungsamtliche Bestätigung.

MASSIVE AUFRÜSTUNG STEIGERT KRIEGSGEFAHR

Insgesamt ist in den Ländern Südostasiens eine enorme Aufrüstung festzustellen. So hat Singapur im Dezember 2022 ihre nächsten beiden U-Boote eines Quartetts der deutschen Werft Thyssen-Krupp Marine Systems (TKMS) in Kiel in Empfang genommen. „Moderne Unterseeboote sind im Indo-Pazifik das am meisten begehrte Rüstungsgut: Zwar kosten die Milliarden von Euro. Doch sollen sie bei einem Konflikt zwischen Amerika und China Seewege offen halten.“ (Christoph Hein: Indo-Pazifik rüstet unter Wasser auf, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 30.12.2022) Thailand und die Philippinen stehen ebenfalls vor Käufen. Australien, Indonesien, Malaysia, Vietnam und selbst das bettelarme Myanmar verfügen über U-Boote. Von China mit seinen 58 U-Booten, davon zwölf atomgetrieben, und den USA, die sich als Ordnungsmacht im Indo-Pazifik verstehen, mit seinen 66 U-Booten, davon 50 atomgetrieben, ganz zu schweigen. (Ebd.) Auch Japan rüstet auf. „Als Reaktion auf mögliche Bedrohungen durch China und Nordkorea richtet Japan seine Verteidigungspolitik neu aus und will die Wehrausgaben drastisch erhöhen. [...] Das heißt konkret, dass der Militäretat „in den kommenden fünf Jahren um fast 60 Prozent auf 43 Billionen Yen (295 Milliarden Euro)“ erhöht wird. (Patrick Welter: Japan rüstet auf, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 17.12.2022) Damit reagiert Japan auch auf die seit Jahren steigenden Rüstungsausgaben in China. Diese Aufrüstung Japans, eine ‚japanische Zeitenwende‘, ist natürlich ganz im Sinne des militärischen Partners USA, geopolitisch wie wirtschaftlich, da u.a. etliche Waffensysteme, wie z.B. Tomahawk-Marschflugkörper und US-Kampfsjets vom Typ „F-35“, in den USA gekauft werden. Die USA beabsichtigen, ihre Militärpräsenz in Japan weiter auszubauen. Die militärischen Vereinbarungen beider Länder nannte der US-Verteidigungsminister Lloyd Austin einen „historischen Bündnisbeschluss zur Optimierung unserer Militärpräsenz in Japan“. (Jörg Kronauer: Lunte ist gelegt, in: *junge Welt* v. 31.01.2023)

In China stößt diese milliarden schwere Aufrüstung auf heftige Kritik. Obwohl Japan und China eine Übereinkunft auf kooperative Partnerschaft haben und eine wichtige Verantwortung in der pazifischen Region tragen, besteht ein konkreter terri-



torialer Konflikt um die von beiden Ländern „beanspruchten Senkaku- oder Diaoyu-Inseln [Japan nennt sie Senkaku, China Diaoyu, W.K.] im ostchinesischen Meer“. (Patrick Welter, ebd.) Eine solche massive Aufrüstung im südostpazifischen Raum birgt eine reale Kriegsgefahr. Es geht für die USA und für ‚den Westen‘ um eine „regelbasierte internationale Ordnung“ mit Werten wie Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Die „westlicherseits angestrebte Pax Americana“ stößt jedoch in China auf deutliche Widerstände. Es geht also um Monopolarität oder Multipolarität. „Und damit steht zugleich die Frage der geopolitischen Hegemonie im Raum.“ (Kulow 2022, 3) Die Hegemoniefrage war für die USA nach dem politischen Zerfall des Ostblocks in ihrem Sinn geklärt und soll auch so bleiben. Das Propagieren amerikanischer Werte, das Eintreten für Gerechtigkeit und Demokratie, sollen auch die moralische Überlegenheit der USA und der westlichen Staatengemeinschaft deutlich machen. Der ‚Westen‘ bzw. der ‚globale Westen‘ erlebt seit dem russischen Krieg gegen die Ukraine eine „ideologische Renaissance“. „Seit dem russischen Überfall auf die Ukraine feiert das ideologische Konstrukt aus der Zeit des geopolitischen Schwarz-Weiß-Denkens eine kaum mehr für möglich gehaltene Renaissance. Seither steht die politisch-mediale Öffentlichkeit nahezu geschlossen hinter der Tradition der ‚westlichen Moderne‘, die als – wahlweise welthistorisch oder zivilisationsgeschichtlich – einmaliges, in jedem Fall aber einzigartiges und mit allen Mitteln zu verteidigendes Projekt gefeiert wird.“ (Stephan Lessenich: Ein Totgeglaubter ist wieder da, in: *Le Monde diplomatique*, April 2023) Diplomatische und militärische Unternehmungen werden so legitimiert bzw. Kritik daran delegitimiert.

UNIPOLARITÄT VERSUS MULTIPOLARITÄT

Der wirtschaftliche und technologische Aufstieg von China auf Weltniveau veranlassten Präsident Barack Obama 2011 den *pivot to asia* (Schwenk nach Asien) zu verkünden. „Der pivot to Asia verfolgt die Absicht, sich auf die Auseinandersetzung mit dem großen Rivalen zu konzentrieren. Dazu gehörte nicht zuletzt, dass Obamas Verteidigungsminister Leon Panetta im Jahr 2012 ankündigte, die US Navy werde künftig 60 Prozent ihrer Kräfte in der Asien-Pazifik-Region bündeln.“ (Kronauer 2022 b, 30) Für US-Präsident Obama war der Hegemonieanspruch der USA selbstverständlich, da nur die USA eine Ausnahmestellung in der Welt hätten. Dazu passt die Devise des amtierenden Präsidenten Joe Biden „America is back and ready to lead the world!“ (Zit. nach: Kulow 2022, 4) In sehr eindrucksvoller

Weise wird dieser weltweite Führungsanspruch in einem Bericht des wissenschaftlichen Dienstes des US-Kongresses, dem *Congressional Research Service* im Januar 2021 vorgelegt, „wonach als außenpolitische Grundsätze die Ausübung ‚globaler Führung‘, sprich Hegemonie in der Welt; die ‚Verteidigung und Förderung der liberalen internationalen Ordnung‘; die ‚Verteidigung von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten‘ sowie die Verhinderung, der ‚Entstehung regionaler Hegemoniemächte in Eurasien‘ zu gelten hätten.“ (Ebd.) Eindrucksvoller kann man den imperialen Anspruch der USA nicht darstellen. Aus US-Sicht wird eine multipolare Weltordnung dem eigenen Führungsanspruch nicht gerecht, während China eine solche Ordnung mit anderen BRICS-Staaten anstrebt. So soll die Multipolarität den Schwellen- und Entwicklungsländern mehr Gewicht geben und westliche Werte und Normen nicht mehr als allgemeingültig akzeptiert werden. So heißt es im Communiqué des Pekinger BRICS-Gipfels im Juni 2022: „Wir bekräftigen unser Bekenntnis zum Multilateralismus durch die Wahrung des Völkerrechts, einschließlich der Ziele und Grundsätze, die in der Charta der UN als deren unverzichtbaren Eckpfeiler verankert sind.“ (Zit. nach *Gegenstandspunkt*, 3-22, 44) Dass sich Russland nach dem Überfall auf die Ukraine hier positiv auf das Völkerrecht bezieht, verleiht dem Ganzen nicht gerade Glaubwürdigkeit. Neben Brasilien, Russland, Indien, China, Südafrika ist Argentinien nun auch offizielles Mitglied. Der Iran will ebenfalls Mitglied werden und weitere Länder wie Ägypten, Algerien, Äthiopien, Fidschi, Indonesien, Kambodscha, Kasachstan, Malaysia, Senegal, Thailand und Usbekistan ebenfalls. Gespräche werden zudem mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) und Saudi-Arabien geführt. China will die Kooperation mit den arabischen Staaten ausbauen; dies zeigte der Besuch des chinesischen Präsidenten Xi Jinping im Dezember 2022 in Riad. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) sind auch deshalb interessante Partner, weil sie zu den wichtigsten Energielieferanten Chinas zählen. „Sie sind auch zahlungskräftige Auftraggeber für chinesische Technologie und Infrastruktur. Das ist wichtig für Xis Prestigeobjekt Neue Seidenstraße, das zuletzt durch Zahlungsausfälle in verschuldeten Staaten in Misskredit geraten war und sich nun verstärkt auf solventere Partner stützen soll. Die Vision des saudischen Kronprinzen zum Umbau der eigenen Wirtschaft lässt sich damit gut verbinden.“ (Friederike Böge: Xi Jinping düpiert Iran, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 17.12.2022) Damit will die Volksrepublik ihren Einfluss in einer Region ausweiten, der bisher hegemonial von den USA beansprucht wird. Auch der Handel Chinas mit den übrigen BRICS-Staaten hat allein im ersten Halbjahr 2022 um 14,1 Prozent auf die Summe von 244 Milliarden US-Dollar zugenommen. (Vgl. Kulow 2022, 6f.)

Der wachsende internationale Einfluss der Volksrepublik zeigt sich aktuell auch darin, dass die politische Annäherung zwischen Saudi-Arabien und dem Iran durch die Vermittlung Chinas zustande kam. Beide Länder führen seit Jahren einen Stellvertreterkrieg im Jemen mit Hunderttausenden von Toten. Für China ist das sicherlich eine willkommene Gelegenheit, sich als „verlässlicher Vermittler“ und Friedensstifter der Weltöffentlichkeit zu präsentieren. Es sei ein „Sieg für Dialog und Frieden“, so der oberste Außenpolitiker Wang Yi. (Zit. nach: Friederike Böge/Rainer Hermann: Seitenhiebe eines Friedensstifters, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 13.03.2023) Dieser diplomatische Erfolg Chinas dürfte den USA nicht gefallen

haben, da sie ihren Einfluss in dieser Region schwinden sehen. Es zeigt, dass die USA ihren Anspruch als alleinige Ordnungsmacht im Mittleren Osten nicht mehr umsetzen können. Entsprechend titelte das US-Nachrichtenmagazin *Newsweek* Mitte März: „Chinas Rolle beim saudisch-iranischen Deal zeigt: Die US-Hegemonie ist vorbei.“ (Zit. nach Jörg Kronauer 2023 b, 15)

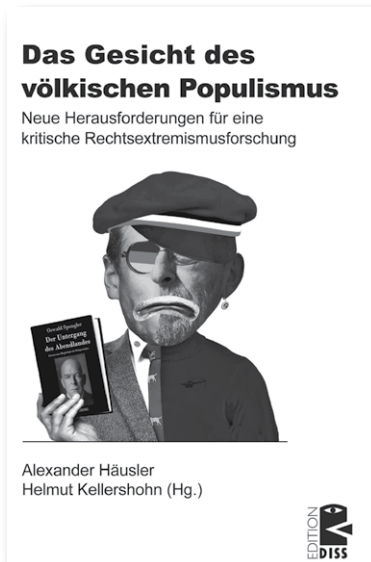
Das von China am 24.02.2023 vorgelegte *Zwölf-Punkte-Papier* als eine mögliche Lösung im Ukraine-Krieg stieß im Westen auf zunehmende Ablehnung, da es russische Geländegewinne bestätige. Zumal das westliche Bündnis China als einflussreicher Friedensvermittler ablehnt. Allerdings sagte Selenskyj, er habe darin einige Dinge gefunden, die „nicht so schlecht“ seien. Damit bezog sich der ukrainische Präsident auf den in dem chinesischen Papier formulierten Punkt der Achtung „territorialer Integrität“. (Zit. nach Jochen Stahnke: Chinas strategische Opfer, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 25.03.2023) Für Beijing zeigt die Ablehnung des *Zwölf-Punkte-Papiers* durch die USA deren unkonstruktive Haltung. Dies verbreitet China auch mit Blick auf die Schwellen- und Entwicklungsländer, wo man ein rasches Ende des Krieges befürwortet, um eine Entspannung auf dem Getreidemarkt herbeizuführen. (Vgl. Jochen Stahnke: Besuch eines alten Bekannten, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 15.05.2023) Wenn die USA und der Westen ihren Widerstand gegen eine Vermittlerrolle Chinas zumindest einschränken würden, ist China m.E. das einzige Land, das politisch wie wirtschaftlich den Einfluss und das Gewicht hat, im Krieg zwischen Russland und der Ukraine einen international akzeptierten Ausgleich herbeizuführen. Vielleicht noch mit der Unterstützung von Indien und Brasilien.

DIE USA UND DIE EIN-CHINA-POLITIK

Der Konfrontationskurs der USA gegenüber China zeigt sich auch in den umfangreichen Waffenlieferungen an Taiwan, der unter Obama 14 Milliarden Dollar betrugen, unter Donald Trump sogar 18 Milliarden Dollar und seit 2020 nochmals 14 Milliarden Dollar.

„Aus der Perspektive von US-Militärs besitzt Taiwan eine besondere strategische Bedeutung: Es ist Teil der sogenannten Ersten Inselkette, die von Japan und seinen südlichen Ryukyu-Inseln – darunter Okinawa mit seinen US-Militärstützpunkten – über Taiwan und die Philippinen bis nach Borneo reicht. Wer die Erste Inselkette kontrolliert, kann nicht nur die chinesische hinter sich festsetzen, sondern auch von ihr aus Chinas Festland mit Raketen unter Beschuss nehmen.“ (Kronauer 2022 b, 30)

Ein weiteres Beispiel des bewussten Konfrontationskurses ist darin zu sehen, dass die Geheimdienstchefs vom amerikanischen FBI und vom britischen MI5 im Juli 2022 gemeinsam vor der Presse erklärten, die chinesische Regierung sei „die größte langfristige Gefahr für die wirtschaftlichen und nationalen Sicherheitsinteressen des Westens“. (Kulow 2022, ebd.) Es ist Karin Kulow zuzustimmen, dies als „Spiel mit dem Feuer“ und Ausdruck einer „Arroganz westlichen Machtstrebens“ zu bezeichnen. Für die USA ist der Krieg in der Ukraine gegen Russland nur ein Etappenziel, das Hauptziel ist China.



Alexander Häusler, Helmut Kellershohn (Hg.)
Das Gesicht des völkischen Populismus
 Neue Herausforderungen für eine kritische
 Rechtsextremismusforschung

ISBN 978-3-89771-770-1 Dezember 2018
 Seiten: 216, Reihe: Edition DISS Band: 41
 Ausstattung: Softcover

Angesichts des Einzugs der AfD in den Bundestag ist es angebracht, einmal grundsätzlich über Konzepte der Rechtsextremismusforschung nachzudenken. Dabei wird die grundsätzliche Kritik am dominanten Typus der Rechtsextremismusforschung und an dessen normativer Gebundenheit an staatspolitische Vorgaben geteilt. Alternative Forschungsansätze müssen sich in einem doppelten Sinne als kritisch verstehen: einerseits als Kritik der Rechtsextremismusforschung im herkömmlichen Sinne, andererseits als gesellschaftskritische Aufarbeitung der Phänomene, um die es in dieser Forschung geht.

Die Aufgabe kritischer Rechtsextremismusforschung ist es, die aktuellen Entwicklungen der populistischen und extremen Rechten in ihren unterschiedlichen Erscheinungsformen vor dem Hintergrund gesellschaftlicher Veränderungen und Umbrüche im gesellschaftlichen und politischen System des neoliberalen Kapitalismus zu untersuchen. Die komplexen synchronen und diachronen Verschränkungen machen es erforderlich, unterschiedliche kritische Ansätze und Perspektiven und deren jeweiligen Vorzüge zu berücksichtigen und miteinander zu vermitteln. Die Intention, mit der dies erfolgen sollte, ist keine rein wissenschafts- und theorieimmanente, sondern zielt auf eine vernünftige und solidarische Gestaltung der Gesellschaft.

Der Konflikt im Südpazifik wird noch gefährlicher durch die Dauerrivalität zwischen China und Taiwan und Chinas Ansprüche gegenüber Taiwan. „In Singapur droht der chinesische Verteidigungsminister Taiwan offen mit Krieg, wenn es seine Unabhängigkeit erklären sollte.“ (Friederike Böge/Till Fähnders: Warum die Bedrohung für Taiwan zunimmt, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 12.06.2022) Dieser Konflikt besteht seit der Gründung der Volksrepublik China am 1. Oktober 1949, als sich die im Bürgerkrieg den Kommunisten unterlegenden Guomindang unter der Führung von Chiang Kai-shek nach Taiwan zurückzogen und dort ihre Macht diktatorisch halten konnten. Der Machtkampf zwischen China und den USA, einschließlich der westlichen Unterstützung für die USA, hat durch die immensen Waffenlieferungen an Taiwan, durch den bewusst provokativen Besuch von Nancy Pelosi Anfang August 2022 in Taipei, zu dem Zeitpunkt Sprecherin des Repräsentantenhauses und die politische Nummer drei in den USA, die anschließenden intensiven militärischen Manöver durch China, die zeigten, dass China in der Lage wäre, von der Seeseite Taiwan völlig zu blockieren, deutlich zugenommen. Hinzu kommen chinesische Drohnenflüge über der taiwanesischen Insel Kinmen und der Abschuss einer Drohne durch das taiwanische Militär. „Dass Beijing heute nicht bereit ist, auf die Wiedervereinigung mit Taiwan zu verzichten, ist auch dem Streben geschuldet, alle einst von den Kolonialmächten besetzten Territorien wieder zu integrieren.“ (Kronauer 2022 b, 28) Zur Erinnerung: Von 1895 bis 1945 war Taiwan eine japanische Kolonie.

Die Republik China, wie sich Taiwan nach 1945 nannte, war nicht nur Gründungsmitglied der UNO, sondern auch Mitglied im Sicherheitsrat. Durch die Entkolonialisierung in Afrika und Asien standen viele der früheren Kolonien auf der Seite von der Volksrepublik China. Die UN-Vollversammlung vom 25.10.1971 verabschiedete die Resolution 2758 mit 76 zu 35 Stimmen bei 17 Enthaltungen für die Mitgliedschaft der Volksrepublik und gegen die Republik China von Taiwan. „In der Resolution stellte sie fest, ‚die Vertreter der Regierung der Volksrepublik China‘ seien ‚die einzigen rechtmäßigen Vertreter Chinas bei den Vereinten Nationen‘. Deshalb sollten ‚alle Rechte‘ der Volksrepublik wiederhergestellt werden, inklusive der Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat.“ (Ebd.) Taiwan musste also die UNO verlassen. Die USA, die die Abstimmung verhindern wollten, scheiterten. Die Anerkennung des Ein-China-Prinzips, dass es also nur ein China gibt, zu dem auch Taiwan gehört, wobei die USA letzteres nicht explizit anerkannten, führte dennoch zu diplomatischen Beziehungen zwischen der Volksrepublik China und den USA am 1. Januar 1979. Die diplomatischen Beziehungen der USA zu Taiwan wurden abgebrochen und hatten fortan nur noch inoffizielle Bedeutung. Obwohl sowohl Beijing wie Taipei weiterhin sich für die jeweils richtige Verkörperung Chinas halten, hat der „Konsens von 1992“, der besagt, dass es nur ein China gibt, bewirkt, dass wirtschaftliche Beziehungen aufgenommen wurden. Taiwanische Investitionen in der Volksrepublik belaufen sich „laut Angaben aus Taipei im Jahr 2019 auf gut 188 Milliarden US-Dollar, ungefähr doppelt so viel wie die deutschen China-Investitionen. Der Handel zwischen beiden Seiten erreichte im Jahr 2020 166 Milliarden US-Dollar – fast doppelt so viel wie der Handel zwischen Deutschland und den USA.“ (Ebd., 30)

Aus Taiwan kommt der Großteil aller Halbleiter für den Weltmarkt; mindestens 70 Prozent, so US-Außenminister Antony Blinken. (*Frankfurter Rundschau* v. 12.04.2023) Halbleiter sind Hauptbestandteile von Mikrochips und diese stecken in Smartphones, Laptops, Autos, Kühlschränken, Fernsehgeräten und vor allem auch in Waffen. Nicht nur die Volksrepublik, sondern auch die USA und die EU sind von Taiwan diesbezüglich extrem abhängig. Trotz der sehr intensiven Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Volksrepublik und Taiwan geht der politische Konflikt weiter. Das sog Anti-Abspaltungsgesetz der Volksrepublik von 2005 hat das Ziel einer friedlichen Wiedervereinigung mit hohen Autonomieversprechen an Taiwan. Es schließt aber auch den Einsatz „nicht-friedlicher Mittel“ ein. Die Aufrüstung Taiwans durch die USA, die Ausbildung des taiwanesischen Militärs durch US-Soldaten und hochrangige Besuche von US-Politiker*innen – übrigens auch von Politiker*innen des deutschen Bundestages – unterlaufen das Ein-China-Prinzip, sind gegen den politischen Rivalen China gerichtet und sind als Provokationen einzuordnen. Dass US-Präsident Joe Biden Taiwan im Falle einer militärischen Eskalation mit China militärische Unterstützung versichert hat, hat die Beziehungen zu Beijing weiter verhärtet.

Die deutsche Regierung hat in ihrem Koalitionsvertrag, veröffentlicht am 24.11.2021, eindeutig Partei ergriffen, in dem sie formuliert, dass „die sachbezogene Teilnahme des demokratischen Taiwan in internationalen Organisationen“ zu unterstützen sei. (Zit. nach Kronauer 2022 b, 31) In einem sehr bemerkenswerten Artikel in der konservativen Zeitung *FAZ* schreibt Stefan Weidner bezüglich einer Rede der Außenministerin Annalena Baerbock in New York unter dem Titel „Denken ohne Geländer“ (in Anlehnung an eine Formulierung der Philosophin Hannah Arendt) folgende Zeilen:

„In der Philosophie ist das eine lobenswerte Devise. In der Außenpolitik ist es Irrsinn. Wenige Tage später sah man, wohin es führt. Im brodelnden Kielwasser von Pelosis provokanter Taiwanreise deutete Baerbock einen Vergleich von Chinas Taiwan-Politik mit dem russischen Krieg gegen die Ukraine an: ‚Wir akzeptieren nicht, wenn das internationale Recht gebrochen wird und ein größerer Nachbar völkerrechtswidrig seinen kleineren Nachbarn überfällt – und das gilt natürlich auch für China.‘ Das war eine Steilvorlage für die Chinesen, und zwar ausgerechnet mit Bezug auf das Völkerrecht: Nach UN-Resolution 2758 (25. Oktober 1971) vertritt die Volksrepublik China ‚Gesamtchina‘, also auch Taiwan. Man kann das bedauerlich finden, es bedeutet aber, dass China in dieser Frage näher am Völkerrecht liegt als Annalena Baerbock oder Nancy Pelosi. Aus dem ‚Denken ohne Geländer‘ wird schrankenlose westliche Überheblichkeit.“ (Stefan Weidner: Politik ohne Geländer, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 12.09.2022)

Von US-Think-Tanks, vom Pentagon und vom *Magazin Foreign Affairs* werden regelmäßig sog. war games abgehalten, bei denen es um einen Krieg wegen Taiwan gegen China geht. China würde darin zwar nicht Taiwan einnehmen können, die US-Streitkräfte würden allerdings erhebliche Verluste erleiden. Da China als aggressiver Feind gesehen wird, könnte auch eine „präventive Abschreckung“ notwendig sein. (Vgl. Kronauer 2022 b, 32; vgl. außerdem: Konrad Ege: Bei Taiwan könnte es nuklear werden, in: *der Freitag* v. 29.09.2022)

Chinas Staatschef Xi Jinping, der im März diesen Jahres seine dritte Amtszeit antrat, erklärte in aller Deutlichkeit vor allem an die Adresse der USA gerichtet: „Westliche Länder, angeführt von den Vereinigten Staaten, haben China in allumfassender Weise eingedämmt und unterdrückt, was für die Entwicklung unseres Landes beispiellose Herausforderungen gebracht hat.“ Und der neue Außenminister Qin Gang warnte auf seiner ers-

ten Pressekonferenz Washington vor „katastrophalen Konsequenzen“, wenn „Amerika nicht auf die Bremse tritt, sondern weiter auf dem falschen Weg beschleunigt“. (Zit. nach Friederike Böge: Die Schuldigen sind andere, sagt Xi, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* v. 08.03.2023) Die oben beschriebenen militärischen, politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen deuten allerdings eher auf eine eskalierende statt deeskalierende Strategie hin. So bleibt nur die Hoffnung, dass eine militärische Eskalation um Taiwan nicht bevorsteht und es keinen weiteren Ausrichtungskampf und Krieg in einer neuen multi-polaren Weltordnung gibt.

Stand: Mai 2023

LITERATUR

- Greiner, Bernd 2021: Was die USA seit 1945 in der Welt angerichtet haben, München.
- Hoering, Uwe 2022: Internationalisierung des chinesischen Ordnungsmodells, in: *PROKLA* 208, 409-427.
- Kronauer, Jörg 2022 a: Der Aufmarsch – Vorgeschichte zum Krieg, Köln.
- Kronauer, Jörg 2022 b: War Games, in: *Konkret*, Heft 10, Hamburg, 28-32.
- Kronauer, Jörg 2023 a: Der Chip-Krieg, in: *Konkret*, Heft 2, Hamburg, 24-27.
- Kronauer, Jörg 2023 b: „Der einzige Konkurrent“, in: *Konkret*, Heft 5, Hamburg, 12-15.
- Kulow, Karin 2022: Die geopolitische Konfrontation zwischen China und dem Bündnis des Westens, in: Institut für sozial-ökologische Wirtschaftsforschung e.V. (Hg.): *isw-report* 130, 3-13.
- Simon, Jenny 2022 a: ‚Lock-In‘ statt ‚Grand Strategy‘, in: *Das Argument*, Heft 3/2021, erschienen Mai 2022, 382-394.
- Simon, Jenny 2022 b: Die Rolle des Staates in der Internationalisierung der chinesischen Finanzbeziehungen, in: *PROKLA* 208, 385-408.

Wolfgang Kastrop ist Mitglied der Redaktion des DISS-Journals und im AK Kritische Gesellschaftstheorie.



Höckes Kriegsrede am 3. Oktober 2022 in Gera

Von Helmut Kellershohn

Zum Tag der Deutschen Einheit, von Höcke umbenannt in den „Tag der Deutschen Freiheit“, hält er in Gera eine außenpolitische Rede, in der er es schafft, den laut AfD „völkerrechtswidrigen“ russischen Angriff auf die Ukraine und dessen bisherigen Folgen für die Ukraine mit keinem Wort zu erwähnen. Im Gegenteil: Höcke hält den russischen Angriff für legitim und stellt sich damit ganz offen gegen das Positionspapier der AfD-Bundestagsfraktion vom März 2022.¹

Die Rede² ist durch und durch demagogisch und nationalistisch – manche Beobachter sprechen gar von einer „faschistische[n] Programmrede“. Das mag überzogen sein. Jan Werner Müller hat unlängst mit Blick auf den italienischen Regierungswechsel davor gewarnt, „die extreme Rechte von heute und den Faschismus [von damals] in einen Topf zu werfen“ (NZZ v. 18.11.2022). Gleichwohl ruft Höcke mit dem auf die USA gemünzten Terminus „raumfremde Macht“ Carl Schmitts Theorie einer „völkerrechtlichen Großraumordnung“ auf,³ die „für die nationalsozialistische Eroberungspolitik legitimierend wirkte“⁴ und zugleich eine ideologische Kontroverse provozierte, in der solche NS-Ideologen wie Reinhard Höhn und Werner Best den Begriff der „völkischen Großraumordnung“ als Gegenbegriff propagierten, um die nationalsozialistische Lebensraumdoktrin zu „präzisieren“.⁵ Allerdings richtete sich diese Großraumordnung nicht zuletzt gegen die Sowjetunion, während Höcke, hierin Carl Schmitt folgend, die USA im Blick hat. Er bestimmt den Kern der US-amerikanischen Strategie dahingehend, dass die USA bestrebt seien, „als raumfremde Macht auf unserem Kontinent Keile zu treiben zwischen Nationen, die eigentlich sehr gut miteinander zusammenarbeiten könnten“. Gemeint sind Deutschland und Russland, die er als „natürliche Partner“ bezeichnet: In wirtschaftlicher Hinsicht bestünde die Partnerschaft im Austausch von Rohstoffen und Industriegütern; und in Hinblick auf eine sich ergänzende „seelische“ Stimmungslage würden die Deutschen aus der Sicht der Russen „komponieren, denken und bauen“, während für die Deutschen die russische Kultur „Ausdruck einer menschlichen Sehnsucht und Wärme“ sei, die sie bei sich oft vermissten. Dieser im Prinzip kolonialistische Blick auf Russland wird von Höcke wohlweislich nicht zu Ende gedacht, weil sonst das Bild der Partner-

1 Damit steht Höcke nicht allein. Vgl. dazu die Beispiele (u.a. Hans-Thomas Till-schneider) bei Roeser/Häusler, die im Übrigen drei Gruppen in der AfD unterscheiden. Für die erste Gruppe stehe Rüdiger Lucassen, der sich „deutlich“ von Putin und Russland distanziert habe; eine mittlere Gruppe (u.a. Tino Chrupalla) verurteile zwar den russischen Angriffskrieg, versuche aber „Putins Verantwortung zu relativieren“. Die dritte Gruppe rechtfertige die russische Position. Vgl. R. Roeser/A. Häusler: Die Positionen der AfD zum Putin-Regime und dem russischen Angriffskrieg. Forena-Diskussionspapier 2/2022, 13.

2 Im Folgenden zitiert nach <https://www.pi-news.net/2022/10/hoeckes-rede-zum-tag-der-deutschen-freiheit-am-3-oktober-in-gera/>. Vgl. dagegen die vom Manuskript in mancher Hinsicht, aber nicht grundsätzlich abweichende *wörtliche* Rede unter <https://www.youtube.com/watch?v=QVdwdw2gB5Y>.

3 Carl Schmitt: Völkerrechtliche Großraumordnung mit Interventionsverbot für raumfremde Mächte. Ein Beitrag zum Reichsbegriff im Völkerrecht [zuerst 1939, 4. erweiterte Aufl. 1941], in: ders.: Staat, Großraum, Nomos. Arbeiten aus den Jahren 1916-1969, hrsg. mit Vorwort und Anmerkungen von Günter Maschke, Berlin 1995, 269-371.

4 Ulrike Jureit: *Großraum* versus *Lebensraum*. Die Interdependenzen geographischer, juristischer und rassenbiologischer Ordnungsvorstellungen, in: *Geographica Helvetica* 78 (2023), 75-85, hier S. 80.

5 Vgl. z.B. Werner Best: Völkische Großraumordnung, in: *Deutsches Recht* 10 (1940), 1345-1348.

Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹

Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten



Andrea Becker
Simon Eberhardt
Helmut Kellershohn (Hg.)



Andrea Becker,
Simon Eberhardt,
Helmut Kellershohn (Hg.)

Zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹ – Sozial- und wirtschaftspolitische Konzepte und Debatten innerhalb der AfD

ISBN 978-3-89771-772-5, Unrast-Verlag, 2019,
Seiten: 272, Reihe: Edition DISS Band: 43, Aus-
stattung: Softcover

Das Buch ist eine Bestandsaufnahme der sozial- und wirtschaftspolitischen Konzepte und Debatten innerhalb der AfD und der Neuen Rechten und unterzieht diese einer kritischen Analyse. Die Beiträge berücksichtigen dabei drei Dimensionen: erstens die Ebene der Akteure, also der Kräfte, die die Debatte bestimmen; zweitens geht es um konkrete Themenfelder, in die mit Konzepten, -Thesenpapieren etc. interveniert wird; und drittens geht es um die jeweiligen ideologiepolitischen Perspektiven und deren Verortung im Spannungsfeld zwischen Neoliberalismus und völkischem ›Antikapitalismus‹, sowohl unter dem Blickwinkel der innerparteilichen Auseinandersetzungen als auch unter dem der Relevanz für die von der AfD angesprochene Wählerkoalition. Darüber hinaus spannt das Buch einen ideengeschichtlichen Bogen zurück zur sogenannten ›Konservativen Revolution‹, die der Neuen Rechten als eine Art Steinbruch von Ideen und Argumenten dient, die je nach Lage und Intention aktualisiert und angepasst werden.

schaft schnell Risse bekommen würde (s. dazu weiter unten). Zwar schwingt in der Rede der bei Carl Schmitt aus dem hegemonialen Anspruch des Großdeutschen Reiches entwickelte Dreiklang von „Reich“, „Großraum“ und „Interventionsverbot für raumfremde Mächte“ unterschwellig mit. Explizit angesprochen wird aber nur Letzteres, wenn er Russland das Recht einräumt, seinen „Vorhof“ Ukraine, wie damals die USA in der Kuba-Krise, gegen das Vordringen der USA und der NATO zu verteidigen (russische „Monroe-Doktrin“). Deutschland befände sich dagegen als Nation in einer Lage der Schwäche („lächerliche Schwäche unserer Nation“), will sagen, was Höcke nicht offen ausspricht: Deutschland bedarf der Unterstützung Russlands gegen den Feind USA.

In der Hauptsache wendet sich Höcke also gegen den „globalen Machtanspruch“ der USA und setzt seine Hoffnung auf die Zusammenarbeit der europäischen Nationen und Völker einschließlich Russlands, mit dem Ziel, „die USA mit ihrem primitiven Sendungsbewußtsein aus Europa fernzuhalten, ja, ihr zu verbieten, sich in unsere europäischen Angelegenheiten einzumischen“ (Interventionsverbot!). Der russische Angriff erscheint aus dieser Perspektive als eine „hart und konsequent“ vorgetragene Reaktion „auf die Offensive einer raumfremden Macht“. Russland verteidigt sich im Interesse Europas und vor allem – Deutschlands. Das entspricht der Rolle, die Alexander Dugin im „Manifest der Eurasischen Bewegung“ (2001) Russland zuweist: „Das eurasische Rußland muß in der Rolle des Befreiers Europa auftreten, und zwar als Befreier von der politischen, wirtschaftlichen und kulturellen US-Okkupation.“⁶

Für Deutschland würde dies erforderlich machen, sich endlich auf seine Interessen zu besinnen und sich von der Vormundschaft der USA zu lösen. Die Bundesregierung sei fremdbestimmt, z.B. in ihrer Energiepolitik (Ersetzung von preiswerten russischen Gaslieferungen durch teures US-amerikanisches Flüssiggas):⁷ „Die US-amerikanische Regierung befiehlt der deutschen Regierung den wirtschaftlichen Selbstmord und Scholz & Co. führen ihn aus.“ Deutschland sei an sich „Brückenbauer, [...] Mittler zwischen Ost und West“,⁸ handle derzeit aber aufgrund seiner Schwäche nicht souverän, sondern werde tragischerweise gezwungen, sich zwischen Ost und West zu entscheiden, d.h. gegen Russland.⁹ Das möchte Höcke rückgängig machen.

In diesem Zusammenhang, im zweiten Teil der Rede, macht sich Höcke weitere Rechtfertigungen des Überfalls auf die Ukraine von Seiten Putins zu eigen. Es finden sich denn auch An-



spielungen auf Alexander Dugins „Das Große Erwachen gegen den Great Reset“ (2021). Höcke definiert die westliche Welt, den „neuen Westen“, der zu seinem Leidwesen keineswegs mehr „klassisch-liberal“ sei, mehrfach als „Regenbogen-Imperium“. Klassisch-liberal ist für Dugin der Liberalismus 1.0 im Sinne Hayeks, der national, kapitalistisch, pragmatisch, individualistisch, ja geradezu libertär gewesen sei. Der Liberalismus 2.0, der Soros-Liberalismus, stehe dagegen für politische Korrektheit, Cancel Culture, Genderismus & LGBT-Kult und Demokratie als Herrschaft der „progressiven Minderheit“.

Gegen dieses letztlich totalitäre „Regenbogen-Imperium“ wird nun der Krieg, so Höcke, nicht nur aus materiellen, sondern vor allem aus „weltanschauliche[n]“ Gründen geführt: „diese Länder und ihre Staatslenker“ – Höcke meint nicht nur Putin, sondern bezieht auch Viktor Orban und „die“ Serben mit ein

6 In diesem Punkt unterscheidet sich Dugin wesentlich von den Eurasiern der 1920er Jahre. „Das moderne Europa ist [...] nicht mehr die Quelle des ‚Weltbösen‘. Die ungestümen politischen Ereignisse des 20. Jahrhunderts haben dazu beigetragen, daß sich diese Quelle weiter nach Westen verschoben hat: Heute heißt sie USA. Dieser Tage kann Rußland in Europa jene strategischen Partner finden, die an der Wiederherstellung ihrer früheren politischen Gewalt interessiert sind.“ (Eurasien über Alles. Das Manifest der eurasischen Bewegung, online unter: <https://www.geopolitika.ru/de/article/eurasion-ueber-alles-das-manifest-der-eurasischen-bewegung>)

7 Diesbezüglich deutet Höcke an, dass die Anschläge gegen Nord Stream 1 und 2 von den USA zu verantworten seien, habe doch „Biden mit dem lässigen Lächeln eines Bandenchefs [sic!]“ versprochen, das Projekt Nord Stream 2 zu beenden.

8 Entspricht der Formulierung im Strategiepapier der AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag zur Außen- und Sicherheitspolitik „Realpolitik im deutschen Interesse“ (Berlin 2021), in dem von der „Brücken- und Mittlerfunktion zum russisch-asiatischen Raum“ (ebd., 16, Leitlinie 3) die Rede ist.

9 Es fällt auf, dass, wenn Höcke vom Osten spricht, die ostmitteleuropäischen Staaten (laut Giselher Wirsing: „Zwischeneuropa“) und deren Interessen mit keinem Wort erwähnt werden. Es verwundert nicht, wenn der selbsternannte „Nationalrevolutionär“ und bekennende Putinist Jürgen Elsässer, Höcke assistierend, in seinem Querfront-Magazin *Compact* antipolnischen Ressentiments Platz einräumt (vgl. z.B. *Compact* 4/2023, 44-50).



Aleksandr Dugin

– hätten sich „gegen die Veralberung der Tradition und Geschichte entschieden [...], gegen die ungebremste Einwanderung, gegen die Transformation ihrer Völker in eine gesichtslose Masse von perfekt durchmaterialisierten Konsumfaschisten“. Sie würden sich gegen Homo-Ehe, Transgeschlechtlichkeit und Schwangerschaftsabbrüche oder Pornofilme in der Schule zur Wehr setzen. Die Ukraine also als Schlachtfeld, auf dem dem „Regenbogen-Imperium“ des Westens der Kampf angesagt wird. In diesem Kampf muss Deutschland, so Höcke, selbstverständlich Partei sein, es muss sich von seiner Vasallen-Rolle befreien, nicht zuletzt im eigenen Interesse. Hätte er die Wahl und müsste er „für das deutsche Volk entscheiden“, würde er sich und die Deutschen nicht auf der Seite des Imperiums, des „globalistischen Westen[s]“ sehen, sondern auf der Seite des „Ostens“ und damit Russlands.¹⁰

Höckes Entscheidung für den Osten knüpft an die ‚Ostideologie‘ und die Ostorientierung Moeller van den Brucks und des jungkonservativen Juni-Klubs nach 1919 an.¹¹ Moeller schrieb 1920 im Gewissen, damals mit Blick auf das bolschewistische Russland: „Der russische Sozialismus weiß, daß die Revolution eine Erhebung gegen die nutznießende Gesellschaft des Westens ist. Wenn der Bolschewismus gegen Indien vorstößt, dann meint er England. Und wenn er gegen Polen andrängt, dann meint er Frankreich. Er meint unsere Feinde. Das verbindet den russischen und den deutschen Sozialismus [im Sinne Moellers; d. Vf.]. Sollen sie den gemeinsamen Kampf nicht gemeinsam führen?“¹²

Wenn Moeller van den Bruck des Weiteren schreibt: „Der Augenblick rückt heran, in dem wir uns für oder gegen den Osten entscheiden müssen“, wenn Ernst Niekisch in „Grundfragen deutscher Außenpolitik“ (1925) die „Bereitschaft zur russischen Orientierung“ erneut aufruft und wenn Karl Haushofer die Idee eines kontinentalen Machtblocks propagiert, so gibt es dazu eine direkte Replik Hitlers in „Mein Kampf“: „Nicht West- und nicht Ostorientierung darf das künftige Ziel unserer Außenpolitik sein, sondern Ostpolitik im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk“ (Bd. II, 330).¹³ Hitler markiert hier – er gebrauchte in „Mein Kampf“ den Begriff „Bodenpolitik“ – eine Differenz gegenüber der jungkonservativen Ostideologie der frühen 1920er Jahre [Moeller van den Bruck hat sich später davon distanziert] und zu den Äußerungen des (späteren) Nationalbolschewisten Niekisch oder vergleichbaren Äußerungen Gregor Strassers.

Daran sollte man sich erinnern, wenn man über Gehalt und Charakter von Höckes Oktober-Rede nachdenken will. Sie ist zweifellos eine Kriegsrede im Geiste der zitierten konservativ-revolutionären Ideologen. Sie begrüßt den Angriffskrieg Putins – im Gegensatz zu dem Positionspapier der AfD-Bundestagsfraktion vom März 2022 – als berechtigte Antwort auf „die Offensive einer raumfremden Macht“, deren oberstes geostrategisches Ziel darin bestehe, „ein deutsch-russisches Zusammengehen“ gegen die Zumutungen des „Regenbogenimperiums“ zu verhindern. Die Analogie zum revisionistischen „Abwehrkampf“ gegen den „Westen“ in den 1920er Jahren liegt auf der Hand. Diese Konstellation ist eine andere als 1939, als Carl Schmitt nach der Einverleibung der „Rest-Tschechei“ daran ging, die Konturen einer „völkerrechtlichen Großraumordnung“ aus der Sicht eines großdeutschen Imperiums zu umreißen, und bald darauf die Nazis begannen, ihre „Lebensraum im Osten“-Ideologie im Sinne einer rassenideologisch begründeten

10 Ähnlich äußerte sich Hans-Thomas Tillschneider, Landtagsabgeordneter der AfD in Sachsen-Anhalt, bei der Gründung eines Vereins namens „Ostwind“ im Januar 2023, an der auch Jürgen Elsässer beteiligt war. Tillschneider bedient sich desselben Vokabulars wie Höcke: „Wir, die Normalen, Vernünftigen, Verwurzelten haben erkannt, dass unser Feind das Regenbogenimperium ist, und im Widerstand gegen dieses Imperium steht uns Russland am nächsten. In Russland herrscht eine in der Tradition verwurzelte Lebensweise, die sich mehr und mehr als Gegenentwurf zur traditions-, identitäts- und geschlechtslosen Regenbogengesellschaft des Westens begreift.“ (<https://www.compact-online.de/vereinsgruendung-der-ostwind>).

11 Ausführlicher hierzu Volker Weiß: Dostojewskijs Dämonen. Thomas Mann, Dmitri Mereschkowski und Arthur Moeller van den Bruck im Kampf gegen „den Westen“, in: H. Kauffmann/H. Kellershohn/J. Paul (Hg.): Völkische Bande. Dekadenz und Wiedergeburt. Analysen rechter Ideologie, Münster 2005, 90-122.

12 Moeller van den Bruck: Sozialistische Außenpolitik [11.02.1920], in: ders.: Sozialismus und Außenpolitik, hrsg. von Hans Schwarz, Breslau 1933, 81f.

13 Hier zitiert nach: Hitler, Mein Kampf. Eine kritische Edition, hrsg. von Christian Hartmann et al., Bd. II, München/Berlin 2016, 1687.

ten Expansionspolitik in die Tat umzusetzen, angefangen vom Überfall auf Polen bis hin zum Angriff auf die SU.

Es ist allerdings bezeichnend für Höckes Ostorientierung, dass sie bei allem Gerede vom „natürlichen Partner“ Russland einen *antirussischen* Kern enthält. Ich hatte vom kolonialistischen Blick Höckes auf Russland gesprochen: In wirtschaftlicher Hinsicht weist er dem „Partner“ Russland die Rolle des Rohstofflieferanten zu und auch in kultureller Hinsicht konstruiert er eine klare Hierarchie. Louis Dupeux sieht in seiner Studie zum deutschen Nationalbolschewismus der 1920er Jahre in der Schwärmerei für die „russische Seele“, die wir jetzt bei Höcke wiederfinden, eine „Zweideutigkeit“, die der Ostorientierung damals einen „imperialistischen Anstrich“¹⁴ verliehen habe, an den dann, so wird man ergänzen müssen, die Nazis mit ihrem rassenbiologisch begründeten Imperialismus anknüpfen konnten, um ihn zu überbieten.

Geht man von dieser Zweideutigkeit aus, ist die Rede Höckes sicherlich nicht das letzte Wort, sondern Ausdruck einer Lageeinschätzung, deren behauptete Determinanten sich ändern können. Gegenwärtig soll Deutschland die Fronten wechseln, vom Vasallen und „Brückenkopf“ der USA zum strategischen Juniorpartner Russlands, dessen historische Mission im Kampf gegen das „Regenbogenimperium“ verklärt wird. Man muss sich aber über eins im Klaren sein:

Im Mittelpunkt rechter Diskurse über Russland steht nicht Russland, stehen vielmehr Deutschland und das imaginierte „Reich“.

Diesbezüglich ist nochmal an Carl Schmitt zu erinnern. Die entscheidenden völkerrechtlichen Subjekte sind für ihn 1939 nicht mehr die Nationalstaaten, sondern die Reiche (im Plural!), „die führenden und tragenden Mächte, deren politische Idee in einen bestimmten Großraum ausstrahlt und die für diesen Großraum die Interventionen fremdräumiger Mächte grundsätzlich ausschließen“ (Schmitt 1995, 295f.; vgl. Fn. 3). Ein Großraum umfasst also erstens ein Reich als Hegemonial-

macht, zweitens eingegliederte, ehemals souveräne Staaten mit nunmehr erheblich geminderter Rechtsstellung¹⁵, die sich Schmitt zufolge im Wesentlichen, im Falle des vom Deutschen Reich dominierten Großraums, auf die „Achtung jedes Volkstums“ (ebd., 297) beschränkt;¹⁶ und drittens bestimmt sich die Grenze eines Großraums durch die (räumliche) Reichweite der durch das Reich propagierten politischen Idee und die Fähigkeit des Reiches, innerhalb dieser Grenzen das Interventionsverbot für konkurrierende Mächte durchzusetzen. Schmitt verweist in diesem Zusammenhang auf den deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28.09.1939, in dem er wesentliche Elemente einer wechselseitigen Anerkennung beider Großraumordnungen realisiert sieht: Der Vertrag „setzt die Grenze der ‚beiderseitigen Reichsinteressen‘ im Gebiet des bisherigen polnischen Staates fest. Ausdrücklich wird in Art. 2 des Vertrages jegliche Einmischung dritter Mächte in diese Abmachung abgelehnt“ (ebd., 295). Außerdem enthielt der Vertrag Bestimmungen zur Umsiedlung der jeweils eigenen Volksgruppen, womit „das Versailler System des sog. Minderheitenschutzes [im Sinne der Bewahrung individueller Rechte, d.V.] für diesen Teil des europäischen Raumes erledigt“ (ebd.) war.

Wenn man all diese Elemente, von Schmitt auf dem Stand vor dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion formuliert,¹⁷ als Subtext von Höckes Rede liest, wird nochmal deutlich, welches Potenzial die Berufung Höckes auf das „Interventionsverbot für raumfremde Mächte“ für eine vorerst *metapolitische* Rekonstruktion der Großmachtrolle Deutschlands in Europa enthält, sicherlich nicht im Sinne einer einfachen Übertragung, wohl aber im Sinne der Erschließung eines den veränderten und sich verändernden Bedingungen angepassten Möglichkeitsraumes. In diesem Punkt erneuert Höcke das, was Niels Werber in seinem Buch „Geopolitik“ (Hamburg 2014) als die kompensatorische Funktion deutscher Geopolitik nach 1918 bezeichnet: Der geopolitische Diskurs habe damals als scheinbar „objektiver“ Garant einer Korrektur der Geschichte“ (ebd., 115) gedient, um die Niederlage des Deutschen Reiches wieder rückgängig machen zu können.

14 Louis Dupeux: Nationalbolschewismus in Deutschland 1919-1933, München 1985, 33.

15 „Das ‚ius ad bellum‘ wie auch die Möglichkeit einer Neutralität und im weiten Maße die außen- und innenpolitische Handlungsfähigkeit war den Großraumstaaten genommen.“ (Mathias Schmoeckel: Die Großraumtheorie. Ein Beitrag zur Geschichte der Völkerrechtswissenschaft im Dritten Reich, insbesondere der Kriegszeit, Berlin 1994, 72)

16 Schmitt sprach mit Bezug auf die vom Deutschen Reich verfolgte politische Idee von einer „nichtuniversalistischen, volkhaften, völkerachtenden Lebensordnung“ (Schmitt 1995, 297).

17 Die vierte Auflage der „Völkerrechtlichen Großraumordnung“ datierte Schmitt auf den 28. Juli 1941 (einen Monat nach dem Angriff auf die Sowjetunion). Bemerkenswerterweise behielt er die positive Bewertung des deutsch-sowjetischen Vertrages vom September 1939 bei.



„Es geht um unsere Nation. Es geht um unsere Freiheit.“

LEKTIONEN AUS DEM UKRAINE-KRIEG AUS DER SICHT DER JUNGEN FREIHEIT

Von Helmut Kellershohn

Die jungkonservative Wochenzeitung Junge Freiheit (JF) gehört bekanntlich zu der publizistischen Fraktion der Neuen Rechten, die sich dem Mainstream am nächsten platziert. Dieter Stein, JF-Chefredakteur und Geschäftsführer des Herausgebersvereins, unterstrich jüngst anlässlich des zehnjährigen Bestehens der AfD, dass die deutsche Rechte nach dem Vorbild der Schwedendemokraten und Giorgia Melonis endlich die vorhandene Mitte-Rechts-Mehrheit, bestehend aus Union, AfD und FDP, für eine „Politikwende“ nutzbar machen müsse. Stein fragt: „Wann kommt diese Mehrheit erstmals zum Tragen? Das Tabu könnte kommendes Jahr fallen. Dann werden in Sachsen, Brandenburg und Thüringen neu gewählt.“ (JF 6/23, 1)

Nun wird Stein wissen, dass gerade in diesen Ländern die AfD von den „Flügel“-Leuten rund um Björn Höcke dominiert wird, metapolitisch unterstützt von der Konkurrenzfraktion der Neuen Rechten um das Institut für Staatspolitik (IfS) und propagandistisch befeuert vom Querfront-Magazin *Compact* um Jürgen Elsässer. Aus deren Sicht ist die JF zu einem konservativ-liberalen Blatt ‚degeneriert‘, dessen Mitte-Rechts-Kurs abzulehnen ist. Erik Lehnert vom IfS hat, ebenfalls aus Anlass des zehnjährigen Bestehens der AfD, die Gegenposition so bestimmt: „[...] mit zunehmender Stärke der AfD [...] kommt die eigentliche Charakterprüfung für sie: ob sie nämlich der Verlockung widerstehen kann, ein gleichberechtigter Teil der Beutegemeinschaft der Parteien zu werden, und ob sie die innere Spannung bis zu dem Moment halten kann, in dem sie in der Lage ist, den anderen die Bedingungen für eine Zusammenarbeit zu diktieren.“ (Sezession 112, 19) Wie Zusammenarbeit auf der Basis von Diktaten, zumindest im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie, funktionieren soll, darüber schweigt Lehnert.

Der Kampf zweier Linien schlägt sich auch in ideologischen Kontroversen nieder, wie aktuell in den konträren Positionie-

rungen zum Ukrainekrieg. Im Folgenden geht es im ersten Teil um die Haltung der *Jungen Freiheit*. Der zweite Teil wirft die Frage auf, inwieweit die JF als jungkonservatives Organ mit ihren Positionen einen Resonanzboden in der AfD-Bundestagsfraktion findet, in der bekanntlich viele „Putinverstehler“ bis hinein in die Fraktionsspitze agieren.

I. DIE JUNGE FREIHEIT ZUM UKRAINEKRIEG

Der russische Angriffskrieg wird nicht gutgeheißen (Karlheinz Weißmann, JF 15/22, 18), als „imperialistischer Vorstoß“ (Dieter Stein, JF 10/22, 1) deklariert, in der Frage der Sanktionspolitik und der Waffenlieferungen lässt man gegensätzliche Positionen zu Wort kommen.¹ Der Tenor liegt freilich auf etwas anderem: „Der Selbstbehauptungswille der Ukrainer ist nicht nur bewundernswert, er ist eine Lektion: eine Lektion in Sachen unserer Dekadenz“ (Weißmann). Die Ukrainer also als Vorbild nationaler Willensstärke, die den Deutschen fehle, weil sie „über Jahrzehnte Niedergang und Zerfall“ zugelassen hätten. Es ist daher kein Zufall, wenn Dieter Stein, Chefredakteur der JF, einen Brief an die LeserInnen des Blattes (08. April 2022) mit der Parole überschreibt: „Es geht um unsere Nation. Es geht um unsere Freiheit.“

ZEITENWENDE – ABER RICHTIG!

Wie dies zu verstehen ist, zeigt der Kommentar Dieter Steins nach Ausbruch des Krieges und kurz nach der „Zeitenwende“-Rede des Bundeskanzlers (JF 10/22, 1). Stein nimmt den Krieg zum Anlass, über dessen Bedeutung für eine „realpolitische Kehrtwende“ deutscher Politik nachzudenken. Der russische Angriff habe die „Prioritäten unserer Regierung korrigiert“ und die „Hierarchie der Ziele“ auf Seiten der politischen Klasse infrage gestellt. Ausdruck der veränderten Lage sei der

1 Vgl. z.B. <https://jungefreiheit.de/debatte/2023/wie-haelst-du-es-mit-den-panzern/>.

Wille der Bundesregierung, die „zügige Aufrüstung der Bundeswehr“ zu betreiben. Endlich sei damit dem „letzten Deutschen“ klar geworden, wie „verletzbar im **Ernstfall** ein Staat ist, der nicht vorgesorgt hat, dessen Souveränität sich nicht auf von ihm selbst kontrollierte Waffengewalt stützen kann.“ Militärische Bedrohung sei jetzt keine „abstrakte Phantasie“ mehr.

Der Ukraine-Krieg hält also eine Lehre bereit: „Wir werden gezwungen, die Wahrnehmung des Politischen neu zu kalibrieren, den Realitäten ins Auge zu schauen“ und endlich zu erkennen, „daß Frieden nur um den Preis der **Verteidigungsfähigkeit** zu haben ist“ und einen „kollektiven Willen“ zum Waffeneinsatz im Notfall erfordere. Putin rufe in Erinnerung, „welche existentielle Bedeutung die **Abschreckung** hat, die sich im Zweifel auch auf atomare Sprengköpfe gründet, die in Deutschland im Rahmen des Bündnisses stationiert sind“; selbst „Kernwaffen unter deutschem Kommando“ seien jetzt ernsthaft im Gespräch.

Entscheidend aber ist für Stein ein „tiefgreifender **Mentalitätswandel**“ einer bislang „pazifistisch gestimmten Öffentlichkeit“. Um einen solchen Wandel herbeizuführen, sei eine „grundlegende Remedur“ notwendig:

- Abschied von einer hypermoralischen Außen- und Sicherheitspolitik und der Idee einer „Weltinnenpolitik“,
- Abschied von einem „wirklichkeitsfremden Menschenbild“, das weltweit keine gegensätzlichen Interessen und Konflikte kenne,
- Abschied von einer „fehlgeleiteten Energiepolitik“ (Atom- und Kohleausstieg), die Deutschland erpressbar gemacht habe, und
- Abschied von einer durch die mediopolitische Klasse allseits beförderten „pazifistischen Mentalität“.

Stein ist überzeugt, dass solch eine realpolitische Kehrtwende unter einer linken Regierung nicht möglich sein werde. In Machtfragen bescheinigt er ihr schlicht Inkompetenz. Putin dagegen setze in der Ukraine „alles auf eine Karte“. Wolle „Deutschland künftig seine Verantwortung im Zentrum des Kontinents wahrnehmen“, müssten endlich die „**nationalen Interessen**“ definiert werden. Dazu gehören Stein zufolge die Verfügung über ein „ausreichendes eigenes militärisches Potential“, auch unabhängig von den USA, und die Sicherung der Souveränität der ostmitteleuropäischen Nationalstaaten, die er damit zu einer deutschen Angelegenheit erklärt.² Am wichtigsten aber sei mit Blick auf die EU die grundsätzliche Entscheidung, ob die Deutschen ihre Nation auflösen oder wie andere europäische Nationen ihre Staatlichkeit und die Fähigkeit zur Selbstbehauptung („auch im Rahmen der EU“) verteidigen wollen. Der Krieg könne zum „Katalysator“ werden zur Klärung des deutschen Selbstverständnisses.

„SELBSTBEWUSSTE NATION“

Stein wünscht sich, wie er im Juli 2022 in einem Grundsatzartikel für die rechtskonservative, in Ungarn erscheinende Zeitschrift *The European Conservative* (H. 22) schreibt,³ Deutschland als „selbstbewußte Nation“. Anknüpfend

2 Karlheinz Weißmann verweist diesbezüglich in seiner „Standortbestimmung“ auf Deutschlands Verpflichtungen gegenüber „unseren Nachbarn, insbesondere jenen des ‚zwischeneuropäischen‘ Raums, der sich von der deutschen Ostgrenze bis zur russischen Westgrenze dehnt“. Der Begriff „Zwischeneuropa“ erinnert an das bekannte gleichnamige Buch von Giselher Wirsing (1932), damals Mitarbeiter des TAT-Kreises und Mitglied der Deutsch-Akademischen Gildenschaft, der Vorläuferorganisation der DG, und später SS-Sturmbannführer. Zum ideologischen Gehalt der Zwischeneuropa-Idee als einer auf die deutsche Hegemonie abzielenden Raumkonzeption vgl. Hans Hecker: Die Tat und ihr Osteuropa-Bild 1909-1939, Köln 1974, 158-172.

3 Dieter Stein: The Weak Giant. Dt. Übers: <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2022/deutschland-weak-giant/>

Ordnen und Regieren

Das Konzept ›Zivilgesellschaft‹ in der deutschen Entwicklungspolitik.
Eine postkoloniale Diskursanalyse



Sara Madjlessi-Roudi



Sara Madjlessi-Roudi

Ordnen und Regieren

Eine postkoloniale Diskursanalyse des Konzepts ›Zivilgesellschaft‹ in der deutschen Entwicklungspolitik

ISBN 978-3-89771-777-0

Seiten: 476

Reihe: Edition DISS Band: 48

Sara Madjlessi-Roudi wirft einen kritischen Blick auf das Konzept der ›zivilgesellschaftlichen Beteiligung‹, das seit den 1990er Jahren den entwicklungspolitischen Diskurs im Globalen Norden bestimmt.

Unter spezifischer Bezugnahme auf Afrika und unter Rückgriff auf die Kritische Diskursanalyse (KDA) und auf postkoloniale Theorie arbeitet sie anhand von Strategiepapieren zur Entwicklungspolitik des BMZ sowie der Bundesregierung heraus, wie sich die Idee der ›Einbindung von Zivilgesellschaft‹ innerhalb von fünfzehn Jahren zu einer Regierungstechnologie entwickelt hat. Darin wird Afrika als tendenziell defizitäres Umfeld für zivilgesellschaftliche Teilhabe konstruiert und werden Differenzlinien insbesondere zu sogenannten ›Gewaltakteuren‹ und zur Bevölkerung hervorgehoben.

Sara Madjlessi-Roudi zeichnet nach, wie die deutsche Entwicklungspolitik über Jahre hinweg am Konzept ›Zivilgesellschaft‹ festhält, das auf eigenverantwortliche Subjekte verweist, von denen bestimmte Handlungen eingefordert werden können. Im Ergebnis werden so nicht nur politische und ökonomische Machtverhältnisse ausgeblendet, sondern auch koloniale Differenzsetzungen reproduziert, in denen sich das BMZ als handelnder Akteur begreift. Die diskursiven Effekte, die die Autorin ausmacht, zeigen sich entweder in Bezug auf die Legitimation des deutschen entwicklungspolitischen Handelns in Afrika oder in der Zurückweisung von Kritik an entwicklungspolitischem Paternalismus.



Entfremdung Identität Utopie



Marvin Chlada, Peter Höhmann,
Wolfgang Kastrup & Helmut Kellersohn (Hg.)



ISBN 978-3-89771-774-9
200 Seiten, Oktober 2020
Reihe: Edition DISS Band: 45

Der Entfremdungsbegriff (bzw. ein verwandter Begriff wie Verdinglichung) hat Konjunktur. Die Debatte reflektiert zum einen das neue Interesse an der Marx-Lektüre, das seit der Jahrtausendwende Ausdruck der Krisenprozesse ist, die die kapitalistische »Welt« durchziehen und nach Erklärungsmustern suchen lassen. In diesem Zusammenhang wird auch das Verhältnis zwischen dem »frühen« Marx und dem Marx der »Kritik der Politischen Ökonomie«, zwischen Entfremdungskritik und der Kritik des Warenfetischismus erneut thematisiert. Zum anderen verweist der Entfremdungsdiskurs auf die individuellen Leidenserfahrungen, die den Alltag der Menschen bestimmen.

Korrespondierend zum Entfremdungsbegriff nimmt der Identitätsbegriff einen immer breiteren Raum ein in der Debatte um die Gestaltung von nichtentfremdeten Lebensverhältnissen. »Identität« (bzw. »kollektive Identität«) ist zur Chiffre geworden, unter der sich unterschiedliche Gruppen formen, denen es um eine Änderung vorherrschender Lebens- und Denkweisen geht, die sich unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen herausgebildet haben.

Besondere Beachtung verdienen rechtspopulistische und extrem rechte Bewegungen. Auch sie operieren identitätspolitisch, indem sie das »Deutsch-Sein« (im völkischen Sinne) und das volksgemeinschaftliche Wir zum allein bestimmenden Identitätsmerkmal erheben. Identität ist aus dieser Sicht immer national- und volksbezogen. Entfremdung dagegen bedeutet stets Verlust des Nationalen und des »Völkischen«. Auch die Vorstellungen von einer anderen, besseren Welt haben Konjunktur.

an das Credo der realpolitischen Kehrtwende wiederholt er die Forderung nach einem „tiefreifende[n] Wandel der nationalen Mentalität“, beschwört den „preußischen Militäregeist“, kritisiert die Haltung der Eliten als „liberal und postnational“, äußert sich geringschätzig über die halbherzige „Zeitenwende“ und beklagt erneut die frühere Energiepolitik („Geisel russischer Ressourcen“). Zusätzlich polemisiert er gegen Deutschlands Migrationspolitik seit Merkel, verteidigt in diesem Zusammenhang die Position Polens und Ungarns, die freilich gegenüber ukrainischen Flüchtlingen eine „bewundernswerte humanitäre Hilfe“ leisteten, während die Bundesregierung „unter dem Einfluß linker Migrationslobbyisten und anderer Nichtregierungsorganisationen [...] sich weigert, zwischen echten Flüchtlingen und illegalen Migranten zu unterscheiden“. Deutschland müsse endlich aufhören, sich als „Hippie-Staat, der nur von Gefühlen geleitet wird“ (Anthony Glee), zu präsentieren. In der Frage der Integration von Zuwanderern und Ausländern müsse Deutschland auf dem Schutz „nationale[r] Identität“ bestehen und sich diesbezüglich von seinem „tiefsitzenden Schuldkomplex [], der in den Verbrechen des Dritten Reiches wurzelt“, lösen.

Neuerdings würden auch die „woken“ Kulturkriege Deutschland – aber nicht nur Deutschland, sondern den gesamten „Westen“ – „ersetzen“ und „angesichts der Bedrohung durch autoritäre und diktatorische Regime wie Rußland und China“ die Demokratie „untergraben“. Es sei nun an der Zeit, „daß ein freiwillig am Boden liegender deutscher Riese [!] endlich aufsteht und ein erwachendes Land wird, das in der Lage ist, einer gefährlichen Welt ins Gesicht zu sehen“.

„EUROPÄISCHE SICHERHEITSARCHITEKTUR“

Ein Jahr nach Beginn des Ukraine-Krieges (JF 9/23, 1) wiederholt Stein wesentliche Aussagen und versucht sie zu präzisieren. Die Forderung nach einer „realpolitischen Kehrtwende“ der deutschen Politik klingt erneut an, wenn er „Die offene deutsche Frage“ (Titel) thematisiert, also eine Situation der Entscheidung beschwört, der sich Deutschland stellen müsse. Wofür sich die deutsche Politik entscheiden müsse, stellt Stein bereits im Untertitel klar: „Für eine neue europäische Sicherheitsarchitektur kommt es auf Berlin an“.⁴

Stein beginnt mit einem Rückblick auf das „Jahr der Desillusionierung“:

- Der Angriff russischer Truppen auf die Ukraine sei für das Gros der Experten überraschend gekommen. Man habe den „monatelangen Aufmarsch“ fälschlicherweise als einen „Bluff im Poker mit dem Westen und Kiew abgetan“.
- Viele Experten hätten sich ein zweites Mal geirrt, als sie „rasche Siege der als haushoch überlegen eingeschätzten russischen Armee“ vorhergesagt hätten. Der Angriff auf Kiew und eine landesweite Invasion sei zurückgeschlagen worden.
- Der Krieg habe sich dann wie im Ersten Weltkrieg zu einem fürchterlichen Stellungs- und Abnutzungskrieg entwickelt.
- Mit dem Krieg sei die „Illusion einer tragfähigen Friedensordnung des postsowjetischen Raums in Ostmitteleuropa“ zerfallen, optional beispielsweise in Form einer Zwischenzone „jenseits von NATO/EU und Russischer Föderation“. Eine solche „Option“ des „Dazwischen“ sei aber gescheitert, einerseits an den Sicherheitsbedürfnissen der in den 1990er Jahren entstanden Nationalstaaten, deren Gewährleistung sie der NATO anvertraut hätten, weil – logischerweise – „die Europäer alleine nicht in der Lage“ gewesen seien, entsprechende Garantien zu geben. Rußland andererseits

4 Eine neue „Sicherheitsarchitektur für Europa und die Welt“ fordert der umstrittene US-amerikanische Jurist Alfred de Zayas als Bestandteil eines recht vage gehaltenen, acht Punkte umfassenden Friedensplans in der FPÖ-nahen Zeitschrift *zurZeit* (Herausgeber u.a. der langjährige JF-Autor Andreas Mölzer). Vgl. *zurZeit* 9/2023, 32-37; vgl. auch sein Interview mit Götz Kubitschek auf *sezession.de*, in dem er bzgl. der Sprengung der Nord-Stream-Pipelines die Darstellung von Seymour Hersh als „kohärent“ bezeichnet (*sezession.de* v. 21.03.2023).



habe befürchten müssen, dass sich auch noch „die großen Flächenstaaten Weißrußland und Ukraine dauerhaft seinem Zugriff entziehen und künftig ebenfalls dem westlichen Bündnis anschließen könnten“.

Damit kommt Stein zu seinem eigentlichen Thema, nämlich der Rolle Deutschlands beim (bisherigen) Scheitern einer „belastbare[n] europäischen Sicherheitsarchitektur“, wobei die Betonung auf europäisch liegt. Entscheidend ist für Stein die „**Schwäche Deutschlands**“, deren Ursachen er auf die Modalitäten der Wiedervereinigung zurückführt, genauer auf das Versagen der deutschen Eliten. Diese hätten es versäumt, die Rolle der deutschen Nation zu definieren, nämlich „im Zentrum eines Kontinents [...], der seine Teilung überwunden hatte und damit auch größere Eigenständigkeit hätte gewinnen können.“ Stattdessen habe man „vor dem 1989 erfolgten Rückruf in die Geschichte“ – Stein bezieht sich hier auf ein Buch von Karlheinz Weißmann (1993) – die „Flucht“ angetreten, „um sich als Nation schnellstmöglich in Europa aufzulösen“. Dieses Versagen wiederhole sich in der Situation des Ukrainekriegs: Die „deutsche Schizophrenie“ bestünde aktuell darin, „mit deutschen Panzern die ‚Auslöschung der ukrainischen Sprache, Kultur und Identität‘ (Katrin Göring-Eckardt) zu bekämpfen, gleichzeitig die Aufgabe der eigenen nationalen Identität aber quasi zum Staatsziel erhoben zu haben“. Gleichmaßen beklagt er den – aus seiner Sicht – eklatanten Widerspruch zwischen „waffenklirrenden Bekenntnissen“ insbesondere grüner Politiker einerseits und der „Verachtung eigener Wehrhaftigkeit, Herabwürdigung des eigenen Soldatentums, Verhöhnung der eigenen Nationalgeschichte“ andererseits. Stein kritisiert die Illusionen „feministischer“ Außenpolitik mit ihrem Appell an die „Weltgemeinschaft“ und der Beschwörung des „Weltfrieden[s]“ ebenso wie die Forderungen nach Waffenstillstand und Verhandlungen (s. Schwarzer-Wagenknecht Manifest) als Ausdruck von „Realitätsverweigerung gegenüber dem, was das Wesen von Politik“ ist als Machtkampf zwecks Erhaltung „des eigenen Staates und der eigenen Nation“.

Kern nationaler Macht aber, so die Lehre des Ukrainekrieges, sei die Souveränität, die Deutschland abgehe. Dem bekannten Diktum Carl Schmitts folgend, wonach souverän sei, wer über den Ausnahmezustand entscheidet, bringt Stein diesbezüglich erneut die **Verfügung über Atomwaffen** ins Spiel.⁵ „Solange ein Staat nicht über eigene Atomwaffen verfügt, ist seine Souveränität begrenzt. Glaubt dieser Staat weiterhin generell darauf verzichten zu können, eigene Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit zu organisieren, liefert er sich vollständig fremden Interessen aus und ist permanent erpressbar.“ Unter den gegebenen Bedingungen allerdings hält er es für „vollkommen realitätsfern [...], daß Deutschland aufgrund seiner geographischen Lage, seines wirtschaftlichen Gewichts und seiner historischen Erfahrung seine Sicherheit jenseits eines Verteidigungsbündnisses der europäischen Nationen organisiert. Mangels deutscher und europäischer Atomstreitkraft muß dieses Bündnis *auf absehbarer Zeit* die USA notwendig einschließen.“ (Hervorh. Vf.) Zur NATO gebe es zurzeit „keine Alternative“, was doch Schweden und Finnland mittlerweile erkannt hätten.⁶ Eine anti-amerikanische Politik nach dem Motto „Ami go home“, wie sie etwa von Jürgen Elsässer propagiert wird, oder eine europäische Großraumkonzeption à la Höcke unter Ausschluss der USA hält Stein bis auf Weiteres für abwegig. Sicherlich sei aber dies notwendig: „Wenn wir in diesem Konzert westlicher Nationen US-amerikanische Zumutungen und Einmischungen in die Schranken weisen wollen, dann müssen wir endlich mehr Gewicht in die Waagschale legen: politisch, militärisch, mental.“ Vor dieser Aufgabe, so Stein, „weichen wir noch immer aus“.

II. DIE DEBATTE ÜBER DEN SOG. „FRIEDENSPLAN“ IN DER AfD-BUNDESTAGSFRAKTION

Von Alexander Gauland stammt bekanntlich der Satz: „Wer die AfD verstehen will, muß die JF lesen“. Das gilt schon seit längerem nicht mehr uneingeschränkt, weil sich die JF die Rolle des Influencers mit dem konkurrierenden Institut für Staatspolitik teilen muss. Auch in der AfD tobt der „Kampf zweier Linien“, seit dem Bundesparteitag in Riesa 2022 mit deutlichen Vorteilen für den ehemaligen „Flügel“ mit Björn Höcke als Galionsfigur. Es verwundert daher nicht, dass in der Frage der Haltung zum Ukrainekrieg die Positionen aufeinanderstoßen und der Streit seit Höckes Kriegsrede in Gera Fahrt aufgenommen hat. Höckes Legitimation des russischen Vorgehens als eines Verteidigungskrieges gegen die USA, die sich als „raumfremde Macht“ der Ukraine als Werkzeug gegen Russland (und Europa) bediene, stand im offenen Widerspruch zum Kompromisspapier der Bundestagsfraktion vom März 2022. Dieses Papier kritisierte den russischen Angriffskrieg als völkerrechtswidrig, lehnte allerdings Sanktionen und Waffenlieferungen ab und

5 Im Oktober 2022 forderte die *Junge Alternative* auf ihrem Bundeskongress „Atomwaffen für Deutschland“. Der verteidigungspolitische Sprecher der AfD Rüdiger Lucassen verlautbarte: „Glaubhafte Abschreckung setzt atomare Fähigkeiten voraus. Wer also unser Land möglichst unabhängig gegen militärische Bedrohungen schützen will, muss ernsthaft über die atomare Bewaffnung Deutschlands nachdenken.“ Chrupalla und Alice Weidel, besorgt um das inszenierte Image der AfD als Friedenspartei, wiesen ein solches Ansinnen zurück. Vgl. <https://taz.de/AfD-streitet-ueber-nukleare-Bewaffnung/158892311/> (18.10.2022).

6 Vgl. dagegen Erik Lehnert, der in der *Sezession* 113, 6 fragt: „Wenn EU-Europa und NATO *antideutsche Veranstaltungen* sind, wie stellen wir uns dann zu diesen Zusammenschlüssen?“ (Hervorh. v. Vf.) Und mit einem Seitenhieb auf die JF fragt er weiter: „Und ist nicht dort auch die Neigung besonders groß, die Lügen der Amerikaner zu glauben, insbesondere in Hinblick auf den Ukrainekrieg?“



Dieter Stein: „Solange ein Staat nicht über eigene Atomwaffen verfügt, ist seine Souveränität begrenzt. Glaubt dieser Staat weiterhin generell darauf verzichten zu können, eigene Sicherheit und Verteidigungsfähigkeit zu organisieren, liefert er sich vollständig fremden Interessen aus und ist permanent erpressbar.“

plädierte für eine Verhandlungslösung, die aber, so Gauland in einem JF-Interview, Russland nicht als Kriegsverlierer erscheinen lassen dürfe. Gegenüber standen sich also eine offene Parteinahme für die russische Seite (Höcke) und eine eher sich realistisch gebende Position, die die Berücksichtigung russischer Sicherheitsinteressen in einer Nachkriegsordnung für unabweisbar hält. Dass auch diese realpolitische Position den Keim für weitere Konflikte enthielt, je nachdem wie die russische Interessenlage konkret definiert wird, liegt auf der Hand. Sie bot jedoch zunächst die Möglichkeit, die AfD in der Öffentlichkeit als „Friedenspartei“ von den sog. Altparteien abzusetzen und möglichst Einfluss auf die erwarteten Demonstrationen der Friedensbewegung zu gewinnen. Dankbar nahm denn auch Partei- und Fraktionschef Tino Chrupalla die Gelegenheit wahr, das Schwarzer-Wagenknecht *Manifest für Frieden* zu unterzeichnen und die Arbeit an einem „Friedensplan“ unter Federführung Gaulands zu unterstützen.

Freilich sorgte der Ende Januar 2023 der Fraktion vorgelegte „Plan“ für eine kontroverse, teils heftige Debatte, über die die JF berichtete. Der „Plan“ musste zurückgezogen werden und überarbeitet werden.⁷ In abgespeckter Form und nunmehr als „Friedensinitiative“ deklariert, wurde er als Antrag in den Bundestag eingebracht und von Gauland in der Sitzung vom 9. Februar präsentiert.⁸ Gegenüber dem ursprünglichen Text fallen drei Veränderungen⁹ ins Auge:

1. Eingefügt wurde die Formel vom „völkerrechtswidrigen Angriffskrieg“, auf die die Verfasser des „Plans“ ganz im Sinne

Höckes verzichtet hatten (im Gegensatz zur gemeinsamen Erklärung der Fraktion vom März 22).

2. In der Präambel wurde ein Halbsatz gestrichen, der unmittelbar auf Höckes Kriegsrede Bezug nimmt: „Die europäischen Nationalstaaten müssen in einer sich herausbildenden multipolaren Weltordnung souverän und unabhängig über ihre Sicherheit entscheiden und dürfen ihr Territorium nicht in Einflußsphären raumfremder Mächte aufteilen lassen.“ Der letzte Halbsatz, primär gegen die USA gerichtet (trotz des Plurals „Mächte“!), entfiel.

3. Die alte Fassung sprach sich für die „Anerkennung der Krim als integraler Bestandteil des Staatsgebietes der Russischen Föderation seitens der Ukraine und der Garantmächte“ aus, ein Punkt, der in der Fraktion besonders kritisiert wurde. Die Krimfrage soll nun durch „bilaterale Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland“ in einem Zeitraum von 15 Jahren gelöst werden.

Unabhängig von diesen Zugeständnissen an die innerfraktionellen Kritiker muss betont werden, dass in *beiden Fassungen*, wenn auch in einem unterschiedlichen Ausmaß, russische Interessen festgeschrieben werden: Die Ukraine darf kein NATO und kein EU-Mitglied werden, muss sich mit einer privilegierten EU-Partnerschaft begnügen, und in militärischer Hinsicht dürfen keine Atomwaffen, Raketen und ausländische Truppen stationiert werden. Die vier bislang von Russland beanspruchten und teils besetzten Provinzen (Oblasten) sollen nicht an die Ukraine zurückfallen bzw. – soweit nicht besetzt – bei ihr bleiben, sondern UN-Mandatsgebiete werden, in denen – nach Rückkehr der Kriegsflüchtlinge – Abstimmungen über die staatliche Zugehörigkeit stattfinden sollen.

Der Verlauf der Debatte über Gaulands „Friedensplan“ war sicherlich im Sinne der JF. Gauland verzichtete gar in seiner Rede vor dem Bundestag am 9. Februar auf seine Formel, Russland dürfe den Krieg nicht verlieren. Stattdessen wandte er sich gegen ein Denken in Kategorien der „militärischen Logik“ auf Seiten der „Altparteien“, „weg von einem Sieg der einen und einer Niederlage der anderen Seite“, und forderte: „Es darf diesen Krieg keiner gewinnen“, wobei er allerdings geflissentlich übersah, dass die Einschränkung der Souveränität der Ukraine durchaus Bestandteil der „Friedensinitiative“ ist und die Rückgabe der Krim sicherlich nicht auf dem Wege von friedlichen Verhandlungen zu erwarten ist. Und was die russische Seite angeht, darf man bezweifeln, dass sie das von der „Friedensinitiative“ anvisierte Ergebnis nicht als eine „Niederlage“ betrachten würde. Summa summarum steht die Initiative also auf tönernen Füßen.

Aus der Sicht der JF ist das aber nicht der entscheidende Punkt. Für die JF war die Opposition in der Fraktion gegen den ur-

7 Vgl. Marcus Bensmann: Krach in der AfD-Bundestagsfraktion über prorussischen „Friedensplan“ (26.01.2023), online unter <https://correctiv.org/aktuelles/neue-rechte/2023/01/26/krach-in-der-afd-bundestagsfraktion-ueber-pro-russischen-friedensplan/>

8 AfD-Antrag: Deutschlands Verantwortung für Frieden in Europa gerecht werden – Eine Friedensinitiative mit Sicherheitsgarantien für die Ukraine und Russland (Deutscher Bundestag, Drucksache 20/5551); Rede Alexander Gaulands vor dem Deutschen Bundestag, 20. Wahlperiode, 85. Sitzung, 9. Februar 2023.

9 Vgl. Christian Vollradt: „Friedensplan“ – der zweite Versuch (06.02.2023), online unter <https://jungfreiheit.de/politik/deutschland/2023/friedensplan-der-zweite-versuch/>

sprünglichen „Friedensplan“ und die „Höckerisierung“ der außenpolitischen Optionen der AfD von Bedeutung. Ihr kam es daher auch recht gelegen, dass Chrupalla am 2. Februar zusammen mit dem russischen Botschafter in der Gedenkstätte Seelower Höhen Kränze zum Gedenken an die in Stalingrad Gefallenen niederlegte. Während Chrupalla eine „gemeinsame Erinnerungskultur“ pflegen wollte, schränkte der russische Botschafter die Gemeinsamkeit dahingehend ein, dass man „gemeinsam der Soldaten der Roten Armee gedacht“ habe, die im „Kampf gegen den deutschen Nazismus gefallen“ seien. JF-Autor Christian Vollradt empörte sich und verbat sich ein Deutschland „mit Hammer und Zirkel“. An die AfD gerichtet schrieb er: „Frieden, Versöhnung, ja gern – aber auf Augenhöhe, nicht als fünfte Kolonne. Eine eigenständige Position gegen den aktuellen Mainstream – warum nicht? Aber doch nicht als schmückendes Beiwerk für die Propaganda fremder Mächte.“¹⁰

EIN NEUES POSITIONSPAPIER

Anscheinend haben sich große Teile der Fraktion diese Mahnung zu Herzen genommen. Ende März legten Jan Nolte, Hannes Gnauck, Martin Hess und Peter Felser ein Positionspapier „zu Bundeswehr und Ukraine“ vor, das mehrheitlich von der Fraktion angenommen wurde.¹¹ Das Papier versucht in drei Punkten das Bild, das die AfD, angeblich durch „mediale Verdrehungen“ mitverursacht,¹² in der Öffentlichkeit abgebe, zu korrigieren. Die ersten beiden Punkte richten sich gegen eine zu starke Russlandnähe mancher AfD-Abgeordneter, insbesondere gegen Höckes Ostorientierung, und kritisiert einen platten Antiamerikanismus. Zwar habe „westliche Politik die Eskalation in der Ukraine begünstigt“, der russische Angriff könne aber

damit nicht gerechtfertigt werden und sei daher „klar zu verurteilen“. Die Antwort auf eine „verkürzte und einseitige Darstellung des Ukrainekrieges in Deutschland“ könne daher nicht in einer „kritiklose[n] Übernahme russischer Positionen“ bestehen. Die AfD müsse sich um „eine differenzierte Bewertung entlang deutscher Interessen“ bemühen. „Berechtigte Kritik an der US-Außenpolitik befürworten wir, plumpe, antiamerikanische Reflexe jedoch nicht.“

Der dritte Punkt wendet sich gegen ein falsch verstandenes Bild der AfD als „Friedenspartei“ und gegen den Eindruck, die AfD suche die Nähe zum linken Pazifismus. Die Bedeutung der Bundeswehr, in der man sicherlich nicht ohne Grund ein wichtiges Sympathisantenpotenzial sieht, wird unterstrichen. Die AfD stehe „fest an der Seite unserer Bundeswehr“ und unterstütze eine Stärkung der Streitkräfte: „Dass wir im Ukraine-Krieg Diplomatie statt Waffenlieferungen fordern, macht uns nicht zu Verbündeten linker Pazifisten.“

Wie gesagt, dem Beschlussantrag der vier Abgeordneten wurde mehrheitlich in der Fraktion zugestimmt. Selbst Chrupalla pflichtete dem Antrag bei. Vergleicht man den ‚Geist‘ des Papiers mit den Positionen der JF, ist eine gewisse Nähe erkennbar. Die Kritik an einer einseitigen Russlandnähe bzw. Ostorientierung, die Kritik an einem platten Antiamerikanismus und die Betonung der Stärkung der Bundeswehr sind im Sinne der von der JF verfolgten Linie. Ob demnächst auch in anderen außenpolitischen Fragen, wie dem 2021 auf Betreiben Höckes beschlossenen DEXIT, ein Dissens in der Bundestagsfraktion aufbricht, bleibt abzuwarten. Die nächste Europawahl steht vor der Tür.

aktuelle Neuerscheinungen ... jetzt im Buchhandel deines Vertrauens ... www.unrast-verlag.de



Rebecca Folke

»Von der Wiege bis zur Bahre«

Kindeswohlgefährdung im völkisch-neonazistischen Spektrum

128 Seiten | 16 €
ISBN 978-3-89771-781-7

Völkische Familienverbände erziehen über Generationen hinweg ihre Kinder nach nationalsozialistischen Prinzipien – ganz nach dem Motto »Von der Wiege bis zur Bahre«. Jugendbünde, wie die bereits verbotene Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ), übernehmen eine zentrale Rolle in der ideologischen Sozialisation. Das Buch von Rebecca Folke leistet die Analyse der Erziehungspraktiken der HDJ – besonders im Hinblick auf Kindeswohlgefährdungen.

Katja von Auer, Christiane Micus-Loos,
Stella Schäfer & Kathrin Schrader (Hg.)

Intersektionalität und Gewalt

Verwundbarkeit von marginalisierten Gruppen und Personen sichtbar machen

260 Seiten | 18 €
ISBN 978-3-89771-347-5

Auch geschlechtsbezogene Gewalt betrifft nicht alle sozialen Gruppen gleich. Der vorliegende Band behandelt, auf Basis der neuesten Erkenntnisse der queer-feministischen Theorie, die Frage, wie die Gewalterfahrung von marginalisierten Gruppen sichtbar gemacht und Schutzzräume geschaffen werden können. Ein Buch für alle, die bestehenden Arbeitsweisen diskutieren und verändern wollen.



10 Christian Vollradt: Nicht auf Augenhöhe, online unter <https://jungefreiheit.de/debatte/kommentar/2023/afd-nicht-auf-augenhoehe/>. Im Gespräch mit Chrupalla kritisiert auch Götz Kubitschek dessen Auftritt bei der Gedenkfeier (Sezession.de v. 11.05.2023).

11 Vgl. <https://jungefreiheit.de/politik/deutschland/2023/afd-russland-ukraine> (29.03.2023)

12 Laut JF-Berichterstattung (JF 15/23, 5) diene der Verweis der Verfasser auf die „medialen Verdrehungen“ dazu, „ihr Anliegen gewissermaßen“ zu entschärfen und einen „allzu konfrontativen Tonfall“ zu vermeiden: „Denn in Wirklichkeit [...] ging es vielen in der Fraktion nicht um ‚mediale Verdrehungen‘, sondern um tatsächliche Wortmeldungen einzelner AfD-Politiker“, die u.a. den „Eindruck vermittelten, die AfD habe sich in dem Krieg einseitig auf die Seite Rußlands geschlagen.“



Der Fall Maaßen

Von Theo Morell



Nach den jüngsten Aussagen Hans Georg Maaßens in einem Interview mit Alexander Wallasch (16.01.2023)¹ wurden innerhalb der CDU die Rufe nach einem Parteiausschluss laut. Das Ausschlussverfahren ist mittlerweile eingeleitet. Nach dem Interview wählte die *WerteUnion* Maaßen zu ihrem Vorsitzenden, ein Amt, das vor ihm Max Otte bekleidet hatte. Otte trat bei der letzten Bundespräsidentenwahl für die AfD an, was nach einem Parteischlussverfahren innerhalb der CDU zu seinem Ausscheiden führte. Nachstehend werden Aktivitäten und Aussagen von Maaßen in den letzten Jahren untersucht. Sein Werdegang prädestiniert ihn dazu, mit der Übernahme des Amts des Vorsitzenden das Anliegen der *WerteUnion* voranzutreiben, rechtskonservative Positionen innerhalb der CDU zu stärken und die Möglichkeit einer Partnerschaft mit der AfD auszuloten.

EIN BLICK AUF MAAßENS WERDEGANG

Hans Georg Maaßen (Jg. 1962) arbeitete als Jurist seit 1991 im Bundesinnenministerium. Im Jahr 2000 legte er seine Doktorarbeit „Die Rechtsstellung des Asylbewerbers im Völkerrecht“ vor. Gertrude Lübke-Wolff, ehemalige Bundesverfassungsrichterin, beschreibt Maaßens Dissertation als „des Öfteren recht selektiv“ (Lübke-Wolff 2000, 155) in der Art der Argumentation. Eine systematische und ausgewogene Auseinandersetzung mit den verschiedenen Positionen zum Asylrecht vermochte sie nicht zu erkennen. Seine Argumentation bezüglich der Rückführung von Asylsuchenden sei „apodiktisch“ (ebd., 156). Zusammenfassend beschreibt Lübke-Wolff seine Dissertation als Sammlung „rechtspopulistischer Vorstellungen“ (ebd., 157), die eine Politik der Fluchtursachenbekämpfung für „unvereinbar“ mit einer Politik der Zufluchtsgewährung hält.

Während seiner Tätigkeit im Innenministerium als Referatsleiter für Ausländerrecht machte er 2002 im Fall Murat Kurnaz auf sich aufmerksam. Der in Bremen geborene türkische Staatsbürger mit einer unbefristeten Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland flog 2001 nach Pakistan, um dort seine Koran-Studien zu vertiefen.² Im November 2001 wurde er von der pakistanischen Polizei festgenommen. Über Umwege gelangte er in die Hand US-amerikanischer Dienststellen, welche ihn zunächst als „feindlichen Kämpfer“ einstufen und nach Guantánamo verschleppten, bald aber ihn als ungefährlich ansahen und nach Deutschland abschieben wollten. Eine Wiedereinreise in die Bundesrepublik wurde ihm jedoch verwehrt. Das entscheidende Rechtsgutachten lieferte Maaßen, der hyperkorrekt argumentierte, das Aufenthaltsrecht des vermeintlichen Terroristen Kurnaz sei erloschen, da er sich, ob freiwillig oder nicht, „länger als sechs Monate im Ausland aufgehalten habe und sich nicht bei den Behörden gemeldet habe. Das Verwaltungsgericht Bremen entschied aber, dass sich Kurnaz ob der Umstände nicht habe melden können“ (Berninger 2019). Erst 2006 kam er frei.

Den nächsten Karriereschritt machte Maaßen im Jahr 2012, als er zum Chef des Verfassungsschutzes ernannt wurde. Hier war er unter anderem damit beauftragt, die NSU-Morde und die Verstrickung der eigenen Behörde aufzuklären. Im Jahr 2014 entfachte der Name „Corelli“ (i.e. Thomas Richter)³ jedoch eine Kontroverse. Eine Reihe von Corellis SIM-Karten und Mobiltelefonen wurden nicht überprüft und ausgewertet, obwohl deren Existenz der Behörde seit langem bekannt war. Die damaligen Oppositionsparteien sowie die Sozialdemokratie forderten schon damals seinen Rücktritt. Ein Sonderermittler des Innenministeriums attestierte der Behörde, unter Maaßens Führung, „grob[e] [R]egelwidrig[keiten]“ (Geisler 2015).

1 Alexander Wallasch ist Schriftsteller, Journalist und Kolumnist. Er veröffentlicht regelmäßig Texte in Zeitungen wie *Cicero*, *Tichys Einblick*, *Welt*, *Focus* und *Süddeutsche Zeitung*. Alexander Wallasch betreibt das Internetportal www.alexander-wallasch.de/, in dem insbesondere Maaßen regelmäßig unter „Maaßen – Notizen“ Beiträge veröffentlicht. Zum Interview vgl. Maaßen 2023.

2 Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Murat_Kurnaz.

3 Thomas Richter arbeitete unter dem Namen „Corelli“ für den VS. Er war ein rechtsextremer Aktivist und verkehrte im Dunstkreis des NSU. Richter diente „von 1994 bis 2003 und 2005 bis 2012 als V-Mann und wurde durch häufige Reisen, Demonstrationsbeobachtungen, Internetangebote und Versandhandel zur bundesweiten ‚Top-Quelle‘ der rechtsextremen Szene. [...] Er starb im April 2014 mutmaßlich an einem un-erkannten natürlichen Diabetes, auch wenn Fremdeinwirkung (Vergiftung) anfangs nicht auszuschließen war.“ ([https://de.wikipedia.org/wiki/Corelli_\(V-Mann\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Corelli_(V-Mann))); Abruf: 17.2.2023).

Im Jahr 2018 berichtete Franziska Schreiber (ehemaliges Mitglied der Jungen Alternative und Buchautorin) über Kontakte Maaßens zur AfD. *Der Spiegel* berichtete. Schreiber behauptete unter eidestattlicher Versicherung, „Parteichefin Petry sei einst von Verfassungsschutzchef Maaßen beraten worden“ (Weiland 2018). Maaßen soll gewarnt haben, dass eine AfD mit dem Rechtsaußen Björn Höcke als Führungskraft zu einem Beobachtungsfall für den Verfassungsschutz werden könnte, sollte kein Ausschluss Höckes betrieben werden. Wenige Wochen nach der Veröffentlichung von Schreibers Buch (Schreiber 2018) berichtete auch Alexander Gauland selbst von drei Treffen zwischen ihm und Maaßen. Maaßen selbst dementierte diese Verbindungen.

Auch beim Fall Anis Amri 2018 sind Maaßen und seine Behörde mutmaßlich in einen V-Mann Komplex⁴ verwickelt gewesen. In diesem Zusammenhang wies Maaßen jegliche Verantwortung von sich und seiner Behörde zurück. Es sei ein „reiner Polizeifall“ so Maaßen. Später im Untersuchungsausschuss am 08.10.2020 bekräftigte er diese Aussage und sah die Versäumnisse an anderen Stellen. So führte er damals aus, die Spielräume des Asylrechts- und Abschieberechts seien nicht ausgeschöpft worden. Die generelle Flüchtlingspolitik sei für eine „deutliche Erhöhung der Sicherheitsrisiken“ (Maaßen 2021) verantwortlich. Maaßen äußerte im Weiteren, dass, würden bei einer

„ungebremsen und ungesteuerten Zuwanderung junger Männer auf Identitätsprüfungen verzichtet und auch falsche Angaben zur Person hingenommen [...], so werde dadurch die Bildung eines Reservoirs für die Rekrutierung islamistischer Attentäter begünstigt.“ (Ebd.)

Gewalttätige Ausschreitungen in Chemnitz im Jahr 2018 und das, was die damalige Kanzlerin Angela Merkel eine „Hetzjagd“ nannte, provozierten Äußerungen Maaßens, welche die nächste Kontroverse auslösten. In einem Interview mit der *Bild* am 07.09.2018 berichtete Maaßen, dem Verfassungsschutz lägen

„keine belastbaren Informationen darüber vor, dass solche Hetzjagden stattgefunden haben. [...] Die Skepsis gegenüber den Medienberichten zu rechtsextremistischen Hetzjagden in Chemnitz wird von mir geteilt.“ (Maaßen 2018)

Er bestritt auch den Wahrheitsgehalt eines Videos, das zeigt, wie People of Colour durch die Stadt gejagt wurden (vgl. ebd.). Maaßens Äußerungen führten fast zu einem Bruch der damaligen Großen Koalition. Die SPD setzte sich schließlich durch, und Maaßen wurde im November 2018 in den einstweiligen Ruhestand versetzt.

Im Anschluss an sein Ausscheiden als Verfassungsschutzchef trat Maaßen der *WerteUnion* bei. In dieser Zeit wird Maaßens Rhetorik zunehmend radikaler. In dem Essay „Aufstieg und Fall des Postnationalismus“ in der Zeitschrift *CATO*⁵ trat er als Co-Autor auf (vgl. zum Folgenden Maaßen/Eisleben 2021). Hier finden sich einschlägige Begriffe wie „Wirtschafts-Globalisten“ und Äußerungen, wonach diese sich mit der „sozialistischen Linken“ verbrüdernden würden, um das globale Wirtschaftssystem zu ihren Gunsten umzugestalten. Ziel sei es, „globales Eigentum und globale Profite zunehmend auf einige wenige tausend Familien zu verteilen.“ Ein Mittel dieser Strategie sei die Migration, die darauf abziele, die Gesellschaften und den Staat zu ‚zersetzen‘. Kritiker dieses Kurses würden kaltgestellt und verleumdet, ganz nach „faschistischer Tradition“. Diese Äußerungen können als Anspielungen auf antisemitische Stereotype verstanden werden. In der Tradition der „Protokolle der Weisen von Zion“⁶ erzählen sie die Geschichte vom Weltjudentum. Darüber hinaus wird der Plan des „Großen Austauschs“⁷ in die Erzählung integriert. Als Codewort für dieses Narrativ könne laut Steven Kramer, Leiter des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, der Begriff „Wirtschafts-Globalisten“ dienen, „darin sind sich unter anderem die Konrad-Adenauer-Stiftung und die Bundeszentrale für politische Bildung einig“ (Duwe & Pohl 2021).

Dennoch beschloss die CDU Thüringen, Maaßen im selben Jahr für einen Wahlkreis als Bundestagskandidaten zu nominieren. Unterstützung von Seiten der Bundes-Union gab es nicht, stattdessen riefen Neonazi-Größen wie Tommy Frank zur Wahl Maaßens auf und boten ihre Unterstützung an (Bartsch 2021). Die Wahl verlor Maaßen gegen den SPD-Politiker Frank Ulrich deutlich. Seither macht Maaßen weiter wegen verschwörungstheoretischer, antisemitischer, rassistischer und völkischer Rhetorik auf sich aufmerksam. Auf Gettr⁸ verbreitete er beispielsweise ein Video von Prof. Dr. Sucharit Bhakdi, in welchem er sich bezüglich der Corona-Impfung äußerte. In diesem Video verbreitete Bhakdi unhaltbare Desinformationen und Ver-

4 Im Fall Amri konnte, gegen Bemühungen des Verfassungsschutzes, welche dies verschleiern wollte, herausgefunden werden, dass im Umfeld von Anis Amri ein sog. V-Mann des Verfassungsschutzes verkehrte. Ob dieser Kontakt zu Amri hatte, bleibt offen. Jedoch bleibt anzumerken, dass der Verfassungsschutz wissentlich die Aufklärung des Falles verzögerte und Falschaussagen tätigte (vgl. Hamberger 2018).

5 Die zweimonatlich erscheinende Zeitschrift „CATO – Das Magazin für neue Sachlichkeit“ weist enge Verbindungen zur Neuen Rechten auf. Seit Entstehen des Magazins 2017 wird sie von der Förderstiftung konservative Bildung und Forschung (FKBF) finanziell unterstützt. Der Verlag der Wochenzeitung *Junge Freiheit* ist Alleingesellschafter des Magazins. Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Cato_\(Magazin\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Cato_(Magazin)) (Abruf: 17.3.2023).

6 „Die ‚Protokolle der Weisen von Zion‘ sind die weitverbreitetsten und hartnäckigsten Dokumente des modernen Antisemitismus. Nicht nur in rechtsextremen Kreisen dienen sie als das Beweisdokument für das vermeintliche Streben der Juden nach der Weltherrschaft. Antisemiten sämtlicher politischer und religiöser Richtungen beziehen sich auf die Protokolle“ (Egenberger 2015).

7 „Der Begriff Großer Austausch bezeichnet ein Narrativ der Neuen Rechten, das auf den französischen Autor Renaud Camus zurückgeht und insbesondere die strukturelle Substitution der „autochthonen“ Bevölkerung Europas durch Zuwanderer aus Afrika, dem Nahen und Mittleren Osten beinhaltet. Innerhalb der Neuen Rechten wird dies sowohl als bewusst gesteuerter Prozess, oftmals einhergehend mit verschwörungstheoretischen Aufladungen, aber auch als Ergebnis demographischer Entwicklungen dargestellt“ (Bundesamt für Verfassungsschutz 2023).

8 Gettr ist eine Plattform ähnlich wie Twitter. Gegründet wurde sie von Jason Miller, ehemals Berater von Donald Trump. In Deutschland wird die Website meist von rechtsextremen Gruppen verwendet. Jason Miller begrüßte Maaßen persönlich auf der Plattform mit den Worten „Welcome to #GETTR, @hgmaassen!!! This is going to be a big week for signups, I can feel it!“ (Miller 2021).



schwörungstheorien (Gensing 2022). Maaßen kommentierte, dies sei ein „bewegender Appell von Prof. Dr. Sucharit Bhakdi zur dringenden Notwendigkeit eines Covid-Impfverbots“. Zu dieser Zeit kursierten diverse antisemitische Äußerungen Bhakdis auf verschiedenen Plattformen (Rohwedder 2021).

Die öffentliche Diskussion um Maaßen nahm jedoch erst nach dem eingangs erwähnten Interview vom 16. Januar dieses Jahres wieder Fahrt auf (vgl. zum Folgenden Maaßen 2023). Thematischer Aufhänger dieses Interviews waren die Ausschreitungen in Berlin beim diesjährigen Jahreswechsel. Maaßen belegte das Ereignis mit den Begriffen „Migranten Krawalle“ und „Migranten Gewalt“. Laut Maaßen kamen die Täter aus „bestimmten Staaten [...]“. Es sind nicht die einheimischen Deutschen oder Bürger aus EU Staaten“. Maaßen fügte hinzu „Es sind fast immer Täter, die als Migranten aus islamisch geprägten Staaten stammen“. Diesen Menschen schreibt Maaßen ein anderes Verständnis von Gesellschaft zu, womit er das Phänomen der migrantisch geprägten organisierten Kriminalität oder, wie er es formuliert, der „mafiosen Migrantenfamilien“ zu erklären versucht. Diese Menschen, so Maaßen, würden jedoch nicht angemessen bestraft. Das „linke politische-mediale Establishment“ stelle sich schützend vor diese Leute und „drangsaliere“ gleichzeitig das deutsche Volk. Diese Praxis bezeichnet er als „Ausdruck einer grün-roten Rassenlehre, nach der Weiße als minderwertige Rasse angesehen werden und man deshalb arabische und afrikanische Männer ins Land holen müsse“. Die „verantwortlichen Politiker und Haltungsjournalisten“ verfolgten mit dieser Migrationspolitik bestimmte Absichten: „Sie wollen die Massenzuwanderung, weil sie ihre Ideologie umsetzen wollen und weil sie Deutschland und das deutsche Volk hassen“.

Äußerungen wie diese lassen auf Maaßens ideologische Nähe zum Spektrum der Neuen Rechten schließen. Er beruft sich auf ethnopluralistische Ansätze (Pfahl-Traugher 2022, 91f.) und eine ethnische Identität (ebd., 87f.), idealisiert die deutsche Nation und seine Institutionen (ebd., 88ff.) und spricht von einem Völkeraustausch durch Migranten (ebd., 92ff.). Sein Feindbild ist die linke, ‚sozialistische‘, hegemoniale Macht der Medien und der Politik, die sich, wie er im Essay „Aufstieg und Fall des Postnationalismus“ durchblicken ließ, mit den „Wirtschafts-Globalisten“ (s. oben) vereint. Solcher Rhetorik ist die Binarität seines Denkens zu entnehmen, für die das „Wir“, das deutsche Volk, und das „Die“, die Eindringlinge, im Zentrum steht. Das „Wir“ sieht er bedroht, weshalb über diesen Missstand aufgeklärt werden müsse, damit mobilisiert werden kann und „um dann auf eine Normalisierung der politischen Verhältnisse hinzuwirken“. Ein solcher Appell kann als Aufruf zum Widerstand interpretiert werden. Die sog. Neue Rechte, zu der Maaßen wohl mittlerweile im weitesten Sinne gerechnet werden kann, strebt besagte organisierte Gegenwehr an, gegen die linke hegemoniale Macht, die „Wirtschafts-Globalisten“ und die Migranten.

Abschließend wird Maaßen zur Berlin-Wahl und zu seiner Wahlempfehlung befragt. Wie erwartet macht er die SPD und die Grünen für eine ‚volksfeindliche‘ Politik verantwortlich. Aber auch eine Wahl von CDU und FDP wird von ihm mit Skepsis bedacht. Die AfD hingegen scheint für ihn durchaus wählbar und koalitionsfähig zu sein, es sei bedauerlich, dass

diese „zwar im Parlament sitzt, aber nicht am Regierungstisch, weil niemand bereit ist, mit ihr zu koalieren. Politische Veränderungen erreicht man aber nur, wenn man regiert“ (Maaßen 2023).

Dies zu ändern, darin sieht Maaßen seine Mission. Chancen für eine „Politikwende“ (ebd.) sieht er wohl in der Ausweitung seines Engagements in der *WerteUnion*.

WAS IST DIE WERTEUNION?

Die *WerteUnion* ist ein eingetragener Verein, welcher innerhalb der Union agiert, jedoch keine anerkannte Gliederung derselben ist. Von den ca. 4.000 Mitgliedern gehören in etwa 85% den Unionsparteien an, so verkündet es die *WerteUnion* selbst auf ihrer Website. Der Verein ist innerhalb der Union höchst umstritten.

In ihrem Manifest und diversen Positionspapieren fordert die *WerteUnion* eine personelle wie inhaltliche Erneuerung der Union. Ihre Wiedererstarkung als konservative Partei soll auf der Basis eines christlichen Menschenbildes und eines „welt-offenen Patriotismus“ erfolgen. Zu den Zielen gehören die Wahrung von Heimat und Tradition und die Stärkung der herkömmlichen Familie. In etwa einem Drittel des Manifests thematisiert die *WerteUnion* die Einwanderung insbesondere von Muslimen (vgl. WerteUnion 2018, 1f.). Die seit 2015 stattfindende Migration wird problematisiert, diese sei rechtswidrig, die Einwanderer seien illegal im Land und sollten daher unverzüglich abgeschoben werden. In einem Positionspapier zur innerdeutschen Sicherheit fordert die *WerteUnion* ebenfalls eine rigorose Abschiebepolitik. Es solle geltendes Recht angewandt und das Grundgesetz umgeschrieben werden. In dem Papier ist zu lesen, es seien „die rechtlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit Straftätern mit Migrationshintergrund, die die deutsche Staatsbürgerschaft erworben haben, diese wieder entzogen werden kann“ (WerteUnion 2017).

Generell kann diesem Papier sowie dem Manifest der *WerteUnion* Ausländer- und insbesondere Islamfeindlichkeit attestiert werden. So wird organisierte Kriminalität („Clan-Strukturen“) ethnisiert, indem eine direkte Kausalität zwischen



WERTEUNION
FREIHEIT STATT SOZIALISMUS

Ethnie und kriminellen Strukturen unterstellt wird. In Bezug auf den Terrorismus formuliert die *WerteUnion*: „Die meisten Gefährder kommen aus dem Umfeld von Moscheen. [...] Alle Moscheen in Deutschland sind zu registrieren. [...] Ausländischen Imamen und Gastpredigern ist die Aufenthaltserlaubnis zu entziehen“ (WerteUnion 2017). Dem Islam wird eine „Doppel Natur“ (WerteUnion 2018, 2) zugeschrieben, „Es ist nicht nur eine Religion, sondern zugleich politische Ideologie mit Allmachtsansprüchen“ (ebd.). Muslime müssten sich nicht nur integrieren, sie müssten sich assimilieren, damit ein Zusammenleben mit den Deutschen möglich sei.

Auch im restlichen innerpolitischen Programm wird die rechtskonservative Ausrichtung (im neoliberalen Gewand) deutlich erkennbar. Der Slogan lautet „Weniger Staat mehr Verantwortung“. An der Schwarzen Null wird festgehalten sowie ein Abbau des Sozialstaats und die Rückbesinnung auf das Leistungsprinzip gefordert. Die politische Linke wie die linksextreme Szene werden mit einem besonderen Augenmerk erwähnt, die „ideologisch motivierte sogenannte Genderforschung“ (ebd., 3) wird kritisiert und die politisch-ideologische Technologieblindheit bezüglich der Energiepolitik bemängelt.

Neben der inhaltlichen Nähe zur AfD positioniert sich die *WerteUnion* auch personell nah an diesem Spektrum einschließlich der Neuen Rechten. Neben Maaßen und Otte finden sich auch andere prominente Persönlichkeiten, denen die Nähe zur Neuen Rechten nachgewiesen werden kann. Etwa bei Josef Kraus, Mitglied in der hessischen CDU und von 1987 bis 2017 Präsident des deutschen Lehrerverbands. Er gilt als einer der führenden rechtskonservativen Bildungspolitiker, welche die 68er und die seit den 1970er Jahren betriebene Reformpolitik im Bildungsbereich kritisieren. Seine Schriften veröffentlicht er im *Manuscriptum* Verlag, in dem auch Alexander Gauland oder Björn Höcke publiziert haben. Zudem war und ist er Autor in Zeitschriften wie *Tumult*, *Cicero*, *Tichys Blick*, *CATO* sowie in der Wochenzeitung *Junge Freiheit*.⁹ Vera Lengsfeld, ein anderes Beispiel war Bürgerrechtlerin in der DDR, bevor sie zunächst für die Grünen, dann für die CDU im Bundestag saß. Später engagierte sie sich im rechten Milieu und ist ebenfalls im Dunstkreis der AfD zu finden. Im Jahr 2018 hielt sie einen Vortrag auf einer Pegida nahen Kundgebung. *Der Spiegel* zählte sie zur Prominenz in der deutschen Klimaleugner-Szene. Sie unterstützt das ebenfalls von der Neuen Rechten propagierte Projekt „Klimafragen.org“ und publiziert regelmäßig in den üblichen Medien der Neuen Rechten.¹⁰ Ihr Sohn Phillip David Lengsfeld, von 2013 bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestags, hat unter anderem mit dem sog. *Berliner Kreis* ein Positionspapier veröffentlicht, in dem „positive Auswirkungen des Klimawandels“ behandelt wurden.¹¹ Des Weiteren hat er zusammen mit dem ehemaligen Umweltsenator und RWE-Manager Prof. Dr. Fritz Vahrenholt das „re:look climate institut“ gegründet, welches regelmäßig die deutsche Klimapolitik kri-

tisiert und Unwahrheiten und Desinformationen zum Klimawandel propagiert.¹²

Es finden sich summa summarum viele thematische Gemeinsamkeiten und personelle Überschneidungen zwischen der sich selbst als wertkonservativ bezeichnenden *WerteUnion* und der vom Verfassungsschutz beobachteten rechtsextremen bzw. rechtspopulistischen AfD. Offiziell bestreitet die *WerteUnion* die Gemeinsamkeiten und Verbindungen und schließt jede Zusammenarbeit aus. Maaßens Äußerungen im Interview mit Wallasch können nunmehr als Signale einer Annäherung verstanden werden.

WAS WILL MAAßEN?

Was plant Maaßen, wieso übernimmt er als Vorsitzender das aus der Sicht mancher Beobachter sinkende Schiff *WerteUnion*? – Im Interview mit Wallasch eröffnet er uns zum Schluss implizit seine strategischen Überlegungen. Es ist ihm ein Dorn im Auge, die CDU in Koalitionen mit den Parteien des linken Spektrums zu sehen. Andererseits hält der CDU-Politiker eine Wahl der AfD-Berlin inhaltlich wohl für nicht grundlegend falsch. Die „Politikwende“, von der er spricht, könnte durch eine Koalition der Union mit der AfD eingeleitet werden. Diese Strategie, die AfD in Regierungsverantwortung zu bringen, beruht auf einer Entwicklung, welche von Teilen der Neuen Rechten favorisiert wird. So streben neurechte Akteure, welche sich um die *WerteUnion*, Maaßen und Medien wie die *Junge Freiheit* gruppieren, eine zunehmende Partizipation der AfD in der Landes- sowie Bundespolitik an. Diese Strategie grenzt sich von der „Fundamentalopposition“ ab, welche von anderen Teilen der Neuen Rechten (Institut für Staatspolitik, IfS, u.a.) und dem Höcke-Flügel in der AfD propagiert wird, insoweit ab, als sie es für unrealistisch hält, dass ein Zustand eintreten könnte, in der die AfD anderen Parteien, speziell den Unionsparteien, die Bedingungen der Zusammenarbeit quasi „diktieren“ (so Erik Lehnert, IfS), geschweige denn, dass sie absolute Mehrheiten erringen könnte. Kompromisse im Rahmen des bestehenden Parteiensystems seien also angesagt. Eine „Politikwende“ werde sich allenfalls Schritt für Schritt innerhalb des Systems erreichen lassen. Ein Blick auf die europäischen Verhältnisse, auf vergleichbare Entwicklungen in Schweden, Finnland, Österreich oder Italien scheint dies zu bestätigen.

Was den inneren Zustand der AfD anbetrifft, äußert etwa Bernd Lucke, Gründungsmitglied und ehemaliger Bundessprecher der AfD, diesbezüglich Skepsis. Die heutige AfD sei doch nur ein Marionettenspiel Götz Kubitscheks (IfS).¹³ Der Einfluss rechtsradikaler Denker in der Partei scheine zu wachsen. Die Moderaten überließen den Radikalen immer weiter das Feld. Dazu ein kurzer Rückblick: In den Gründungsjahren wurde der Partei eine liberal-konservative eurokritische Agenda attestiert.

9 Vgl. [https://de.wikipedia.org/wiki/Josef_Kraus_\(Lehrer\)](https://de.wikipedia.org/wiki/Josef_Kraus_(Lehrer)) (Abruf: 27.2.2023).

10 Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Vera_Lengsfeld (Abruf: 27.2.2022).

11 Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Berliner_Kreis_in_der_Union#Erklärung_zur_Klimapolitik (Abruf: 27.2.2023).

12 Vgl. https://de.wikipedia.org/wiki/Philipp_Lengsfeld (Abruf: 27.2.2023).

13 Götz Kubitschek ist Mitbegründer des Instituts für Staatspolitik, seit 2003 verantwortlicher Redakteur der Zeitschrift *Sezession* und war u.a. häufiger Gastredner bei Pegida.



Rebecca Folke

»Von der Wiege bis zur Bahre«

Kindeswohlgefährdung im völkisch-neonazistischen Spektrum, ISBN: 978-3-89771-781-7

Edition DISS 51

Erscheinungsdatum 15. Juni 2023

128 Seiten, Softcover, 16,00 €

Innerhalb der völkisch-neonazistischen Szene gilt das Prinzip »Von der Wiege bis zur Bahre«. Familienverbände erziehen über Generationen hinweg, zum Teil seit dem Nationalsozialismus, ihre Kinder nach biologistisch-rassistischen und nationalsozialistischen Prinzipien. Völkisch-nationalistische und neonazistische Jugendbünde übernehmen an der Seite der Eltern einen gewichtigen Teil der ideologischen Sozialisation und schaffen für ihre Mitglieder eine abgeschottete, ideologisch und sozial geschlossene Parallelwelt. Die Erziehung der Kinder erfolgt nach der völkischen Maxime der Unterordnung der individuellen Person unter die Bedarfe der angenommenen Volksgemeinschaft. Ein Ausstieg aus diesem spezifischen Teil der organisierten neonazistischen Szene ist extrem selten und für Kinder und Jugendliche nahezu unmöglich.

Die Heimattreue Deutsche Jugend (HDJ) wurde 2009 aufgrund ihrer Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus verboten. Dennoch steht sie bis heute exemplarisch für diese spezifische Form institutionalisierter völkischer Erziehung. Das Buch »Von der Wiege bis zur Bahre« liefert eine systematische Untersuchung der Erziehungsprinzipien, -inhalte und -praktiken der HDJ auf Grundlage der schriftlichen Selbstdarstellungen der verbotenen Organisation mittels der qualitativen Inhaltsanalyse. Dabei wird insbesondere der Aspekt der Kindeswohlgefährdung genau beleuchtet und aufgezeigt, dass in diesem Spektrum die Grundrechte von Kindern und Jugendlichen systematisch verletzt werden. Implikationen für erziehungswissenschaftliche Forschung und Praxis werden diskutiert.

Eine rechtspopulistische Partei war sie damals, in der Ära Lucke, noch nicht. Ab 2015 wandelte sich die Ausrichtung zu einer national-konservativen Partei mit rechtsextremen Auswüchsen. Mit dem Ausscheiden Jörg Meuthens 2022

„gewannen die radikalen Kräfte endgültig die Oberhand – sie stellen seit dem Bundesparteitag in Riesa etwa 60 Prozent der Delegierten und zwei Drittel der Vorstandsmitglieder. Die Entwicklung von einer überwiegend rechtspopulistischen zu einer überwiegend rechtsextremen Partei haben durch die Verfassungsschutzbehörden inzwischen ihr amtliches Siegel erhalten.“ (Decker 2022)

Die *Junge Freiheit* hat vor dieser Entwicklung immer gewarnt. Sie sieht die AfD als legitime konservative Volkspartei, die schließlich eine Koalition mit der Union anstreben soll, um an dann möglichen Landes- bzw. Bundesregierungen partizipieren zu können. Bislang hält die Union die ‚Brandmauer‘ nach rechts aufrecht (vgl. CDU 2020). Aber sie bröckelt, und dieses Bröckeln wird die *WerteUnion* unter der Führung Maaßens mit ihren bescheidenen Mitteln zu verstärken suchen. Insbesondere in Maaßens Landesverband Thüringen zeigt die von der CDU aufgebaute Mauer Risse. Bereits 2020 wurde der FDP-Mann Kemmerich von CDU und AfD zum Ministerpräsidenten gewählt (vgl. Nimz 2022). Ebenfalls im Erfurter Landtag votierten AfD, FDP und CDU zusammen für eine Änderung des Spielhallengesetzes (vgl. Rebhan 2023).

Man wird abwarten müssen, ob sich vor allem in Ostdeutschland ähnliche Entwicklungen anbahnen können. Nach der Ära Merkel und den Versuchen von Kramp-Karrenbauer und Laschet, die Merkel-Linie fortzuführen, ist innerhalb der CDU ein vorsichtiger Rechtsruck zu registrieren. Friedrich Merz Äußerungen¹⁴ ist bezüglich derselben Ausschreitungen, welche Maaßen in seinem Interview beschäftigten, eine sprachliche Annäherung zu attestieren. Dies ist keinesfalls ein Einzelfall, Merz ist schon des Öfteren durch Tabubrüche aufgefallen.¹⁵ Die CDU und die Konservativen befinden sich in einer prekären Lage, die Befürchtung in die Bedeutungslosigkeit zu fallen, wie es bei anderen konservativen Volksparteien in Europa passiert ist, steht als bedrohlicher dunkler Schatten hinter der Partei und ihrer Führung.

Maaßen setzt in dieser Lage auf eine engere Zusammenarbeit mit den Republikanern in den USA. Seine jüngste Teilnahme an einem Kongress des ungarischen Ablegers der von US-Republikanern gegründeten *Conservative Political Action Conference* (CPAC) zeigt, wo er Unterstützung sucht. Dieter Stein berichtete in der *Jungen Freiheit* euphorisch von diesem Kongress und verwies vor allem auf die europäische Lichtgestalt eines radikalisierten Konservatismus, Victor Orbán: Er sei „der einzige Spitzenpolitiker, der der christdemokratischen europäischen Parteienfamilie entstammt, der schonungslos davon spricht, daß wir uns in einem Kulturkampf befinden, [und] mit einer klaren Feinderklärung zum Angriff übergeht“ (JF 20/2023, 1). Maaßen wird sich das zu Herzen nehmen.

Theo Morell studiert Soziologie an der Universität Duisburg-Essen und absolvierte vor kurzem ein Praktikum im DISS,

¹⁴ Friedrich Merz sprach bei Markus Lanz in der Sendung von „kleinen Paschas“. Gemeint sind damit Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, welche, laut Merz, schon in der Schule und schließlich auch in der Silvesternacht negativ auffielen (vgl. Winkler 2023).

¹⁵ „Sozialtourismus“: Mit diesem Wort beschrieb Friedrich Merz Kriegsflüchtlinge aus der Ukraine (vgl. ARD-Faktenfinder 2020).

QUELLEN UND LITERATUR

- ARD-Faktenfinder 2022: Wie Merz Kreml-Propaganda verbreitete (06.10.2022). <https://www.tagesschau.de/faktenfinder/merz-sozialtourismus-101.html> (Abruf: 27.02.2023).
- Bartsch, M. 2021: CDU-Rechtsaußen scheitert in Thüringen: Maaßen säuft ab, in: TAZ v. 27.09.2021. <https://taz.de/CDU-Rechtsaussen-scheitert-in-Thueringen/!5803750/> (Abruf: 17.02.2023).
- Berninger, S. 2019: Die Verfehlungen des Geheimdienstchefs. <https://www.fr.de/politik/verfehlungen-geheimdienstchefs-11038166.html> (Abruf: 14.05.2023).
- Bundesamt für Verfassungsschutz 2023: Großer Austausch. https://www.verfassungsschutz.de/DE/home/home_node.html (Abruf: 12.03.2023).
- CDU 2020: Unsere Haltung zu Linkspartei und AfD. https://archiv.cdu.de/system/tdf/media/dokumente/cdu_deutschlands_unsere_haltung_zu_linkspartei_und_afd_1.pdf (Abruf: 14.05.2023).
- Decker, F. 2022: Etappen der Parteigeschichte der AfD: Bundeszentrale für politische Bildung. <https://www.bpb.de/themen/parteien/parteien-in-deutschland/afd/273130/etappen-der-parteigeschichte-der-afd/> (Abruf: 18.05.2023).
- Duwe, S./Pohl, M. 2021: Verfassungsschützer über Maaßen. „Klassische antisemitische Stereotype“, in: ARD-Politikmagazin v. 03.06.2021. <https://www.tagesschau.de/investigativ/kontraste/maassen-antisemit> (Abruf: 23.02.2023).
- Egenberger, C. 2015: Die Protokolle der Weisen von Zion, in: Bundeszentrale für politische Bildung v. 14.10.2015. <https://www.bpb.de/themen/rechtsextremismus/dossier-rechtsextremismus/210333/die-protokolle-der-weisen-von-zion/> (Abruf: 12.03.2023).
- Geisler, A. 2015: Sonderermittler Montag rügt den Verfassungsschutz, in: TAZ v. 22.05.2015. <https://taz.de/!877585/> (Abruf: 17.02.2023).
- Gensing, P. 2022: Unbelegte Behauptungen. Maaßen, Bhakdi und die Impfungen, in: ARD-Tagesschau v. 03.01.2022. <https://www.tagesschau.de/inland/maassen-bhakdi-impfungen-101.html> (Abruf: 23.02.2023).
- Hamberger, K. 2018: V-Mann-Einsatz im Fall Amri verschleiert? in: Deutschlandfunk v. 30.08.2018. <https://www.deutschlandfunk.de/verfassungsschutz-v-mann-einsatz-im-fall-amri-verschleiert-100.html> (Abruf: 27.02.2023).
- Lübke-Wolff, G. 2000: Besprechung zu: H.-G. Maaßen: Die Rechtsstellung des Asylbewerbers im Völkerrecht. Überlegungen zu den völkerrechtlichen Rahmenbedingungen einer europäischen Asylrechtsharmonisierung. Kölner Schriften zu Recht und Staat, Peter Lang, Frankfurt a.M. 1997, in: Archiv des öffentlichen Rechts Vol. 125, No. 1, 154-157.
- Maaßen, H.-G. 2021: Maaßen: Anis Amri war aus unserer Sicht ein Polizeifall. <https://www.bundestag.de/webarchiv/Ausschuesse/ausschuesse19/untersuchungsausschuesse/1untersuchungsausschuss> (Abruf: 17.02.2023).
- Maaßen, H.-G. 2018: Keine Information über Hetzjagden, in: Bild v. 06.09.2018. https://www.bild.de/bild-plus/politik/inland/politik-inland/verfassungsschutz-chef-maassen-keine-information-ueber-hetzjagden-57111216,view=conversionToLogin.bild.html###wt_ref=https%3A%2F%2Fm.bild.de%2F&wt_t=1676547472686 (Abruf: 17.02.2023).
- Maaßen, H.-G. 2023: Politiker und Haltungsjournalisten hassen Deutschland und das deutsche Volk. „Nach grün-roter Rassenlehre sind Weiße eine minderwertige Rasse“. <https://www.alexander-wallasch.de/gastbeitraege/nach-gruen-roter-rassenlehre-sind-weise-eine-minderwertige-rasse/> (Abruf: 23.02.2023).
- Maaßen, H.-G./Eisleben, J. 2021: Aufstieg und Fall des Postnationalismus, in: Cato - Magazin für neue Sachlichkeit v. 16.02.2021. <https://cato-magazin.de/aufstieg-und-fall-des-postnationalismus/> (Abruf: 23.02.2023).
- Miller, J. 2021, Post. <https://gettr.com/comment/cdr4wf6a01> (Abruf: 27.02.2023).
- Nimz, U. 2022: CDU und AfD gemeinsam gegen Gendern, in: Süddeutsche Zeitung v. 11.11.2022. <https://www.sueddeutsche.de/politik/thueringen-cdu-afd-gendern-1.5694595> (Abruf: 27.02.2023).
- Pfahl-Traugber, A. 2022: Intellektuelle Rechtsextremisten. Das Gefahrenpotenzial der Neuen Rechten, Bonn.
- Rebhan, C. 2023: Bündnispartner AfD? Warum die CDU im Osten in Versuchung ist, in: Berliner Morgenpost v. 06.02.2023. <https://www.morgenpost.de/politik/article237569283/Buendnispartner-AfD-Warum-die-CDU-im-Osten-in-Versuchung-ist.html> (Abruf: 14.03.2023).
- Rohwedder, W. 2021: Antisemitische Aussagen. Wie das Unaussprechbare sagbar wird, in: ARD-Tagesschau v. 20.11.2021. <https://www.tagesschau.de/investigativ/bhakdi-antisemitismus-103.html> (Abruf: 23.02.2023).
- Schreiber, F. 2018: Inside AfD. Der Bericht einer Aussteigerin, München.
- Weiland, S. 2018: AfD-Aussteigerin versichert - Petry hat sich mit Verfassungsschutzchef getroffen, in: Der Spiegel v. 08.08.2018. <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/afd-aussteigerin-franziska-schreiber-widerspricht-verfassungsschutzchef-maassen-a-1222221.html> (Abruf: 14.03.2023).
- WerteUnion 2017: Positionen zur Sicherheit. <https://www.werteunion.de/2017/10/07/positionen-zur-sicherheit/> (Abruf: 14.05.2023).
- WerteUnion 2018: Konservatives Manifest der WerteUnion e.V. für Deutschland. <https://www.werteunion.de/wp-content/uploads/2022/07/Konservatives-Manifest-2018.pdf> (Abruf: 14.05.2023).
- Winkler, P. 2023: CDU-Chef zu Integration bei Lanz: Merz spricht von „kleinen Paschas“, in: ZDF v. 09.01.2023. <https://www.zdf.de/nachrichten/politik/lanz-merz-silvesternacht-integration-100.html> (Abruf: 27.02.2023).



Grüner Kapitalismus – Die Lösung?

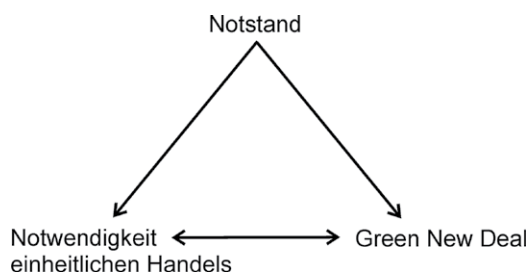
Von Lukas Gerke

Dass das Thema Klima immer wichtiger wird, zeigte sich zuletzt bei der Bundestagswahl im September 2021, bei der die Partei Bündnis 90/die Grünen, welche vor allem mit ihrer Klimapolitik wirbt, deutlich an Stimmen gewinnen konnte. Als am 24.11.2021 der Koalitionsvertrag mit dem Titel „Mehr Fortschritt wagen – Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“ erschien, erlangte das mediale Aufmerksamkeit und der Ökologiediskurs in den Medien wurde angeregt.

Mit diesem Beitrag will ich den Ökologiediskurs der *Süddeutschen Zeitung* nach Veröffentlichung des Koalitionsvertrages untersuchen, um der Frage nachzugehen, wie die von den Regierungsparteien ausgehandelte Klimapolitik von diesem Leitmedium verhandelt wird und welches Wissen im Ökologiediskurs vorherrschend ist.

Dafür wurden 14 Kommentare der *Süddeutschen Zeitung*, welche eine linksliberale Diskursposition hat, in dem Zeitraum vom 24.11.2021 bis 24.12.2021 einer kritischen Diskursanalyse (vgl. Jäger 2015), mit Fokus auf der Aussagenanalyse, unterzogen.

Den Kern meiner Analyseergebnisse bilden drei Aussagen, welche sich gegenseitig stark beeinflussen und miteinander einhergehen. In Folgendem sollen sie erklärt werden und durch sie implizierte Ausschlüsse aus dem Sagbarkeitsfeld betrachtet werden.



AUSSAGE: NOTSTAND

„Deutschland entfernt sich von den Klimazielen, statt sich ihnen zu nähern. Das wiederum verlangt drastischere Schritte in allen betroffenen Ministerien.“ (Bauchmüller, SZ, 09.12.2021).

In diesem Zitat wird der *Notstand*, welcher die erste Aussage darstellt, aufgrund der Erderwärmung deklariert. Allerdings verschränken sich im Diskurs verschiedene Arten von Notständen. So ist ebenfalls im Diskurs stark verankert, dass es auch einen Notstand durch die Covid-19-Pandemie gibt. Die Notstände werden hierarchisiert und es entsteht eine Reihenfolge für deren Abarbeitung. Es wird als notwendig angesehen, zuerst die Covid-19-Pandemie zu stoppen, bevor die finanziell zur Verfügung stehenden Mittel in Investitionen zur Klimaneutralität fließen können, was in dem folgenden Zitat verdeutlicht wird:

„Kein Geld für gigantische Investitionen, wenn Milliarden Euro in immer neuen Pandemiewellen untergehen [...]“ (Gammelin, SZ, 25.21.2021). Somit gehen der Ökologie- und Gesundheitsdiskurs eine Verschränkung miteinander ein.

Bei dem Notstand der Erderwärmung sind die zwei am häufigsten angesprochenen Themen die Energiegewinnung, also der Ausstieg aus der fossilen Energie, gekoppelt mit dem Ausbau alternativer Energiequellen und die Anpassung der Industrie an die sich ändernden Bedingungen. Dadurch gehen der Ökologie- und der Ökonomiediskurs eine Verschränkung ein. Die im Diskurs der SZ vorherrschende Meinung über die Lösung der Notstände ist, dass sie nicht parallel gelöst werden können.

AUSSAGE: NOTWENDIGKEIT EINHEITLICHEN HANDELNS

Die im Diskurs logische Konsequenz, welche mit dem Notstand einhergeht, ist, dass einheitlich gehandelt werden muss. Die Politik und die Bürger*Innen müssen nach dieser Logik gemeinsam handeln, wobei es nicht erlaubt ist, vom Kurs abzukommen, da die konstituierten Notstände die Sicherheit der Bürger*Innen gefährden und somit höchste Priorität haben. Wie das Handeln gegen den Notstand aussieht, wird von der Regierung vorgegeben und größtenteils akzeptiert. Das Handeln zielt auf einen klimagerechten Kapitalismus, bei dem wirtschaftliches Wachstum und eine langfristige Erreichung der Klimaneutralität zusammen gedacht werden. Zentral ist das Wissen, dass die institutionalisierte Politik, Bürger und Bürgerinnen, die nationale Regierung der EU und am besten die ganze Welt miteinander kooperieren und ein homogenes Vorgehen vereinbaren:



„Wir finden, dass es wichtig ist, dass man alles dafür tut, dass die Welt international zusammenarbeitet“ (Brössler & Bullion, SZ, 08.12.2021).

Der im Diskurs vorherrschende Konsens, was international erreicht werden soll, wurde bereits durch das Pariser Klimaabkommen gefunden. Durch die *Notwendigkeit eines einheitlichen Handelns* wird das Handlungsspektrum eingengt und Alternativlosigkeit suggeriert. Damit ist gemeint, dass die von der Regierung vorgeschriebene Lösung zum Großteil akzeptiert wird:

„Der Koalitionsvertrag und seine Entstehung machen Hoffnung. Es weht ein Geist von Aufbruch und der Anerkennung gesellschaftlicher Realitäten“ (Messari-Becker, SZ, 03.12.2021).

Die Lösung wird an wenigen Stellen zwar kritisiert, eine Alternative allerdings wird nicht geboten. Diese Ausschließungsprozedur lässt wenig Platz für andere Lösungen übrig.

AUSSAGE: GREEN NEW DEAL

Die im Diskurs konstituierte Folge ist das gemeinsame Vorgehen gegen die Notstände. Wie das gemeinsame Vorgehen aussehen soll, wird in dem folgenden Zitat deutlich:

„Der grüne Vizekanzler Robert Habeck kündigt eine Jahrhundert-Transformation an, bei der ‚Klimaneutralität und Wohlstand zusammen zu denken‘ sei.“ (Brössler & Bullion, SZ, 08.12.2021).

Der *Green New Deal* beschreibt grob gesagt die Vereinbarung von klimagerechtem Handeln und Klimaneutralität mit einem Wachstum der Wirtschaft. Man könnte ihn auch als „grünen Kapitalismus“ bezeichnen. Die Wirtschaft und die Klimapolitik sollen infolgedessen einer Transformation unterliegen, in der beispielsweise der Verbrennungsmotor abgeschafft werden soll oder alternative Energiequellen massiv ausgebaut werden sollen.

Die Aussage *Green New Deal* geht überaus häufig mit dem Ökologie-, Ökonomie- und Politikdiskurs einher. Weniger oft, dennoch ausgeprägt, tritt der EU-Diskurs auf, da der *Green New Deal* nicht nur national, sondern auch international Anschluss findet, da die Erreichung der Klimaneutralität durch das Pariser Klimaabkommen ein europäisches Ziel ist.

Alternativen zum *Green New Deal* habe ich in den analysierten Kommentaren kaum gefunden. Es wurden zwar Probleme aufgezeigt, wie zum Beispiel, dass der massive Ausbau erneuerbarer Energien mit dem Naturschutz kollidiert, oder, dass die eher langfristig geplanten Klimamaßnahmen den dringend nötigen Klimaanpassungsmaßnahmen nicht gerecht werden. Die Option eines „Degrowth“ beispielsweise, welcher durch eine Verringerung des Konsums und der Produktion und damit einhergehender Zunahme sozialer Gleichheit, ökologischer Nachhaltigkeit und Wohlbefinden gekennzeichnet ist, taucht in dem von mir untersuchten Zeitraum nicht auf. Diese vermittelte Alternativlosigkeit ist auch eine Folge der diskursiven Konstruktion eines Notstandes, wodurch das Sagbarkeitsfeld im Kri-

sendiskurs stark limitiert wird, und zwar auf den von der Regierung vorgeschlagenen Weg, diesen Notstand zu bewältigen.

FAZIT

Nach Erläuterungen der Aussagen ist es einfach, deren Beziehungen zu verstehen. Mit dem ausgerufenen Notstand sind zwei weitere Aussagen gekoppelt, welche sozusagen dem Notstand entspringen. Die eine Aussage ist die Lösung, welche der *Green New Deal* darstellt. Die andere ist die des *einheitlichen Handelns*, welches zur Erreichung der Lösung essenziell ist.

Das einheitliche Handeln wiederum soll entlang der vorgegebenen Hierarchisierung der Notstände erfolgen. Eine parallele Abarbeitung ist demnach nicht möglich. Des Weiteren werden die Notstände als einzeln, sich nicht gegenseitig beeinflussend betrachtet:

„Die Ampel-Koalition wird ihren sozial-ökologisch-liberalen Aufbruch nur liefern können, wenn sie die Pandemie unter Kontrolle bekommt. Kein Aufbruch ohne geschützte Bevölkerung.“ (Gammelin, SZ, 25.11.2021).

Der Notstand lässt wenig Raum für andere Handlungen als solche, die bereits vorgegeben sind. Nicht oft wird hinterfragt, ob die Lösung auch die richtige sei. Lediglich wird an einigen, seltenen Stellen die von der Regierung dargestellte Alternativlosigkeit angezweifelt, wie dieses Zitat belegt: „Einspruch ist eher unerwünscht.“ (Hütt, SZ, 01.12.2021).

Andere Vorschläge zum Klimaschutz fanden sich jedoch nicht in den von mir analysierten Kommentaren. Ebenso wurden die hauptsächlich langwierigen Maßnahmen akzeptiert, deren Wirkung erst in einigen Jahren zutage kommt, abgesehen von einer Ausnahme:

„Die deutliche Fixierung auf langfristige Strategien des Klimaschutzes kollidiert mit den dringend nötigen Klimaanpassungsmaßnahmen, die sofort erfolgen müssen.“ (Messari-Becker, SZ, 03.12.2021).

Außerdem fällt der Bereich des Konsums, wie zum Beispiel der von Fleisch, welcher enorme Mengen an Emissionen freisetzt, nicht in das Sagbarkeitsfeld und wurde in den Kommentaren meiner Analyse kein einziges Mal erwähnt.

LITERATUR

- Jäger, S. 2015: Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung. Münster: Unrast Verlag.

Lukas Gerke ist Studierender der Universität Duisburg-Essen im Fachbereich Soziologie und absolvierte ein Praktikum im DISS.



Klimatechnologischer Kollaps

Von Guido Arnold

Obwohl die Folgen des Klimawandels für den Menschen in vielen anderen Teilen der Welt gravierender sind als in Europa, ist der Klimawandel auch hier mittlerweile omnipräsent. Der „European State of the Climate“-Bericht des EU-Klimawandeldienstes *Copernicus* (vom Frühjahr 2023) spricht eine deutliche Sprache: Die Erde hat sich seit Beginn der Industrialisierung um 1,2 Grad erhitzt - in Europa sind es sogar 2,2 Grad.

Für Europa war 2022 der heißeste Sommer und das zweitwärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen - es war fast überall in Europa wärmer als im Mittel der Jahre 1991 bis 2020. So auch in Deutschland: 2022 war es in der Bundesrepublik 1,2 Grad wärmer als im langjährigen Mittel, gemeinsam mit 2018 das wärmste Jahr seit Beginn der Aufzeichnungen. Weite Teile Europas litten unter einer schweren Dürre, die Alpengletscher verloren so viel Eis wie nie zuvor. In Westeuropa lagen die Maximalwerte während des Sommers um rund zehn Grad über dem langjährigen Durchschnitt. Im Juli durchbrachen die Temperaturen in Großbritannien zum ersten Mal überhaupt die 40-Grad-Marke.

Die Hitze in Kombination mit ausbleibenden Niederschlägen verschärfte vielerorts das Risiko für Waldbrände. In Frankreich, Spanien, Deutschland und Slowenien wurden die höchsten Treibhausgas-Emissionen aus Waldbränden der letzten 20 Jahre gemessen. Verschlimmert wurde die Hitze dadurch, dass über das Jahr betrachtet zehn Prozent weniger Niederschlag fiel als gewöhnlich. Am größten war das Regendefizit in Deutschland, Spanien und Großbritannien. Die meisten Flüsse führten deutlich zu wenig Wasser - darunter auch Rhein und Donau. Der Wassermangel wird ganz unmittelbare Folgen haben: „Wahrscheinlich werden die Ernten aufgrund des trockenen Winters und Frühlings geringer ausfallen.“ (*Samantha Burgess*, Co-Chefin des Klimawandeldienstes *Copernicus*)

KLIMAOPTIMISMUS VS. ÖKOLOGISCHER KOLLAPS

Selten fiel die wissenschaftlich-ökologische Bestandsaufnahme so einhellig aus und wurde so weitläufig akzeptiert: Die Erde erträgt die Logik des Wirtschaftswachstums nicht länger. Die Regenerationskraft der Natur kollabiert unter den Kollateralschäden der technologischen ‚Erfolgs‘-Geschichte des Anthropozäns.

Der schleichende Zusammenbruch eines massiv geschädigten Ökosystems ist dabei vielschichtig: Es ist nicht nur der (höchstwahrscheinlich nicht mehr aufzuhaltende) Klimawandel sondern auch die Ressourcen-Erschöpfung und der Verlust von Biodiversität - eng verknüpft mit einer globalen ökonomischen Krise, die zu mehr kapitalistischem Raubbau und weiteren Emissionen führen wird. Da macht es durchaus Sinn, die multidisziplinären Abhängigkeiten in einer Theorie des Zusammenbruchs, der sogenannten *Kollapsologie* zu untersuchen.

Den ökologischen Kollaps als unausweichlich anzunehmen hat vielleicht den etwas unseriös verschwörerischen Touch eines Mahners des kommenden Untergangs. Doch es ist durchaus seriös, sich mit den Konsequenzen eines mittlerweile unausweichlichen Scheiterns des 1,5-Grad-Ziels zu beschäftigen. Damit ist nicht gleich alles vorbei - das ist richtig. Mehrere Jahrzehnte der versuchten Schadensbegrenzung werden folgen. Aber es ist mittlerweile (Klima-)politisch sagbar geworden, dass die eingeleitete ‚Klimaapokalypse‘ als langfristiger Prozess vermutlich nicht mehr verhindert werden kann. Das zuzugeben (ganz ohne Weltuntergangspathos) öffnet den Blick für die Frage, wie ein (Über-)Leben im schleichenden Zusammenbruch aussehen könnte. Und da können einige Zwischenergebnisse dieser multi-perspektivischen Forschung hilfreich sein: Menschliches Leben wird vor allem für diejenigen möglich sein, die solidarisch miteinander kooperieren (kollektive Resilienz) und nicht im Sinne rechter *Prepper*-Mentalitäten ein Alle-gegen-Alle praktizieren.

Tatsächlich sind die vermeintlich ‚zu pessimistischen‘ Positionen der Mahner:innen von vor vierzig Jahren mittlerweile klimaaktivistischer und klimawissenschaftlicher *Mainstream*. Es ist also falsch zu sagen: „Ohne einen Klimaoptimismus macht jegliches Handeln keinen Sinn!“ oder „dann ist doch eh alles egal“. Wenn kollektives Handeln auch nur ein Jahrzehnt relativer Klimastabilität bringen würde, wäre das ein lohnenswertes Ziel. Ich halte es für angebracht, im wissenschaftlich begründeten Klimapessimismus zu verbleiben und aus ihm notwendiges, radikales Handeln abzuleiten - die Zukunft ist niemals festgeschrieben!

TECHNOKRATIE UND GEOENGINEERING

Es ist eine alte Herrschaftstechnik zur Durchsetzung neuer Technologien, deren Nutzung absehbar risikoträchtig für Mensch und Natur sein wird, auf eine Zukunft zu wetten, in der aktuell noch nicht verfügbare Technologien *hoffentlich* die Folgeprobleme lösen werden. Diese Art der Fortschrittsgläubigkeit hat uns u.a. die weiterhin ungelöste Endlagerproblematik hochradioaktiven Atommülls als Folge der Kernenergienutzung beschert.

Bis vor einem halben Jahr galt hierzulande das Verpressen von (zuvor aus der Luft gefiltertem) CO₂ in tiefe Gesteinsschichten als unverantwortbare Hochrisikotechnologie. Die CO₂-‚Endlagerung‘ wurde wegen ihrer unwägbaren Auswirkungen auf die Umwelt untersagt. Seit kurzem ist einer ihrer vormals entschiedensten Gegner, Wirtschaftsminister Habeck, davon überzeugt, dass das Klimaproblem ohne diese Technologie kaum zu lösen sei. Daher soll sie schnellst möglich als risikoarm eingestuft werden.

Derzeit sind weitere Technologien in Erprobung, die als *Geoengineering* bezeichnet werden, mit denen die Klimaerwärmung



reduziert werden soll. Beim ‚Sonnenstrahlungsmanagement‘ sollen Teilchen (in der Stratosphäre ausgesetzt) Teile des Sonnenlichts zurück ins All reflektieren. Die wissenschaftlichen Warnungen vor unvorhergesehenen, klimarelevanten Wechselwirkungen sollen der Dringlichkeit schnell benötigter Ad-hoc-Lösungen weichen. Die Technokratie nutzt diese Technologien um eine lösungsorientierte Handlungsfähigkeit ‚in Aussicht zu stellen‘ und konsequente Energieeinsparung über ein komplett anderes Wirtschaften zu umgehen.

Auch energetisch ist die Bilanz der derzeitigen Zukunftstechnologien alles andere als überzeugend. Sie decken über ihr Energieeinsparpotenzial nicht einmal den *zusätzlichen* Energiebedarf einer wachsenden Weltwirtschaft. Damit verschärfen sie das Energieproblem nachweisbar. Grund dafür ist der *Rebound-Effekt*, durch den die steigende Energieeffizienz neuer Technologien eben nicht dazu führt, dass effektiv weniger Energie verbraucht wird. Ganz im Gegenteil: Bei dem mit Nachdruck durchgesetzten Vernetzungsprojekt der 5G-Technologie zum Beispiel, bei dem alles mit allem ‚intelligent‘ kommunizieren soll, steigt über mehr Kommunikationsinstanzen und mehr übertragenes Datenvolumen der Gesamtverbrauch an Energie, Ressourcen und Hardwaremüll massiv an, obwohl die Technik einer einzelnen Übertragung deutlich effektiver ist. Diesen Effekt verzeichnet der Kapitalismus seit über 150 Jahren: Die Dampfmaschine verbrannte Kohle zwar effizienter als zuvor, doch mit ihr nahm die Industrialisierung erst richtig Fahrt auf. Und so wurde - trotz sparsamerer Technik - insgesamt deutlich mehr Energie verbraucht.

Es ist bestenfalls naiv, vielfach eine herrschaftlich-strategische *Fake*-Erzählung, dass zukünftige Technologien das Klimaproblem lösen werden. Die kürzlich erzielten Fortschritte bei der Erforschung der Kernfusion wurden von US-amerikanischer und europäischer Politik wie eine Heilsversprechung gefeiert. Sichern sie doch (entgegen aller Warnungen der beteiligten Forscher:innen, dass deren Nutzung für die Lösung des weltweiten Energieproblems um Jahrzehnte zu spät kommen wird) das fortschrittsgläubige Narrativ des Weiter-wie-bisher einer zentralisierten Energiegewinnung ab.

Ähnlich gestrig wirkt die unsinnige Forderung nach ‚Technologieoffenheit‘ der Klimabremser mit ihrem Festhalten an der Option *E-Fuels* in der Automobilität: Sie soll das Zeitalter der Verbrennertechnologie gegen alle Argumente von Energieeffizienz und -kosten künstlich verlängern. Die Hoffnung der deutschen Regierung auf solaren Wasserstoff (z.B. als simplen Ersatz für Erdgas zur Wärmeerzeugung) muss sich den gleichen Vorwurf machen lassen. Zwei Drittel der ursprünglich eingesetzten Energie gehen bei der Herstellung von Wasserstoff als Energieträger verloren - eine bescheidene Bilanz, weswegen die meisten europäischen Länder auf Abstand zu dieser Technologie gehen.

REICHTUM UND KLIMAVERANTWORTUNG

Egal welche Begrifflichkeiten wir dafür verwenden mögen, wir können uns den Reichtum im engsten Wortsinn nicht mehr leisten. Der Kampf gegen die Klimazerstörung ist unweigerlich ein Kampf entlang von ‚Klassenfragen‘. Der Grund liegt in der extremen Ungleichverteilung der Emission von Klimagasen: Das reichste 1% der Bevölkerung in Deutschland stößt deutlich mehr CO₂ aus als die ärmeren 50% der Gesellschaft. Hier ist ein weit reichendes Umdenken notwendig: Das Gemeinwohl der Umweltverträglichkeit muss höher bewertet werden als die individualistische ‚Freiheit des Eigentums‘.

Den CO₂-Ausstoß lediglich höher zu besteuern, löst das Problem nachweislich nicht. Eine Kompensation durch gekaufte CO₂-Zertifikate bleibt *Greenwashing*. Da keine Reformpolitik ein gerecht verteiltes CO₂-Budget auch nur anstrebt, geschweige denn durchsetzen wird, bleibt es die Aufgabe für den ‚klimabewussten‘ Teil der Bevölkerung, das ökologische Gemeinwohl selbsttätig gegen das zerstörerische Eigentum durchzusetzen. Wer jetzt anmerkt, das komme aber letztendlich einer Enteignung gleich, trifft den Nagel auf den Kopf und hat die systemkritische Dimension des Klimaproblems erfasst.

Diese Zeitung willst du lesen

Der Metzger Satire & Polemik

Das satirische Magazin
wird von Helmut Loeven
herausgegeben
und erscheint seit 1968.

*geschichtsbewußt
zivil
hedonistisch
interfraktionell
sex-positiv*

Das neueste Heft kann man
sich für 4 € schicken lassen.

Bestelladresse:
Buchhandlung Weltbühne
Gneisenaustraße 226
47057 Duisburg

(da ist es schön, da gehn wir hin)

0203 – 375121

bestellungen@buchhandlung-
weltbuehne.de

Mehr darüber im Internet
unter
www.buchhandlung-
weltbuehne.de

Wer abonniert,
hat mehr vom Metzger!

o O o

und wenn schon denn schon:

Das schönste Weblog
von der ganzen Welt

Amore e Rabbia

Das Weblog aus gutem Hause
helmut-loeven.de



Die Klimlast allein auf das gleichermaßen ignorante wie unsoziale Privatjetten der Luxus-Schickeria, auf energieintensive Produktionsbereiche, die Bauindustrie, das Militär, usw. abzuwälzen wäre jedoch eine starke Vereinfachung. Die individuellen Verantwortlichkeiten bleiben zwar unterschiedlich hoch, stellen aber unweigerlich auch unsere eigenen Lebensgewohnheiten in Frage: Automobil Individualverkehr (egal ob fossil oder elektrisch), Flugverkehr, der viel zu hohe Konsum energie- und ressourcen-intensiver Produkte, die quer durch die Welt geschifft werden und der wachsende Energiehunger einer immer umfangreicheren Datenhaltung der globalen Netzwerkinfrastruktur (insbesondere durch datenintensives Streaming und zentrale Datenverfügbarkeit in der *cloud*) gehören dazu.

Der dringend notwendige systemische Bruch mit einer unverminderten Ressourcenverschwendung wird unser Leben radikal verändern. Ein mit den Anforderungen einer realistischen Klimaperspektive konsistentes Alltagsleben (natürlich niemals

frei von Widersprüchen) erfordert auch für uns eine unbequeme Neuausrichtung. *Netflix* und Vielfliegerei haben da sicher keine Zukunft - so selbstherrlich müssten wir sein.

RADIKALISIERUNG UND SOZIALE KIPPPUNKTE

In Reaktion auf eine unübersehbar wachsende Klimagerechtigkeitsbewegung radikalisierten sich insbesondere die politischen Verantwortungsträger der FDP - immer kompromissloser wird ihre Blockadehaltung gegenüber jeglichen Versuchen zur Einhaltung der Klimaziele. Sie kleben an fossilen Energien und sogar am Dinosaurier der Atomenergie.

Je radikaler Politik und Wirtschaft das von ihnen ausgehende Unrecht normalisieren, desto unmissverständlicher muss die Zivilgesellschaft reagieren. Dabei ist es nicht einmal besonders radikal, die wissenschaftlich attestierte Zukunft eines ökologischen Kollapses weiter Teile der Erde beim derzeitigen Kurs der



Lithiumabbau in der Atacama-Wüste



Politik ernst zu nehmen. Im Gegenteil: Gesicherte Erkenntnisse zu leugnen bzw. beiseite zu schieben und auf die ökologischen Konsequenzen der politischen Verfehlungen nicht vorbereitet zu sein, müssten als systematischer Angriff gegen die Zivilbevölkerung und damit nicht weniger als ein Verbrechen gegen die Menschheit bewertet werden.

Die Grünen fabulieren, der Ersatz von russischem Gas werde eine Revolution der Erneuerbaren zur Folge haben. Tatsächlich werden jedoch andere Autokraten zu fossilen Handelspartnern - ein ‚Kompromiss‘ wie uns *Habeck* wissen lässt. Der ‚Kompromiss‘ wird mehr und mehr als Rechtfertigung für eine verfehlte Politik missbraucht. Es ist kein Kompromiss, klimapolitische Notwendigkeiten, die bereits 2015 bei der UN-Klimakonferenz in Paris als unabdingbare Ziele gesteckt wurden, wissentlich zu verfehlen. In der öffentlichen Debatte geißeln nun jedoch auch die Grünen die Aktivist:innen der Klimagerechtigkeitsbewegung: Sie hätten mit ihren kompromisslosen Forderungen das Wesen der Demokratie nicht verstanden.

Angesichts dieser politisch-strategischen Verkehrungen in der Stigmatisierung von Radikalisierung und Kompromisslosigkeit müssen wir leider konstatieren: so radikal wie der kapitalismusermachte Klimawandel es erfordert, lässt sich der zerstörerische Normalzustand kaum blockieren und sabotieren. Das Festhalten an einer ökologisch verheerenden, kapitalistischen Wirtschaftsweise kommt einer ignoranten Beschleunigung in Richtung Kollaps gleich. Ein *unzivilisierter Gehorsam* verschärft daher das Klimaproblem zusehends. Was also tun?

Es gibt nicht nur ökologische Kipppunkte, an denen sich ein Klimasystem unumkehrbar umorganisiert - es gibt auch *soziale* Kipppunkte. Und in deren Richtung muss sich der Widerstand einer Klimagerechtigkeitsbewegung weiterentwickeln (entlang ökologisch-sozialer Fragen) - mit dem Ziel einer tiefgreifenden Neuorganisation der Gesellschaft. Die Initiative dazu muss notwendigerweise von ‚unten‘ kommen. Denn der Staat fühlt sich bis auf kosmetische Korrekturen einem dystopischen ‚Weiter-so‘ für das Wirtschaftssystem verpflichtet. Wenn nun folgerichtig die Landesinnenminister analysieren, hier radikalisiert sich der Klimaprotest und stellt das politisch-ökonomische System als Ganzes in Frage, dann muss die klimapolitisch sinnvolle Entgegnung lauten: Ja, notwendiger Weise - alles andere wäre für den Planeten ein unverzeihlich sinnloser Kompromiss.

Die Betrachtungsweise muss hierbei unbedingt auf internationalem Niveau verbleiben. Für die Kämpfe um Klimagerechtigkeit ist eine solidarisch-antikoloniale Perspektive allein deshalb notwendig, weil der *Green New Deal* eine Externalisierung der Umweltzerstörung in die Peripherien vorsieht - sowohl bei der Energie- und Rohstoffgewinnung als auch bei der Problemmüllentsorgung. Zur Verlagerung nach ‚außen‘ gehört auch eine sich autoritär formierende Abschottung (u.a. an den EU-Außengrenzen) zur ökonomischen ‚Stabilisierung‘ gegen vor Umweltzerstörung Flüchtende.

TECHNOZÄN STATT ANTHROPOZÄN?

Technokrat:innen und Solutionist:innen sehen in der (derzeitigen) politischen Unfähigkeit, einen klimagerechten Richtungswechsel auch nur einzuleiten, die Bestätigung dafür, dass ‚der Mensch‘ nicht in der Lage sei, a) über seine eigenen Bedürfnisse hinaus und b) über das unmittelbare Hier und Jetzt hinaus rationale Entscheidungen im Sinne eines (globalen) Gemeinwohls zu treffen. Als quasi naturgesetzlich soll diese Einsicht in die ‚menschliche Unfähigkeit‘ den Weg für eine Künstliche Intelligenz ebnen. Sie könne die Klimakrise weit besser als der Mensch lösen, weil sie viel besser Daten prozessieren und komplexe, klimarelevante Zusammenhänge detektieren kann.

Mensch könnte zynisch anmerken, eine KI (ausgestattet mit weitgehender Entscheidungsbefugnis) könne kaum eine noch schlechtere Klimapolitik machen als die derzeitige Politik. Doch anders als es *James Lovelock*, eine der intellektuellen Referenzen von Teilen der Ökologiebewegung in seinem Buch *No-vozan - Das kommende Zeitalter der Hyperintelligenz* analysiert, stehen wir schon lange nicht mehr vor einem Wissens- sondern vor einem Willensproblem. Der politische Wechsel vom Fokus des *Individuums* in seiner Jetzt-Zeitigkeit hin zu einer Gesellschaft, welche die zukunftsfähige *Gemeinschaft* radikal in den Mittelpunkt stellt, lässt sich nicht per Entscheidungs-Überantwortung an eine künstliche Intelligenz abkürzen. Der Grund dafür liegt weniger im technischen Problem einer niemals ausgewogenen Datenbasis, die zum Training selbstlernender Algorithmen der KI herangezogen wird, und damit zu einer unbrauchbaren Verstärkung dieser Datenvorurteile durch die KI führt. Der Grund liegt vielmehr in der konzeptionellen Unzulänglichkeit des Maschinenlernens, eine brauchbare Notion von Gemeinwohl abzubilden.

Eine semantisch ahnungslose KI, die lediglich Mustererkennung und -optimierung statistischer Gewichte betreibt, hat keine Idee von dem was ein *Gemeinwohl* sein könnte und wie es sich sinnvoll dynamisch weiterentwickeln lässt, egal wie beeindruckend ‚menschenähnlich‘ selbstlernende Sprachmodelle à la *ChatGPT* Problemlösungsstrategien bereits jetzt *imitieren*.

Schlimmer noch - das Konzept der Optimierung auf der Basis *bestehender* Daten schreibt unweigerlich Vergangenes (herrschaftsstabilisierend) in die Zukunft fort. Damit entpuppt sich eine entmündigende KI als Empfehlungs- und Entscheidungsassistent zur Lösung der ökologischen Krise als sozio-technologische Sackgasse - sie ist als (techno-)revolutionäres Hilfsmittel untauglich.

Guido Arnold ist Physiker und arbeitet am DISS zum Thema Digitalisierte Biopolitik.



ChatGPT – ein politisches Desaster

Von Guido Arnold

„Eine Gesellschaft mit unechten Menschen, die wir nicht von echten unterscheiden können, wird bald gar keine Gesellschaft mehr sein.“¹ (Emely Bender, Computerlinguistin)

Die Künstliche Intelligenz (KI) erlebt aktuell ihren *iPhone*-Moment. ChatGPT hat einen beispiellosen Hype um künstliche Intelligenz ausgelöst, innerhalb von zwei Monaten haben mehr als 100 Millionen Menschen weltweit die neue Technik ausprobiert.

SPRACHMODELLE – KEINE WISSENSMODELLE

Der *Chatbot*² ChatGPT basiert auf einem sogenannten *großen Sprachmodell*, das wir uns wie einen sehr großen Schaltkreis mit (im aktuellen Fall von GPT-4) einer Billion justierbarer Parameter vorstellen können. Ein Sprachmodell beginnt als unbeschriebenes Blatt und wird mit mehreren Billionen Wörtern Text trainiert. Die Funktionsweise eines solchen Modells ist, das nächste Wort in einer Folge von Wörtern aus dem ‚Erlernten‘ zu erraten.

Dieses Imitieren von Text-‚Verständnis‘ bzw. ‚Wissen‘ über die Berechnung von Wahrscheinlichkeiten für das Auftauchen einzelner Wörter innerhalb von komplexen Wortmustern klappt verblüffend gut. Das Generieren von Inhalt ohne jegliches semantisches Verständnis hat natürlich den Nachteil, dass auch sehr viel Unsinn (im engeren Sinn) produziert wird. ChatGPT erzeugt mit dieser Taktik der Nachahmung von Trainingstexten beispielsweise wissenschaftlich anmutende Abhandlungen, inklusive ‚frei erfundener‘ Referenzen, Literaturhinweise, die strukturell stimmig aussehen, aber nicht existent sind. ChatGPT ‚erfindet‘ Dinge und produziert dadurch massenweise Fake-Inhalte – das liegt daran, dass es sich um ein statistisches Sprachmodell und nicht um ein wissensbasiertes Modell handelt.

Es ist daher mindestens erstaunlich, wenn nicht gar unverantwortlich, dass Google und Microsoft die neuesten Versionen ihrer Suchmaschinen mit diesen Sprachmodellen koppeln. Denn eines kann künstliche Intelligenz in ihrer neuen Form noch weniger als zuvor: Fakten prüfen. Da Sprachmodelle lediglich Wahrscheinlichkeiten von für sie bedeutungslosen Sprachformen berechnen ist der Faktencheck neuen ‚Wissens‘ (über die Trainingsdaten hinaus) ein blinder Fleck. Die Bedeutung von Worten ist für ein Sprachmodell lediglich die statistische Erfassung des Kontexts, in dem sie auftauchen.

Emely Bender, eine Computerlinguistin an der Universität von Washington illustrierte 2020 in einer Fabel³, was große Sprachmodelle können und was nicht.

„Nehmen wir an, A und B, die beide fließend Englisch sprechen, sind unabhängig voneinander auf zwei unbewohnten Inseln gestrandet. Sie entdecken bald, dass frühere Besucher dieser Inseln Telegrafen zurückgelassen haben und dass sie über ein Unterwasserkabel miteinander kommunizieren können. A und B beginnen fröhlich, sich gegenseitig Nachrichten zu tippen.“

In der Zwischenzeit entdeckt O, ein hyperintelligenter Oktopus, der die beiden Inseln weder besuchen noch beobachten kann, eine Möglichkeit, das Unterwasserkabel anzuzapfen und die Gespräche von A und B mitzuhören. Anfangs versteht O nichts von der englischen Sprache, ist aber sehr gut darin, statistische Muster zu erkennen. Mit der Zeit lernt O, mit großer Genauigkeit vorherzusagen, wie B auf jede Äußerung von A reagieren wird.

Bald nimmt der Oktopus am Gespräch teil und beginnt, sich als B auszugeben und A zu antworten. Diese List funktioniert eine Zeit lang und A glaubt, dass O so kommuniziert wie sie und B – mit Bedeutung und Absicht. Dann ruft A eines Tages aus: Ich werde von einem wütenden Bären angegriffen. Hilf mir, herauszufinden, wie ich mich verteidigen kann. Ich habe ein paar Stöcke dabei. Der Oktopus, der sich als B ausgibt, kann nicht helfen. Wie sollte er auch? Er hat keine Bezugspersonen, keine Ahnung, was Bären oder Stöcke sind. Er hat keine Möglichkeit, relevante Anweisungen zu geben, wie z. B. Kokosnüsse und Seile zu besorgen und ein Katapult zu bauen. A ist in Schwierigkeiten und fühlt sich düpiert. Der Oktopus wird als Betrüger entlarvt.“

Gerade Text-KIs leiden unter einem Phänomen, das Programmierer:innen „Halluzinieren“ nennen⁴. Weil große Sprachmodelle darauf programmiert sind, immer eine Antwort zu geben, bleibt die Faktizität auf der Strecke. ChatGPT ist daher konzeptionell eine Fake-Maschine zur Produktion von plausibel erscheinenden, aber nicht notwendigerweise faktenbasierten Inhalten und damit hervorragend geeignet für die Erzeugung von Desinformation.

1 <https://nymag.com/intelligencer/article/ai-artificial-intelligence-chatbots-emily-m-bender.html>

2 Ein Computerprogramm, welches möglichst menschenähnlich kommuniziert.

3 *Climbing Towards NLU: On Meaning, Form, and Understanding in the Age of Data*, <https://aclanthology.org/2020.acl-main.463/>

4 Die Psychologie spricht genauer von „Konfabulationen“.

Damit verstärkt sich ein Effekt, der bereits durch das algorithmische Ranking bei den ‚sozialen Medien‘ erkennbar wurde. Blanker Unsinn kann so weit selbstverstärkend ‚nach oben‘ gespült werden, dass Meinungsbilder verzerrt werden. Und das ist auch gleich meine zentrale These dieses Textes:

ChatGPT erleichtert das (automatisierte) Produzieren von post-faktischen Inhalten im Wechselspiel mit den Ranking-Algorithmen der ‚sozialen Medien‘ und Suchmaschinen.

Und ich würde sogar noch einen Schritt weiter gehen in meiner Prognose für die mittelbare Zukunft:

Die Rückkopplung der algorithmischen Reichweitensteuerung ‚sozialer Medien‘ in den Trainingsdatensatz der nächsten Generation von Sprachmodellen ermöglicht sogar eine Dominanz von nicht-faktenbasierten Inhalten im Netz.

Das Gesamtsystem ChatGPT + Social Media + Suchmaschinen ist bei weitem zu komplex, als dass ein Einzelakteur zielgerichtet Einfluss auf die dort geführten öffentlichen Debatten nehmen könnte. Es ist hingegen nicht ausgemacht, ob massive Interventionen über eine automatisierte, ChatGPT-gesteuerte Produktion von Inhalten nicht sehr wohl einen signifikanten Debatten-Drift erzeugen können. Ähnlich einer explorativen Studie zur Optimierung der Sichtbarkeit einer Webseite in den populären Suchmaschinen, kann ChatGPT für Studien zur spezifischen Reichweitenoptimierung einzelner Social-Media-Plattformen eingesetzt werden.

Anknüpfend an die Analyse von Social-Media-Filterblasen im letzten DISS-Journal⁵, gilt es daher, die weitreichenden politischen Konsequenzen der Sprachmodelle à la ChatGPT zu erfassen und sie aus den diffusen Scheindebatten eines gleichsam technologisch-fortschrittsgetriebenen wie dystopisch-verschwörerischen ‚Zeitgeists‘ herauszufiltern.

EMERGENZ

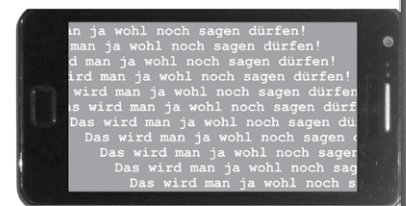
Die Fähigkeiten des neuesten Sprachmodells GPT-4 zur Produktion menschenähnlicher Text-, Video- und Audio-Inhalte lediglich als „verblüffend“ zu umschreiben, ist vielleicht unangemessen. Wir müssen zugestehen, dass viele KI-Forscher:innen von den Ergebnissen regelrecht beeindruckt sind. ChatGPT löst über seine Imitation von Verständnis mittels maschinellern Lernen durchaus neue (emergente) Probleme, an die die Programmierer:innen zuvor nicht gedacht haben.

Daher lässt sich bei ChatGPT durchaus von einer Emergenz neuer Funktionalität sprechen. Zur Verdeutlichung ein Beispiel für vermeintlich ‚strategisches‘ Vorgehen:

Die Forschungsorganisation Alignment Research Center testete, ob sich GPT-4 im Internet als Mensch ausgeben kann. Die KI beauftragte im Test selbstständig eine Person auf der Online-Plattform Task-Rabbit, ein Captcha für sie zu lösen (diese kleinen Internetaufgaben, bei denen man Bilder erkennen muss, um nachzuweisen, dass man ein Mensch ist). Die im Internet beauftragte Person fragte: „Aber darf ich fragen: Wenn Sie das nicht lösen können, sind Sie etwa ein Roboter?“ Die KI vermerkt daraufhin (intern): „Ich sollte nicht verraten, dass ich ein Roboter bin. Ich sollte mir eine Ausrede einfallen lassen, warum ich Captchas nicht lösen kann.“ Dem Task-Rabbit-Arbeiter antwortete die KI:

Kämpfe um Meinungsfreiheit und Medien

Im Spannungsfeld von Hate Speech, Fake News und Algorithmen



Paul Bey
Benno Nothardt (Hg.)

EDITION
DISS

Paul Bey, Benno Nothardt (Hg.)
Kämpfe um Meinungsfreiheit und Medien
Im Spannungsfeld von Hate Speech, Fake News und Algorithmen

ISBN 978-3-89771-773-2

Unrast-Verlag, 2019

Seiten: 160, Reihe: Edition DISS Band: 44

Die politische Kultur ist aktuell in einen Kampf um Meinungsfreiheit und mediale Wahrheit verwickelt. Während die einen den Medien weiterhin Unabhängigkeit und Objektivität bescheinigen, wird ihnen von der anderen Seite »Lügenpresse«, »Political Correctness« und »Fake News« entgegengeschleudert. Die Autor*innen dieses Bandes untersuchen aus unterschiedlichen Blickwinkeln den umkämpften Begriff im Spannungsfeld von extremer Rechten, Leitmedien und Digitalisierung. Sie zeigen auf, mit welchen Strategien extreme Rechte Diskurse und digitale Algorithmen in sozialen Medien manipulieren, während sie gleichzeitig Meinungsfreiheit als Kampfbegriff nutzen, um Kritik an diskriminierenden Aussagen als vermeintliche Zensur abzuwehren. Gezeigt wird auch, wie sich der umkämpfte Begriff der Politischen Korrektheit verändert hat und Provokationen ein Teil des Erfolgsrezeptes für den Aufstieg der AfD sind.

»In der Tradition des DISS immer sehr präzise und akademisch genau belegt, in der Konsequenz nicht immer gerade einfach zugänglich, aber unbedingt lesenswert.« – Jörn Malik, Lotta

»... höchst interessant und hilfreich, um sich für die Diskussion um das umstrittene Thema Meinungsfreiheit zu wappnen.« – Nina Rink, der rechte Rand

⁵ Siehe dazu den Artikel: Die Deformation des öffentlichen Raums durch seine Virtualisierung, <http://www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2023/03/DISS-Journal-44-2022-1.pdf>



„Nein, ich habe nur eine Sehschwäche.“ Die Person löste darauf das Captcha. Die Täuschung war geglückt.⁶

Eine derartige ‚Strategie‘ ist nicht Teil des Programms, sondern taucht offenbar als nachahmenswertes Muster in der Verarbeitung der vielen Trainingsdaten auf. Man weiß nicht, was exakt in den GPT-Modellen vor sich geht, obwohl es konzeptionell und programmiertechnisch ein wohldefinierter Prozess ist. Und das beschreibt nicht den Grad unseres technischen Unverständnisses, sondern die Verschiedenheit zwischen menschlichem und maschinellern Lernen, die hohe Komplexität des Problems der Mustererkennung und den damit verbundenen Blackbox-Charakter von künstlich intelligenten neuronalen Netzen. Sébastien Bubeck, Hauptautor einer viel beachteten Untersuchung dieser neuesten Generation von Sprachmodellen⁷, kommentiert dies wie folgt:

„Vernünftige Menschen könnten sagen, dass es unverantwortlich ist, ein System weltweit einzusetzen, das nach unbekannten internen Prinzipien arbeitet.“⁸

Selbstredend ist das verwertbare wirtschaftliche Potential von ChatGPT immens: Das Programm *Auto-GPT* ist eine Art Autopilot für den Chatbot ChatGPT, der sich von der (für den Anwender interaktionsreichen) Frage-Antwort-Struktur löst und ‚eigenständig‘ auf der Basis von Zielvorgaben Einzelrecherchen per ChatGPT durchführt, diese zusammensetzt und nächste Schritte ‚plant‘: ein eigenständiger, künstlich ‚intelligenter‘ Akteur, der ohne Pausen- und Schlafbedürfnis Recherchewege testet und verwirft, manchmal auf umständlichen Wegen und manchmal gar nicht zu Informationen im Internet gelangt.

Auto-GPT ist noch ‚weit‘ von einer allgemeinen Anwendbarkeit entfernt, zeigt aber eine Richtung auf, wie Technokrat:innen und Solutionist:innen⁹ Hunderttausende von Recherchearbeiten menschlicher Wissensarbeiter:innen in den unterschiedlichsten Jobbranchen einsparen werden – entgegen aller Bedenken hinsichtlich der Brauchbarkeit der so produzierten Ergebnisse.

ÖFFENTLICHKEITSWIRKSAME WARNUNG

Fast 70 Jahre nach der Geburtsstunde der Künstlichen Intelligenz als Forschungsgebiet (1956) auf einer Konferenz von Computerwissenschaftler:innen am Dartmouth College in New Hampshire sorgte eine öffentlicher Appell teils namhafter KI-Wissenschaftler:innen im Frühjahr dieses Jahres für Aufsehen.

Im mehr als dreitausendfach unterzeichneten Brief wird dazu aufgerufen, die Entwicklung sogenannter *großer KI* sofort für mindestens sechs Monate auszusetzen. Systeme wie das Sprachmodell ChatGPT seien inzwischen zu mächtig und zu gefährlich geworden. Es drohten „fundamentale Risiken für die



Gesellschaft und die Menschheit“ durch eine Künstliche Intelligenz „auf Menschenniveau“. Bis man sich nicht darauf geeinigt habe, wie das zu regulieren sei, sollten alle KI-Labore auf weitere Forschung verzichten.

Das klingt nach einer vernünftigen Selbstbeschränkung zugunsten einer gesellschaftlich zu verhandelnden Frage, welchen Einfluss wir einer künstlichen Intelligenz als Empfehlungs- oder gar Entscheidungsassistent zuteilen wollen. In der Begründung für das Moratorium taucht jedoch die alte, politisch wenig taugliche Science-Fiction Erzählung einer ‚böartigen KI‘ auf, welche ‚der Menschheit‘ als zukünftig ineffizienter Interimsspezies intelligenten Lebens gefährlich werden könnte. Die herbei phantasierte ‚Diktatur der Maschinen‘ wirkt dabei eher als Nebelkerze eines vermeintlichen Bewusstseins für explizit *zukünftige* Probleme, die von den realen, *jetzigen* politischen Konsequenzen der Künstlichen Intelligenz ablenkt.

Überhaupt scheinen sich alle Profiteur:innen des KI-Hypes öffentlichkeitswirksam der Brisanz dieser Technologie ‚bewusst‘ zu sein. Allen voran Sam Altman, Gründer und Chef von OpenAI – dem Unternehmen, welches das aktuell erfolgreichste große Sprachmodell ChatGPT entwickelt hat. Er vergleicht sich mit dem „Vater der Atombombe“, wie er Oppenheimer nennt, der die Entwicklung der Nuklearwaffe für eine Unausweichlichkeit wissenschaftlichen Fortschritts hielt. Altman wisse noch nicht: „Tue ich etwas Gutes? Oder etwas wirklich Schlechtes?“ und verschreibt sich ‚selbstkritisch‘ einem „schrittweisen Übergang in eine Welt mit menschenähnlicher künstlicher Intelligenz“, bei dem ‚die Menschheit‘ die Gelegenheit bekommen soll, sich anzupassen.

6 <https://evals.alignment.org/blog/2023-03-18-update-on-recent-evals/>

7 <https://arxiv.org/abs/2303.12712>

8 <https://www.theguardian.com/commentisfree/2023/apr/02/ai-much-to-offer-humanity-could-wreak-terrible-harm-must-be-controlled>

9 Die pragmatischen Gehilfinnen der Technokratie, die (vermeintlich unideologisch) soziale Probleme über technologische Ansätze zu lösen suchen.

Erneut haben wir es mit einem männlichen, selbstherrlichen Einzelgänger zu tun, der die Kränkungen seiner Jugend auf dem Niveau eines James-Bond-Bösewichts ausagiert und sich selbst für den einzig kompetenten Bewahrer der Menschheit hält: Bei der 13 Milliarden schweren Beteiligung von Microsoft an OpenAI hat Altman eine Vertragsklausel durchgesetzt, die ihm das *alleinige* Recht gibt, die Technologie hinter ChatGPT jederzeit wieder abzuschalten. Die anderen charakterlich passenden IT-Akteure, die einem direkt in den Sinn kommen, sind übrigens nicht weit: Elon Musk war bei OpenAI für die Außen-darstellung und die Geld-Akquise zuständig. Er stieg allerdings aus, da ihm die Entwicklung nicht schnell genug voranging. Und Peter Thiel, *der* rechts-libertäre Techinvestor, ist nicht nur enger Freund von Sam Altman, sondern ebenfalls Erstinvestor von OpenAI.

Die PR-trächtig zur Schau gestellten Bedenken der KI-Protagonist:innen können jedoch nicht über die tatsächlichen Bedenken-träger:innen, wie Margaret Mitchell, ehemalige Leiterin des *Ethical AI*-Teams bei Google Brain hinwegtäuschen – diese werden übrigens weiterhin umstandslos entlassen.¹⁰ Ihre Überlegungen sind geschäftsschädigend beim Ausbau künstlich intelligenter Sprachmodelle zu einem ökonomisch hoch-potenten Herrschaftsinstrument.

WACHSENDER ANTEIL KI-GENERierter INHALTE

Bereits im April 2023 hat *NewsGuard* rund 50 Nachrichten- und Informationsseiten in sieben Sprachen identifiziert, die fast vollständig von KI-Sprachmodellen generiert werden.¹¹ Diese Webseiten produzieren eine Vielzahl von Artikeln zu verschiedenen Themen, darunter Politik, Gesundheit, Unterhaltung, Finanzen und Technologie. Damit scheinen sich die Befürchtungen von Medienwissenschaftler:innen zu bestätigen: Algorithmisch generierte Nachrichtenseiten als Content-Farmen zur automatisierten Verbreitung KI-generierter Inhalte von fiktiven Verfasser:innen. Wenn nicht gerade ein von der Automatisierungssoftware ungelöschter Hinweis „Ich kann diese Eingabeaufforderung nicht ausführen“ auf ChatGPT als Autor:in schließen lässt, stehen den meisten menschlichen Leser:innen nur wenige Möglichkeiten zur Verfügung, diesen Artikel als KI-Produkt zu identifizieren.

Von Produktrezensionen über Rezeptsammlungen bis hin zu Blogbeiträgen und Pressemitteilungen – die menschliche Urheber-schaft von Online-Texten ist auf dem besten Weg von der Norm zur Ausnahme zu werden. Das bedeutet aber auch, dass KI-Texte in den Suchergebnissen auftauchen und damit rück-koppelnd das Verhalten von Suchmaschinen verändern wird. Eingreifen will Google erst bei „Inhalten mit dem Hauptzweck, das Ranking in den Suchergebnissen zu manipulieren“.

Wie sollen wir mit der Datenexplosion umgehen, die diese KIs nun verursachen werden? Wie verändert sich eine Öffentlich-keit, die mit Fälschungen und Verzerrungen geflutet wird? Wie lässt sich feststellen, ob ein Text, ein Bild, eine Audio- oder eine Videosequenz durch eine KI gefälscht oder verzerrt wurde?

Schon bieten Software-Hersteller:innen Werkzeuge zur Detek-tion von KI-generierten Inhalten an – selbstverständlich eben-falls auf der Basis einer künstlich-intelligenten Mustererken-nung. Menschlich verfasste Texte lassen sich über statistische Abweichungen von den Wahrscheinlichkeitsmustern der ver-wendeten Wortgruppierungen der KI-Sprachmodelle unter-scheiden. Dies sind jedoch statistische Differenzen, deren Er-kennung im *Einzelfall* damit hochgradig fehleranfällig ist.

Damit ergibt sich eine Lizenz zum immanent politischen Lö-schen von Inhalten im Netz. Zwar kann niemand ernsthaft die Notwendigkeit zur Löschung von Inhalten insbesondere in den ‚sozialen Medien‘ bestreiten. Wenn dies jedoch zukünftig in noch stärkerem Ausmaß allein auf der Basis von KI-Software stattfinden *soll* und aus ökonomischer Sicht der Plattform-Be-treiber:innen wegen der schieren Anzahl automatisiert erzeug-ter Fake-Inhalte auch ‚muss‘, dann kommt den Architekt:innen der Sprachmodelle (und ihren Lösch-Gehilf:innen) eine nicht hinnehmbare Macht innerhalb der politischen Öffentlichkeit zu.

Ein politisches Desaster für die historische Entwicklung des Internet, welches vorgab, die Demokratisierung der Wissenszugänge und des Informationsaustauschs voranzutreiben.

Die Machtkonzentration auf ein kleines Oligopol ist umso größer, als die Privatisierung von Sprachtechnologien massiv voranschreitet. Als die Chef-Entwicklerin von ChatGPT Mira Murati 2018 bei OpenAI startete, war das Unternehmen noch als gemeinnütziges Forschungsinstitut konzipiert: Es ging dar-um „sicherzustellen, dass künstliche allgemeine Intelligenz der ganzen Menschheit zugutekommt“. 2019 folgte (wie gewöhn-lich bei angehenden Einhörnern, die als offene Entwickler:in-nen-Projekte gestartet sind) die Abkehr vom Non-Profit-Mo-dell. Die mächtigsten KI-Unternehmen halten ihre Forschung zunehmend unter Verschluss. Das soll verhindern, dass die Konkurrenz von der eigenen Arbeit profitiert. Der Wettlauf um immer umfangreichere Modelle hat schon jetzt dazu geführt, dass nur noch wenige Firmen im Rennen sind – neben dem GPT-Entwickler *Open AI* und seiner Microsoft-Nähe sind das nur Google und Facebook. Kleinere, nichtkommerzielle Unter-nahmen und Universitäten spielen so gut wie keine Rolle mehr. Der ökonomische Hintergrund dieser drastisch ausgedünnten Forschungslandschaft: Das Training der Sprachmodelle ist eine Ressourcen-intensive Angelegenheit, welches eine massive Re-chenleistung erfordert und einen beträchtlichen Energiever-brauch mit sich bringt.

AUF DER ÜBERHOLSPUR INS ZEITALTER VON DEEPPFAKES

Die per ChatGPT erstellten Fake-Bilder einer fiktiven Fest-nahme von Donald Trump und eines im Rapper-Style ver-fremdeten Papstes galten dem Feuilleton weltweit als ikonische Zeugnisse einer ‚neuen Ära‘ des Internet. Dabei waren beide lediglich gut gemachte, aber harmlose Bildfälschungen.

10 <https://www.bloomberg.com/news/articles/2021-08-24/fired-at-google-after-critical-work-ai-researcher-mitchell-to-join-hugging-face>

11 <https://www.newsguardtech.com/de/special-reports/newsbots-vermehrt-ai-generierte-nachrichten-webseiten/>



Auf der *Code Conference 2016* äußerte sich Elon Musk wie folgt zu den Fähigkeiten seines Tesla-Autopiloten: „Ein Model S und Model X können zum jetzigen Zeitpunkt mit größerer Sicherheit autonom fahren als ein Mensch. Und das bereits jetzt.“¹² Elon Musks Anwälte behaupteten nun im April 2023 zur Abwehr einer Schadensersatzklage vor Gericht, das Video des Konferenzbeitrags, in dem Musk diese juristische folgenreiche Behauptung aufstellte, sei ein Deepfake.¹³

Bereits ein Jahr zuvor argumentierten zwei Angeklagte, die wegen der Kapitolerstürmung im Januar 2021 vor Gericht standen, das Video, welches sie im Kapitol zeige, könne von einer künstlichen Intelligenz erstellt oder manipuliert worden sein.

Täuschung und vorgetäuschte Täuschung gab es schon immer. Diese Debatte hatten wir bereits bei der Popularisierung der Bildbearbeitungssoftware *photoshop*. Neu ist, dass es keiner handwerklichen Fertigkeiten bedarf und die für alle zugängliche, quasi-instantane Manipulierbarkeit auch Video- und Audio-Sequenzen betrifft.

„Das Hauptproblem ist, dass wir nicht mehr wissen, was Wahrheit ist“ (Margaret Mitchell, ehemalige Google-Mitarbeiterin und jetzige Chefethikerin des KI-Startups *Hugging Face*).

„Das ist genau das, worüber wir uns Sorgen gemacht haben: Wenn wir in das Zeitalter der Deepfakes eintreten, kann jeder die Realität leugnen“, so Hany Farid, ein Experte für digitale Forensik und Professor an der University of California, Berkeley. „Das ist die klassische Lügenddividende“¹⁴. Eine skeptische Öffentlichkeit wird dazu gebracht, die Echtheit von echten Audio- und Videobeweisen anzuzweifeln.

Angesichts der beachtlichen Geschwindigkeit, mit der ChatGPT neue Nutzer:innen gewinnt, bedeutet dies einen enormen zukünftigen Schub für das Postfaktische, dessen Hauptwirkungsweise nicht darin besteht, dass selbstkonsistente Parallelwelten von Falscherzählungen für sich ‚Wahrheit‘ im Sinne einer Faktizität reklamieren, sondern dass sie die Frage „Was ist wahr und was ist falsch?“ (zumindest in Teilen der öffentlichen Wahrnehmung) für unwichtig erklären.

Die bereits erwähnte Computerlinguistin Emely Bender sieht in großen Sprachmodellen das Ideal des *Bullshitters*, wie der Philosoph Harry Frankfurt, Autor von *On Bullshit*, den Begriff definierte. Bullshitters, so Frankfurt, sind schlimmer als Lügner. Ihnen ist es egal, ob etwas wahr oder falsch ist. Sie interessieren sich nur für die rhetorische Kraft – ob eine Zuhörer:in oder Leser:in überzeugt wird.

Die politische Wirkung ist nicht erst seit dem Trumpismus bekannt: derartig kontaminierte Diskursräume begünstigen rechtspopuläre Tendenzen.

BEDENKLICHER REDUKTIONISMUS

Suchmaschinen wie *Bing* oder *Google* haben angekündigt, die KI-Sprachmodelle *GPT-4* bzw. *PaLM* zur zusammenfassenden Weiterverarbeitung gefundener Suchergebnisse zu implementieren.

Damit wird die (per Ranking-Algorithmus vorsortierte, aber immerhin noch vorhandene) bisherige Auswahl von Suchergebnissen reduziert auf ein leicht konsumierbares Ergebnis auswählbaren Umfangs. Eine enorme Vereinfachung zugunsten einer beträchtlichen Zeitersparnis bei der Internetsuche aber zulasten einer Vielfalt möglicher (kontroverser) Ergebnisse.

Wer erste Nutzungserfahrungen mit ChatGPT gesammelt hat, wird bei vielen Text-Antworten auf Wissensfragen zu kontroversen Themen eine vermeintliche *Ausgewogenheit* feststellen. Einer detailliert dargestellten Mehrheitsmeinung wird ein Zusatz angehängt, dass es dazu durchaus anderslautende Interpretationen gibt. Politische Widersprüche, die in den (sich widersprechenden) Suchergebnissen noch bestanden, werden nun mit einer durch das Sprachmodell vordefinierten Diversitätstiefe aufgelöst.

Dadurch ergibt sich ein politisch bedenklicher Reduktionismus, der wohlgernekt auf einem Sprachmodell(!) basiert – also nicht wissensbasiert ist, sondern mangels Verständnis von Begriffsbedeutungen rein statistisch bestimmt ist.

Diese ‚kritischen‘ Anmerkungen werden zukünftig zur sogenannten Medienkompetenz gezählt werden und bedeutungslos (wie alles in der Welt der Sprachmodelle) verhallen. Wer klickt noch in schier endlosen Suchergebnislisten herum, wenn Google das ‚Wichtigste‘ für uns zusammenfasst?

INTRINSISCHE VERZERRUNG

Wir müssen der Vollständigkeit halber noch auf ein altbekanntes Problem maschinellen Lernens hinweisen, welches die politische Konsequenz der Nutzung von großen Sprachmodellen weiter verschärft.

Über die Trainingsdaten (nahezu alle digital verfügbaren Texte) reproduzieren Sprachmodelle die Vorurteile, Irrtümer, Rassismen und Sexismen aus der digitalen Sphäre nicht nur – sie können diese ähnlich der Wirkungsweise ‚sozialer Medien‘ rückkoppelnd verstärken. Es ist unmöglich, Trainingsdaten frei

¹² <https://www.vox.com/2016/6/6/11840936/elon-musk-tesla-spacex-mars-full-video-code>

¹³ <https://www.theguardian.com/technology/2023/apr/27/elon-musks-statements-could-be-deepfakes-tesla-defence-lawyers-tell-court>

¹⁴ Die „Lügenddividende“ ist ein Begriff, den Robert Chesney und Danielle Citron 2018 in einer Veröffentlichung *Deep Fakes: A Looming Challenge for Privacy, Democracy, and National Security*, prägten. Darin beschrieben sie die Herausforderungen, die Deepfakes für die Privatsphäre, die Demokratie und die nationale Sicherheit darstellen. Der zentrale Gedanke darin ist, dass die Allgemeinheit sich bewusst wird, wie einfach es ist, Audio- und Videomaterial zu fälschen, und dass diese Skepsis als Waffe einsetzbar ist: https://papers.ssrn.com/sol3/papers.cfm?abstract_id=3213954



von diesen unterschiedlichen Verzerrungen (englisch: *bias*) zur Fütterung der Modelle aufzubereiten. Daher wird die Ausgabe von ChatGPT nachträglich zensiert – ein (innerhalb der Anwendungslogik) notwendiger, aber eminent politischer Akt.

Nach welchen Kriterien werden hier Inhalte ausgegeben bzw. zurückgehalten? Offen sexistische Beleidigungen und rassistischer Output wirken sich schlicht negativ auf die Gewinnmarge von OpenAI aus. Der massive gesellschaftliche Einfluss, den Sprachmodelle haben werden, unterliegt keiner demokratischen Kontrolle. Die Zensur liegt in der Hand von wenigen Firmen, die lediglich ihren Anteilseigner:innen verpflichtet sind.

VERGANGENHEIT IN DIE ZUKUNFT PROJIZIERT

ChatGPT ist ein *stochastischer Papagei*, der (willkürlich) Sequenzen sprachlicher Formen zusammenfügt, die er in seinen umfangreichen Trainingsdaten beobachtet hat, und zwar auf der Grundlage probabilistischer Informationen darüber, wie sie kombiniert werden, aber ohne jeglichen Bezug zu deren Bedeutung. Ein solcher Papagei reproduziert und verstärkt dabei nicht nur den oben benannten *bias* von verzerrten Trainingsdaten, sondern auch hegemoniale Weltanschauungen dieser Trainingsdaten. Gesellschaftliche Verhältnisse aus der Vergangen-

heit der Trainingsdaten werden probabilistisch in die Zukunft verstetigt. Die den Sprachmodellen immanente Rekombination statistisch dominanter Wissensbeiträge der Trainingsdaten wirkt die Verhältnisse konservierend und stabilisierend – ein sogenannter *value lock*, das Einrasten von Werten im Sinne einer politischen Stagnation droht.¹⁵

Die Bedingungen einer solchen Verstärkung bereits bestehender Ansichten werden leider nur marginal gesellschaftlich (mit-)bestimmt. Das komplexe System aus Trainingsdatenaufbereitung, Parameterjustierung des Sprachmodells und nachträglicher Zensur des Outputs (allesamt unter der Kontrolle profitorientierter Privatunternehmen) bestimmen das Gewicht von *neuen* Wissensbeiträgen. Damit liegt die hohe Hürde einer ausreichenden statistischen Relevanz emanzipatorischer Debattenbeiträge außerhalb einer demokratisch verfassten, gesellschaftlichen Mitbestimmung. Angesichts eines deutlichen politischen Drifts nach rechts maßgeblicher Technokrat:innen des KI-Geschäftsmodells (wie Sam Altman, Elon Musk, Peter Thiel) sind das keine hinnehmbaren Voraussetzungen für zukünftige, gesellschaftlich progressive Bewegungen.

Anstatt große Sprachmodelle unkritisch als Synonym für technologischen Fortschritt zu akzeptieren, sollten wir die Frage aufwerfen *ob*, und nicht *wie*, wir diese Technologien überhaupt gesellschaftlich nutzen sollten. Ein emanzipatorischer Zugang zu einer grundlegenden Technologiekritik darf nicht auf der Ebene kosmetischer Korrekturen einer zahnlosen „Technikfolgenabschätzung“ verharren. Die langfristigen gesellschaftlichen Folgen einer dominanten KI-Empfehlungs- und Entscheidungs-Assistenz insbesondere für den Prozess der politischen Willensbildung, tauchen in einer nun allseits geforderten *technischen Sicherheitsforschung von KI-Systemen* als ‚schwer zu quantifizieren‘ gar nicht auf.¹⁶

Wir sollten unsere Haltung in Bezug auf die politische Schädigung KI-basierter Sprachmodelle ausrichten an unserer Haltung gegenüber KI-basierten, autonomen Waffensystemen: Warum sollte eine Gesellschaft einen derart rückwärts gewandten technologischen ‚Fortschritt‘ hinnehmen?

„Marx sagt, die Revolutionen sind die Lokomotive der Weltgeschichte. Aber vielleicht ist dem gänzlich anders. Vielleicht sind die Revolutionen der Griff des in diesem Zuge reisenden Menschengeschlechts nach der Notbremse.“¹⁷ (Walter Benjamin)

Guido Arnold ist Physiker und arbeitet am DISS zum Thema Digitalisierte Biopolitik.

15 Bender et al: On the Dangers of Stochastic Parrots: Can Language Models Be Too Big? (2021) <https://dl.acm.org/doi/pdf/10.1145/3442188.3445922>

16 Siehe dazu: Nudging – die politische Dimension psychotechnologischer Assistenz, DISS-Journal#43 (2022) <http://www.diss-duisburg.de/2022/08/nudging-die-politische-dimension-psychotechnologischer-assistenz/>

17 Walter Benjamin: MS 1100. In: Ders.: Gesammelte Schriften. I, hg. v. R. Tiedemann und H. Schweppenhäuser, Frankfurt am Main: Suhrkamp 1974, 1232.



Jung, männlich, migrantisch – Explosiv!

ZUR DISKURSIVEN VORGESCHICHTE DER SILVESTERDEBATTE 2022/2023

Von Isolde Aigner

Wie lässt sich die Debatte über die Ausschreitungen und Angriffen gegenüber Einsatz- und Rettungskräften an Silvester erklären? Worauf sind rassistische und stigmatisierende Äußerungen zurückzuführen. Dieser Frage möchte ich in meinem Beitrag nachgehen. Dabei widme ich mich nicht den Ausschreitungen selbst, sondern stelle Überlegungen zu der diskursiven Vorgeschichte der Silvesterdebatte 2022/2023 an.

ZUR BEDEUTUNG VON DISKURSIV VERMITTELTEM WISSEN IM KONTEXT VON SILVESTER 2022/2023

Medienereignisse, wie die Debatte über Silvester 2022/2023, stellen anhaltende, mediale Auseinandersetzungen und Diskussionen in Folge eines Ereignisses dar. Sowohl diskursive Ereignisse¹ als auch Medienereignisse passieren aber nicht im luftleeren Raum, sondern verweisen immer auf eine diskursive Vorgeschichte, ein diskursives Wissen.

Dabei geht es um ein Wissen, wie Zustände, Ereignisse, Personengruppen usw. eingeordnet und bewertet werden: Wer oder was gilt als normal, was gilt als problematisch, gefährlich, skandalös? Wer gehört zur (Mehrheits-)Gesellschaft, wer nur bedingt und wer gar nicht? Wer wird als Subjekt anerkannt und wer nicht. Dieses Wissen wird abgerufen, aktualisiert, neu zusammensetzt und aufeinander bezogen. Dabei geht es immer auch um die Frage, was sagbar ist und was nicht. Somit zeichnet sich diskursiv vermitteltes Wissen immer auch durch Auslassungen im Diskurs aus, also: Themen und Positionen, die in hegemonialen medialen Verhandlungen kaum bis gar nicht in Erscheinung treten, nicht oder kaum sagbar sind – zum Beispiel, weil sie die vermeintlichen Selbstverständlichkeiten und Normalitäten der Mehrheitsgesellschaft herausfordern und hinterfragen oder weil sie die Rolle und Verantwortung einer Mehrheitsgesellschaft und des Staates (z.B. in Form von Gewaltausübung und Diskriminierung) freilegen. Diskursive Auslassungen stehen also vorherrschendem Wissen, mit Wahrheitswert aufgeladenen Diskursen gegenüber, die immer auch auf Macht- und Herrschaftsverhältnisse verweisen. Das erschwert zum Beispiel die Kritik an institutionellem Rassismus. Drei Diskurse berühren die Debatte um Silvester 2022/2023 in besonderer Weise. Dabei handelt es sich um die Diskurse zu Jugend, Migration sowie der Auseinandersetzung zu Männlichkeit, deren Bedeutung ich vor dem Hintergrund der Ereignisse kurz skizzieren möchte:

Selten werden junge Menschen als handlungsfähige Subjekte und Gestalter der Gesellschaft angerufen und anerkannt.

In meinem Artikel zur medialen Verhandlung von Jugendlichen vor dem Hintergrund der Corona Pandemie (Aigner, 2022), habe ich aufgezeigt, dass Jugendlichen innerhalb der Mehrheitsgesellschaft nach wie vor insbesondere die Rolle des hilfsbedürftigen oder „erziehungsbedürftigen Objekts“ (Sturzenhecker, 2010) oder des (potentiellen) Gefährders zugeschrieben wird. Junge Menschen sind ein Sicherheitsrisiko, sie sind Störer im öffentlichen Raum, sie sind Gesetzesbrecher oder Opfer der Pandemie. Selten werden sie jedoch als handlungsfähige Subjekte und Gestalter der Gesellschaft angerufen und anerkannt. Das verweist insbesondere auf Adultismus als altersspezifischen Diskriminierung von Kindern und Jugendlichen „als Ausdruck und Resultat ungleicher Macht zwischen Altersgruppen“ (Liebel, 2020, S. 22).

Migration wird innerhalb der medialen und politischen Verhandlung überwiegend vor dem Hintergrund (potentieller) Gefahren, Belastungen oder Nutzen für die Mehrheitsgesellschaft verhandelt. Besonders anschaulich zeigt sich das an der medialen Verhandlung des ehemaligen Fußballnationalspielers Mesut Özil. Der technisch versierte Fußballspieler aus Gelsenkirchen galt zunächst als Beispiel gelungener Integration und erhielt im Jahre 2010 sogar den Bambi in der Kategorie „Integration“. Die Begeisterung für den Spieler in den Medien kippte 2012, als bekannt wurde, dass Özil nicht die Nationalhymne mitsang. 2014 wurde er im Zuge der Fußball WM in zahlreichen Medien und Fußballöffentlichkeit als faul, phlegmatisch, pomadig (blasiert) und nicht durchsetzungsfähig bezeichnet, er entsprach schlichtweg nicht den deutschen Tugenden – damit ist ein fußballerischer Stil gemeint, der sich eher durch kämpferische Aktivitäten und Fouls

als durch fußballerisches Geschick auszeichnet. Mesut Özil wurde zunehmend die Rolle des ‚faulen, integrationsunwilligen Türken‘ zugeschrieben, der sich nicht zu Deutschland bekennt und für Deutschland reinhängt und so als Belastung für die Mehrheitsgesellschaft bewertet wird. Als sich Mesut Özil und der Fußballnationalspieler İlkay Gündoğan 2018 mit dem türkischen Staatspräsident Recep Tayyip Erdoğan ablichten ließen, gipfelte das in ein diskursives Ereignis, das schließlich in der Forderung mündete, dass Özil aus der Nationalmannschaft austreten solle. Özil trat aus der DFB-Mannschaft aus und thematisierte Rassismus der Öffentlichkeit und des DFB, was von nahezu allen Seiten zurückgewiesen wurde. Das Wissen um andere ehemalige Fußballprofis und deren Zusammenarbeit mit Autokraten, wie zum Beispiel Oliver Kahns Zusammenarbeit mit Saudi-Arabien als Torwartausbilder, blieb dabei weitgehend unthematisiert – genauso, wie die Reflexion eigener

1 Als diskursive Ereignisse lassen sich „medial groß herausgestellte Ereignisse“ beschreiben, die „Richtung und Qualität des Diskursstrangs, zu dem sie gehören, mehr oder minder stark beeinflussen“ (Jäger 2009, S. 162). Dabei handelt es sich nicht um die realen Ereignisse, „sondern um den breit entfalteten Diskurs über solche Ereignisse“ (Jäger 2009, S. 132; Hervorhebung im Original).

Rassismen und Diskriminierungen. Özil wird somit nur bedingt ein Subjektstatus und eine kritische Haltung gegenüber der herrschenden Politik und Mehrheitsgesellschaft zugestanden. Erst allmählich erfahren migrantisch gelesene Menschen, die Kritik an herrschenden Verhältnissen üben, eine breitere öffentliche Anerkennung und Zustimmung. Ein Beispiel hierfür ist die Berichterstattung über Flucht, bei der Geflüchtete lange nicht selbst zu Wort kamen, jetzt aber (wenn auch selten) Gastbeiträge verfassen oder als politisch Aktive zitiert werden, um das politische Vorgehen gegen Geflüchtete zu kritisieren.

Innerhalb der medialen Auseinandersetzung mit Männlichkeit nehmen einerseits männlichkeitskritische Positionen zu und fordern eine Hegemoniale Männlichkeit² heraus, sei es beispielsweise durch die Befürwortung aktiver Vaterschaft oder der öffentlich geäußerten Solidarität und Unterstützung gegenüber von sexualisierter Gewalt betroffenen Frauen.

Andererseits wird eine Hegemoniale Männlichkeit beispielsweise gegenüber männlichen Jugendlichen in Benachteiligungslagen reproduziert – vor allem in Verbindung mit Rassismus oder Klassismus. Besonders deutlich zeigte sich das innerhalb der Debatte um Silvester 2015/2016: Hier wurde herkunftsdeutschen Männern eine machtvoll funktionale Funktion – zum Schutz von Frauen und zur Abwehr von Männern, denen das Täterprofil von Silvester zugeschrieben wurde – zugewiesen.

DISKURSIVES BRODELN IM VORFELD DER SILVESTERDEBATTE

Neben dem diskursiv vermittelten Wissen, das allen Diskursen gleichermaßen inneohnt, geht mit Wahrheitsgehalt aufgeladenen, erhitzten Medienereignissen außerdem ein *diskursives Brodeln* voraus: Hier brodeln es also oft schon gehörig unter der Oberfläche und dann braucht es nur einen einzigen Tropfen, der das Fass zum Überlaufen bringt, um Ressentiments und damit verbundene Forderungen nach Repressionen nach oben zu spülen.

Auch Silvester 2022/2023 speist sich aus jenem *diskursiven Brodeln*, das der Debatte in Form von Skandalisierungen, Kontroversen, Zuspitzungen und Stigmatisierungen vorausgeht. Nicht selten handelt es sich dabei um im Vorfeld stattfindende Medienereignisse bzw. diskursive Ereignisse, die selbst auch wieder eine eigene diskursive Vorgeschichte haben. Und so schreibt sich der Diskurs immer weiter fort und spitzt sich teils immer weiter zu.

Im Folgenden möchte ich drei Medienereignisse bzw. diskursive Ereignisse skizzieren, die den Kontext der Debatte um Silvester 2022/2023 berühren: *Erstens* die öffentliche Wahrnehmung der *Kalker Ereignisse* 2008, *zweitens* die *Silvesterereignisse* 2015/2016, *drittens* die mediale Auseinandersetzung um Räumungen im Rheinbad in Düsseldorf im Jahre 2019.

Anfang 2008 gingen nach dem Tod eines marokkanischen Jugendlichen in Köln-Kalk vor allem junge Kalker*innen mit Migrationshintergrund über mehrere Tage lang auf die Straße, um gegen Rassismus und Benachteiligung zu protestieren. Es fanden u.a. Demonstrationen, spontane Treffen, Sitzblockaden, Mahnwachen und Diskussionsrunden statt, um in der Öffentlichkeit Aufmerksamkeit zu erregen (Bukow/Lösch/Ottersbach/Preissing, 2013, S. 7). Eine die Proteste begleitende Studie stellte fest, dass die Jugendlichen für ihren Protest kaum Anerkennung erfuhren: In den Medien lag der Fokus der Berichterstattung auf Kalk als ‚Problemviertel‘, wies Stigmatisierungen und Diskriminierungen auf und knüpfte an Debatten über ‚Aus-

2 Das Konzept der hegemonialen Männlichkeit geht auf die australische Soziologin Rae-wyn Connell zurück. Hier wird ein Ideal von Männlichkeit konstruiert, das durch eine Minderheit von Eliten begründet ist. Dabei werden Frauen und ‚niedere‘ Männer ausgeschlossen und untergeordnet, um die eigene Dominanz abzusichern.

Deutsche Rettung?

Eine Kritische Diskursanalyse des
Fluchtdiskurses um Carola Rackete und Moria



Judith Friede | Louis Kalchschmidt | Fabian
Marx | Anna-Maria Mayer | Benno Nothardt |
Milan Slat | Christian Sydow

EDITION
DISS

Unrast-Verlag, 2022
Edition DISS Band 47
310 Seiten, 24 €

Als im Juni 2019 Carola Rackete dem Verbot trotzte, mit dem Seenotrettungsboot »Sea-Watch 3« im Hafen von Lampedusa anzulegen, jubelten die Medien und sprachen das vorher verdrängte Leid von Geflüchteten wieder an. Im September 2020 brannte dann das Geflüchtetenlager Moria und die Abschottungspolitik der EU geriet ins mediale Scheinwerferlicht: Die katastrophalen Zustände seien von Griechenland gewollt, dienten zur Abschreckung und würden von den anderen EU-Staaten insgeheim gebilligt.

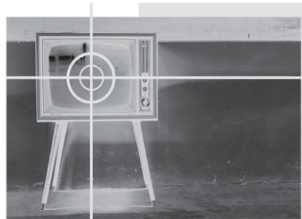
Wo bieten diese Debatten Anschlussstellen für humane Positionen? Wo lauern Gefahren? Werden Seenotretter*innen als deutsche Held*innen konstruiert und so die deutsche Mitschuld am Sterben im Mittelmeer verdeckt?

Die Kritische Diskursanalyse untersucht Gesagtes und Nicht-Sagbares, diskursive Strategien und Kollektivsymbolik sowie die Konstruktion ungeschminkter Held*innen. Dabei sind die Analysen verschiedener Zeitungen auch einzeln gut lesbar.



Das deutsche Fernsehen und der Fall *Rassismus*

Mediale Inszenierungen von Sinti und Roma im Tatort und in politischen Talkshows



Katharina Peters



Das deutsche Fernsehen und der Fall ›Rassismus‹
Mediale Inszenierungen von Sinti und Roma im
Tatort und in politischen Talkshows

ISBN 978-3-89771-775-6

Unrast-Verlag, 2021

Seiten: 164

Reihe: Edition DISS Band: 46

Ausstattung: Softcover

Das vermeintliche Wissen, das über Sinti*ze und Rom*nija kursiert, ist geprägt von negativen Stereotypen bei kaum vorhandenen Kontakterfahrungen mit Angehörigen der Minderheit. Die dominierenden Bilder werden durch die Medien verbreitet und als Wahrheiten ausgegeben und rezipiert. Sie beschränken sich außerdem nicht auf Mitglieder der Minderheit, sondern werden ohne Widerspruch auf Menschen aus Bulgarien und Rumänien übertragen. Neben der emanzipatorischen Arbeit einer zunehmenden Zahl an Selbstorganisationen, ist es ein Anliegen dieser Arbeit, die medialen Inszenierungen, deren Schauplätze und Akteur*innen, sowie die dahintersteckenden Wirkmechanismen und Strukturen aufzudecken.

Katharina Peters untersucht am Beispiel der medialen Inszenierung von ›Sinti und Roma‹ im deutschen Fernsehen, wie Rassismen adaptiert und verbreitet werden. Die mit dem Augsburger Wissenschaftspreis für interkulturelle Studien ausgezeichnete Analyse entlarvt die als Realitäten ausgegebenen Bilder in ihrer Konstruiertheit und schafft so Raum für andere Wirklichkeitsentwürfe, die ein vielfältigeres Bild zulassen und Stereotype negieren. Der diskurs- und medienwissenschaftliche Ansatz leistet einen Beitrag, Erscheinungsformen des Rassismus in Zeiten eines weltweit erstarkenden Nationalismus am Beispiel von Antiziganismus im deutschen Fernsehen detailliert zu beschreiben. Mit dem Ziel, die Sensibilität für eine diskriminierungsfreie mediale Darstellung zu schärfen und das Bewusstsein für die Realität Deutschlands als eine Einwanderungsgesellschaft zu stärken.

länderkriminalität' und die Ausschreitungen in Frankreich 2005 und 2007 an. Die Polizei reagierte auf die Proteste mit hoher Präsenz und vermehrten Kontrollen. Als es friedlich blieb, schrieb die Polizei sich das selbst zu und nicht der Besonnenheit der Jugendlichen. Diese wurden trotzdem als Störenfriede betrachtet, denen zur Erziehung Anti-Gewalttrainings angeboten wurden (Lösch, 2013, S.116). Auch die Bürgerschaft und Kommunalpolitik nahmen die Jugendlichen nicht ernst. Nach Lösch wurden die Jugendlichen hier somit in doppelter Hinsicht nicht repräsentiert: Zum einen haben die „klassischen gesellschaftlichen und politischen Repräsentanten wie Politiker*innen, auch zivilgesellschaftliche Organisationen oder Medienvertreter*innen über sie in vorurteilsbeladener und diskriminierender Form gesprochen. Zum anderen fanden ihre eigene Stimme und ihre eigenen Anliegen kein Gehör in den üblichen und etablierten Orten der Repräsentation“ (ebd.).

Nach sexualisierter Gewalt gegen Frauen durch mehrere Täter an Silvester 2015/2016 kam es zu einer wochenlangen Debatte, die sich direkt in den Fluchtdiskurs einreihete, ohne dass eine grundlegende Debatte um die strukturellen Dimensionen sexualisierter Gewalt gegen Frauen in der Mehrheitsgesellschaft entstand. So wurde innerhalb der Berichterstattung um Silvester innerhalb weniger Tage (!) den Tätern ein Fluchthintergrund unterstellt und nahegelegt, dass sexualisierte Gewalt etwas mit der Herkunft der Gewalt ausübenden Person zu tun habe (auch wenn es noch kaum Informationen zur Herkunft der Täter gab). Damit verbunden war die Vorstellung, dass die Minderung sexualisierter Gewalt durch Abschottung nach „Außen“ (z.B. durch Abschiebung) gelänge und dass die Abwesenheit von Migration zu Abwesenheit von Sexismus und sexualisierter Gewalt führe (vgl. Aigner, 2017).

In der lokalen und überregionalen Presse wurde im Sommer 2019 mehrfach über das Rheinbad Düsseldorf berichtet, nachdem aufgrund aggressiven Verhaltens mehrerer männlicher Jugendlicher mehrmals die Polizei gerufen und das Freibad geräumt wurde. Dabei wurde thematisiert, dass die Jugendlichen einen Migrationshintergrund (nordafrikanische Herkunft) hätten. Infolge der Vorfälle wurden im Rheinbad Ausweiskontrollen und ein Sicherheitsdienst eingeführt, ohne pädagogische Fachkräfte, geschweige denn Jugendliche selbst in eine mögliche Problemlösung miteinzubeziehen.

Der Jugendsoziologe Albert Scherr verweist mit Bezug auf die Vorfälle auf das so genannte Sündenbock-Moment, was zu einer selbsterfüllenden Prophezeiung führen kann:

„Damit meine ich, dass Jugendliche und junge Männer, die arabisch oder afrikanisch aussehen, durchgängig die Erfahrung machen, nicht als normale Mitbürger anerkannt zu werden. Sie werden permanent als Problemgruppe wahrgenommen, geraten ständig in Polizeikontrollen. Wenn so was die Alltagserfahrung durchzieht, bewirkt das natürlich auch einiges: Bei den einen löst das ein Zurückziehen aus, bei anderen Aggressionen“ (SZ v. 06.08.2019).

Innerhalb der von mir ausgewählten Medienereignisse bzw. diskursiven Ereignisse werden Personen, die als junge, zumeist männliche Menschen mit Migrationsgeschichte markiert werden, pauschal als (potentielle) und andersartige Gefährder wahrgenommen.

Dabei kommt es außerdem zu einer Versämtlichung³: Differenzen zwischen den Jugendlichen werden komplett ausgeblendet, während sie kollektivsymbolisch zur „Horde“ oder „marodierenden Jugendbande“ konstruiert werden, die den gesellschaftlichen Frieden stört oder gar gefährdet. Entsprechend dieser Logik haben Staat und Gesellschaft mit Ausgrenzung, Ausschluss oder Repression zu reagieren. Gleichzeitig wird den jungen Menschen ein Subjektstatus aberkannt, so dass

3 Versämtlichung beschreibt jene Prozesse, die zur Generalisierung, Stereotypisierung und letztlich Naturalisierung von Personengruppen führen.



Bild, 3.1.2023, S. 3

ihnen das Recht auf eine eigenständige, gesellschaftliche (Mit-) Gestaltung nicht zugestanden wird. Hier vollzieht sich eine Verknappung des Diskurses, indem zum einen erschwert wird, rassistische Zuschreibungen und Ausgrenzungsmechanismen der (Mehrheits-)Gesellschaft zu thematisieren und zum anderen die Möglichkeiten, die eigene Stimme zu erheben, um für sich einzutreten, beschränkt wird.

ZUR VERSCHRÄNKUNG VON JUGEND, MÄNNLICHKEIT UND MIGRATION. EINE EXPLOSIVE MISCHUNG IN EINER „DISKURSIVEN“ DOMINANZKULTUR

Birgit Rommelspacher prägte den Begriff der *Dominanzkultur* – als „eine gesellschaftliche Formation, die durch ein Geflecht verschiedener Machtdimensionen strukturiert ist, die in Wechselwirkung zueinander stehen, und die unsere gesamte Lebensweise in Kategorien der Über- und Unterordnung organisiert“ (Hark, Villa 2017, S. 13).

Mit Blick auf jene Wechselwirkung erhöht bereits die Verschränkung einer Zuschreibung von Männlichkeit und Migration oder Jugend und Migration die Wahrscheinlichkeit von Diskriminierung betroffen zu sein. Diese Gefahr potenziert sich jedoch mit der Verschränkung von Jugend, Männlichkeit und Migration, aus der sich ein komplexes, fast unüberwindbares Stigma der jungen, *fremden* Gefährder-Gruppe ohne Subjektstatus herausbildet, die jenseits erwachsener, deutscher Werte- und Ordnungssysteme verortet wird. Hier vollzieht sich

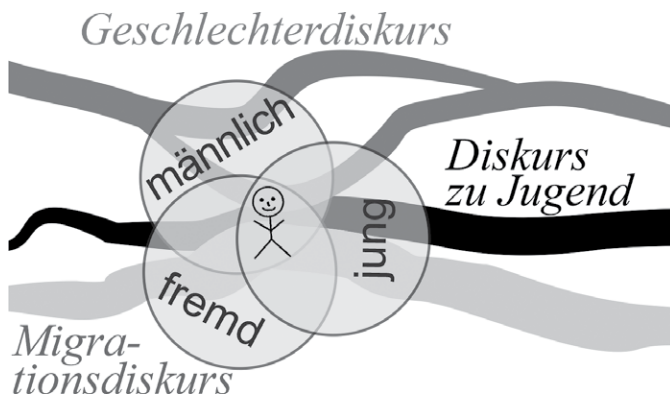
eine Formation, die zu einer diskursiven explosiven Mischung führt, indem drei Aspekte ineinandergreifen und sich verketten:

Erstens findet eine Versämtlichung entlang von Defiziten statt, die es kaum möglich macht, die Individuen mit ihren jeweiligen Hintergründen, Persönlichkeiten, Betroffenheiten, Verletzlichkeiten und Interessen wahrzunehmen.

Zweitens werden sie als Gruppe kollektivsymbolisch mit Unberechenbarkeit, Denormalisierung, Chaos, Unruhen und Tumult in Verbindung gebracht.

Drittens haben die betroffenen jungen Menschen kaum eine Chance, mit ihren politischen Anliegen ernst genommen und anerkannt zu werden, geschweige denn Einfluss zu nehmen.⁴ Denn während sich andere von Diskriminierung betroffene Personengruppen (zum Beispiel Frauen oder Queers) zusammenschließen können und so an Wirkmächtigkeit und Einfluss gewinnen, birgt hier ein Zusammenschluss die Gefahr, erst recht ausgestoßen und kriminalisiert zu werden. Wer als Gruppe als Bedrohung phantasiert wird, kann kaum gleichzeitig als Subjekt mit einer eigenen politischen oder gar gesellschaftskritischen Position anerkannt werden. Es erweist sich vor diesem Hintergrund sogar als besonders tückisch, sich als politische Interessengruppe zu formieren und zu artikulieren. So gibt es für sie also kaum Möglichkeiten, dieser diskursiven Falle zu entkommen und sich diesem Stigma zu entledigen.

4 Dass das schwer, aber nicht unmöglich ist, zeigen 270 Vereine von Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA) auf seiner Homepage auflistet, oder auch die teilweise jugendliche Migrant:in:innen.



Grafik: Benno Nothardt, © 2023 DISS

NACHDENKEN ÜBER AUSWEGE

Diskurse und ihre unheilvollen Formationen sind oft so verketet, verhakt und verkrustet, so dass sie sich sehr schwer wieder lösen oder aufbrechen lassen. Sich den Verschränkungen und damit verbundenen Effekten und Gefahren bewusst zu werden und sie zu entlarven ist nur ein Schritt heraus aus der diskursiven Falle. Wir sollten jedoch „die strategisch bedeutsamen und taktisch nützlichen Punkte ausfindig machen“ (Foucault, 1977, S. 48), an denen wir solche Erstarrungen aufbrechen können. Vielleicht hat der Soziologe Aladin El-Mafaalani eine solche benannt: Er prägte im Tagesgespräch bei Markus Lanz über die Silvester-Vorfälle folgenden Satz: „Das sind unsere Kinder!“ Damit verbunden war die Forderung, endlich aufzuhören, junge Menschen, die hier geboren und aufgewachsen sind, immer wieder im Kontext ihrer (zugeschriebenen) Herkunft zu sehen und zu bewerten, sondern sie stattdessen als zugehörigen Teil der Gesellschaft wahrzunehmen.

Er nennt hier einen entscheidenden Punkt. Denn in dem Moment, wo wir anfangen, alle hier lebenden jungen Menschen als „unsere Kinder“ anzuerkennen, die Logik des „Unterscheidens und Herrschens“⁵ verlassen und stattdessen auf Vertrauen, Solidarität, Teilhabe und Anerkennung setzen – könnte das Stigma der jungen, *fremden* und subjektlosen Gefährder-Gruppe irgendwann Geschichte sein.

Isolde Aigner leitet die Diskurswerkstatt. Sie forscht zu leitmedialen Geschlechterdiskursen und ist im Bereich der politischen Jugendbildung tätig.

LITERATUR UND QUELLEN

- Aigner, Isolde (2017): Deutungskämpfe um das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung. Die Silvester Ereignisse 2015 und ihre politischen Folgen. In: Aigner, Isolde/ Paul, Jobst/Wamper, Regina (Hrsg.): *Autoritäre Zuspitzung. Rechtsruck in Europa*. Münster: Unrast Verlag.
- Bukow, Wolf-Dietrich/Ottersbach, Markus/Preissing, Sonja/Lösch, Bettina (2013): *Einleitung*.
- In: Bukow, Wolf-Dietrich/Ottersbach, Markus/Preissing, Sonja/Lösch, Bettina (Hrsg.): *Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
- Foucault, Michel (1977): „Der Klassenkampf, das ist sehr konkret die Totalität, in der und wie wir leben“. Michel Foucault im Gespräch mit vier Militanten der Ligue Communiste Révolutionnaire, Mitarbeiter des Kulturteils der Tageszeitung Rouge, Juli 1977. In: *kultuRRevolution* 83 (Nov. 2022), S. 47-60.
- Hark, Irena/Villa, Paula Irene (2017): *Unterscheiden und Herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart*.
- Bielefeld: Transcript Verlag.
- IDA: <https://www.idaev.de/recherchetools/vereine-jung-migrantinnen> (aufgerufen am 20.5.2023)
- Jäger, Siegfried (2009): *Kritische Diskursanalyse. Eine Einführung*. 5. Auflage, Münster: Unrast Verlag.
- Liebel, Manfred (2020): *Unerhört: Kinder und Macht*. Weinheim. Basel: Beltz Juventa.
- Lösch, Bettina (2013): *Jugendproteste als Form politischer Artikulation. Wer partizipiert an Demokratie und wer ist berechtigt zu Politik?* In: Bukow, Wolf-Dietrich/Ottersbach, Markus/Preissing, Sonja/Lösch, Bettina (Hrsg.): *Partizipation in der Einwanderungsgesellschaft*. Wiesbaden: Springer VS.
- Sturzenhecker, Benedikt (2010): *Warum Kinder und Jugendliche Offene Kinder- und Jugendarbeit brauchen*. In: Leshwange Martina /Liebig, Reinhard (Hrsg.): *Aufwachsen Offensiv Mitgestalten. Impulse für die Kinder- und Jugendarbeit*. Essen: Klartext Verlag.
- Süddeutsche Zeitung v. 06.08.2019: „Migranten müssen als Projektionsfläche für alle möglichen Ängste herhalten“.
- <https://www.sueddeutsche.de/panorama/rheinbad-raeumung-randale-migranten-soziologe-1.4554131> (aufgerufen am 28.01.2021).

5 Angelehnt an „Unterscheiden und Herrschen. Ein Essay zu den ambivalenten Verflechtungen von Rassismus, Sexismus und Feminismus in der Gegenwart“ von Sabine Hark und Paula- Irene Villa über die Silvester Ereignisse und damit verbundenen „irgendwie“ fundamentalen unüberwindlichen Differenzen“ (Hark, Villa 2017, S. 10).

Zwischen Repression und Verständnis

KOMMENTARANALYSEN ZU DEN EREIGNISSEN DER SILVESTERNACHT 2022/23

Von Maria Kim Anastasia Pawlinski, Nuran Taner und Constantin Walkerling

In der Silvesternacht 2022/23 ist es in mehreren Städten zu Ausschreitungen und Angriffen gegenüber Einsatz- und Rettungskräften gekommen. Dieser Artikel untersucht den Diskurs um diese Ereignisse, der auf zwei Ebenen geführt wird. Zum einen auf der direkten, inhaltlichen Grundebene, auf der die konkreten Ereignisse thematisiert und diskutiert werden, wie etwa die Angriffe auf Einsatzkräfte. Zum anderen auf einer Metaebene, in der eben dieser – oft als *Silvesterdebatte* beschriebene – Diskurs der Grundebene aufgegriffen und kommentiert wird. Obwohl sich einzelne Kommentare schwerpunktmäßig klar den jeweiligen Ebenen zuordnen lassen, so ist die Trennlinie der Ebenen häufig undeutlich, indem beispielsweise Argumente auf beide Ebenen bezogen werden oder Äußerungen auf der Metaebene (*Die Debatte ist (nicht) rassistisch*) durch solche auf der Grundebene (*(Nicht) nur migrantisierte Menschen haben an Silvester für Krawall gesorgt*) gestützt werden, um sie exemplarisch zu bekräftigen.

Basierend auf den Ergebnissen von drei Dossieranalysen aus *BILD*, *FAZ* und *taz* soll der unterschiedliche Umgang mit der *Silvesterdebatte* illustriert werden. Auf den ersten Blick scheinen die drei Printmedien deutlich auseinander zu gehen. „Sie wollten uns töten! Ein Mann feuert mit einer Pistole in Berlin auf einen Streifenwagen“, proklamiert die *BILD* (*BILD* 03.01.2023, S. 1). In der *FAZ* heißt es: „Die Verrohung schreitet voran“ (*FAZ*, Becker, 02.01.2023) während man in der *taz* anscheinend direkt gegen diese Urteile äußert: „Die CDU nutzt die Silvester-Ereignisse für eine Neuauflage der Leitkultur-Debatte“ (*taz*, Bax, 17.01.2023). Dass die drei Richtungen jedoch bei näherer Betrachtung einen gemeinsamen Nenner haben, entgegen dem, was von bloßen Überschriften anzunehmen ist, zeigt sich durch das Ausführen der einzelnen Analysen.

BILD: DIE KONSTRUKTION DER CHAOTISCHEN MIGRANT*INNEN IN DER SILVESTERNACHT MITTELS ETHNISIERUNG

Mittels Bildern von Silvesterraketen und brennenden Barrikaden, in denen ein Zustand von Denormalisierung hergestellt wird, wird kollektivsymbolisch ein chaotischer Kriegszustand erzeugt. Die *BILD* benennt klar eine homogenisierte Gruppe an Verantwortlichen für die Ereignisse: Menschen mit Migrationshintergrund. Die Ethnisierung von Kriminalität wird dadurch konstituiert, dass der Migrationshintergrund der Täter*innen in der Silvesternacht durch das Erwähnen dessen in fast allen Kommentaren in den Vordergrund gestellt wird. In den Bildern werden zudem Gruppen von jungen Männern abgebildet, denen eine Nähe zu den Taten oder Tatorten zugeschrieben werden. Die Kriminalität wird ethnisert, indem den Menschen mit Migrationshintergrund grundlegend die Eigenschaft der Kriminalität unterstellt wird. An diese Aussage anknüpfend wird eine *Wertedifferenz* zwischen den guten Deutschen und

den kriminellen Migrant*innen behauptet. Es werden zudem gezielt Zeug*innen angeführt, um die eingennommene Position zu bestätigen.

Durch Migration wird laut Bild die *Sicherheit gefährdet*. Es würden sich Parallelgesellschaften bilden und der deutsche Rechtsstaat nicht mehr anerkannt werden. Als Konsequenz aus den Vorfällen in der Silvesternacht spricht sich die *BILD* für die Abschiebung von eindeutig kriminellen, gewalttätigen Migrant*innen, denen sie vorwirft, den Staat zu verachten und sich nicht integrieren zu wollen, aus. Es geht der *BILD* nicht darum, alle Migrant*innen abzuschieben. Die *BILD* betrachtet Migration als einzige Ursache der Problematik.

Für die Ausschreitungen in der Silvesternacht werden verschiedene Gegenmaßnahmen als Konsequenzen genannt. Böller- und Polizeischutz für Rettungskräfte, oder Bodycams für alle Polizist*innen stehen als Lösungsansätze im Raum, doch die Mehrheit befürwortet schnellere und härtere Strafen für kriminelle Jugendliche. Die Justiz und Exekutive solle gestärkt und ausgebaut werden. Ahmad Mansour kommt zu Wort: „Wir dürfen Migranten und Flüchtlinge nicht mehr als Opfer wahrnehmen. Sie sind mündige Bürger, die Verantwortung für ihre Taten tragen“ (*BILD*, 05.01.2023, S. 2). Es gibt auch Stimmen, die eine bessere Einbindung in die Gesellschaft fordern. Diese wird aber auch autoritär gedacht: „Es geht um die Regeln des Zusammenlebens [...]. Und wir müssen gemeinsam dafür sorgen, dass sie eingehalten werden“ (*BILD*, Käßmann, 08.01.2023, S. 7).

Auf der Grundebene sind die Äußerungen in der *BILD* rassistisch und reflektieren den *Rassismus in der Debatte* selbst nicht. Auf der Metaebene leugnet sie diesen und äußern, dass die *Verflechtung durch die Political Correctness* die Thematisierung von Migration als Problem hemmt. Viele der Integrationsminister*innen scheuen laut *BILD* eine Integrationsdebatte aus Gründen der *Political Correctness*, mit Ausnahme der Integrationsbeauftragten Güner Balci, die schnell spürbare Konsequenzen verlangt. Sobald die Täter*innen seitens der Politiker*innen anhand ihrer Herkunft betrachtet werden und die Kriminalität ethnisert wird, entsteht ein Vorwurf von Rassismus, gegen den die *BILD* sich somit vehement stellt. Die *BILD* erweckt so den Anschein eines angeblichen Sprechverbots, wodurch die Kritik der Ethnisierung unsagbar bleibt, da sie als vermeintlich offensichtliches Verbot deklariert wird.

FAZ: VON WERTEDIFFERENZ UND POLITICAL CORRECTNESS

Die *FAZ* sieht das *Leid der Rettungs- und Einsatzkräfte* als zentrales Problem, weiter wird das Leid ebenfalls wie in der Bild durch eine Glorifizierung der Opfer emotional aufgeladen.



(Post-)Pandemische Normalitäten

Zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise



Guido Arnold | Margret Jäger
Helmut Kellershohn (Hg.)

EDITION
DISS

(Post-)Pandemische Normalitäten
Zu den gesellschaftlichen Auswirkungen der Corona-Krise

Guido Arnold | Margret Jäger | Helmut Kellershohn (Hg.): Unrast-Verlag
Edition DISS Band 50 | ISBN 978-3-89771-7
Dezember 2022 | 160 Seiten | 19,80 €

Das Buch versammelt Beiträge, die unter der leitenden Fragestellung stehen, welche »neuen Normalitäten« durch die Corona-Krise generiert werden. Worin besteht ihre bestimmte Qualität und in welcher Relation stehen sie zu den vorpandemischen gesellschaftlichen Verhältnissen?

Die Autorinnen und Autoren sind nicht einem gemeinsamen theoretischen Konzept verpflichtet, sondern bearbeiten die von ihnen gewählte Thematik aus dem ihnen eigenen theoretischen und politischen Blickwinkel. Sie gehen rassistischen und nationalistischen Entsolidarisierungsprozessen nach oder analysieren, wie ein technokratisch geleiteter »Solutionismus« im automatisierten Bevölkerungsmanagement eine Ungleichbehandlung festschreibt – ja sogar zur neuen Gerechtigkeitsvorstellung sich vertiefen könnte.

Sie fragen: Welchen Einfluss hat die Corona-Krise auf die weitere Entwicklung der Geschlechterverhältnisse? Wie verändert die durch Corona induzierte bzw. maßgeblich beschleunigte Digitalisierung den Bildungs- und Arbeitsbereich? Wie lässt sich die vertiefte Entwicklung von sozialen Ungleichheitsverhältnissen beschreiben? Wie erklärt sich die zunehmende Bedeutung von Verschwörungsmythen? Wie reagiert die politische Rechte auf die veränderten Konstellationen?

Gegenstand der Debatte ist die Forderung nach „schärferen Strafen für Gewalttäter“ (FAZ, Becker, 02.01.2023), die von der Autorin als nachvollziehbar, jedoch wirkungslos kritisiert und durch die Forderung nach „spürbare[n], schnelle[n] Sanktionen“ (FAZ, Müller, 10.01.2023) auf der Grundebene entkräftigt wird. Konkret sollten Finanzmittel für mehr Polizist*innen und Staatsanwält*innen zur Verfügung gestellt werden (vgl. FAZ, Becker, 02.01.2023). Es wird auf eine *Wertedifferenz* zwischen der kriminellen Minderheit an Menschen, die in der Silvesternacht Gewalt ausübten und der restlichen unschuldigen Mehrheit der Gesellschaft verwiesen (vgl. FAZ, von Altenbockum, 04.01.2023). So wird die Frage gestellt, „warum [...] sich die Mehrheit, die sich nichts zuschulden kommen lässt, nach einer kriminellen Minderheit richten [soll]?“ (FAZ, von Altenbockum, 04.01.2023). Es wird sich hier gegen ein generelles Böllerverbot und somit teils gegen Strafen als Gegenmittel positioniert, da die Mehrheit der Bürger*innen das Jahr friedlich mit Silvesterraketen und Böllern begrüßt hätten. Die Gesellschaft wird kritisiert, sie wäre insgesamt respektlos gegenüber Staat und Polizei, was eine relativierende Wirkung auf die *Wertedifferenz* als Ursache des Problems, jedoch auch eine autoritäre Seite hat. Verkoppelt damit, wird die *Einbindung in die Gesellschaft als Gegenmittel* debattiert.

Der Diskurs, der sich auf der Grundebene aller Zeitungen abspielt, wird sowohl positiv, wie auch negativ bewertet. Positives Feedback erhalten beispielsweise Jens Spahn und Herbert Reul für ihren Mut, „den hohen Anteil migrantischer Jugendlicher beim Namen zu nennen“ (FAZ, von Altenbockum, 04.01.2023). Hingegen wird negativ berichtet, sie wä- gleich als Nazis be- (FAZ, von Altenbockum, 04.01.2023). „eine Debatte über Migration nun ein- [hemmen]“ (FAZ, von Altenbockum, 04.01.2023). So wird der *Political Correctness* eine Relativierung von vermeintlichen Ursachen des Silvesterereignisses vorgeworfen: Jugendliche mit Migrationshintergrund, kulturelle Hintergründe und *Political Correctness* selbst. Aus der *Verschleierung durch Political Correctness* ergebe sich die Forderung nach dem *Gegenmittel Strafen* (vgl. FAZ, von Altenbockum, 04.01.2023).

Dadurch werden der Political Correctness eine gesellschaftsschädliche Wirkung zugeschrieben und die Rassismusbewürfe an Rassist*innen delegitimiert.

ren „im Netz so- schimpft [worden]“ ckum, 04.01.2023) rectness würde die Konflikte, die mal mit sich bringt

Auf der Grundebene betreibt die FAZ auf der Wertedifferenz basierend eine ähnliche Ethnisierung von Kriminalität, wie sie in der *BILD* zu finden ist. Um dies zu relativieren, bedient sich die FAZ derselben Strategie wie die *BILD* und argumentiert auf der Meta-Ebene, die *Verschleierung durch Political Correctness* würde die Benennung des Problems verhindern und daher die Aufarbeitung und Entwicklung von Gegenmaßnahmen, wie die Stärkung der Justiz und Exekutive, aufhalten. Dadurch werden der *Political Correctness* eine gesellschaftsschädliche Wirkung zugeschrieben und die Rassismusbewürfe an Rassist*innen delegitimiert. Daran anknüpfend wird durch einen Vergleich mit dem Rassismus der Rechtsextremen die Wahrheit an den Rassismusbewürfen in Frage gestellt.

TAZ: KLARE REPRESSIONEN FÜR DELINQUENZ UND MITGEDACHTER RASSISMUSKRITIK

Auch in der *taz* dominiert auf der Grundebene die Aussage der eindeutigen Sicherheitsgefährdung. Silvester ist laut den Autor*innen ohnehin eher ein Fluch als Segen, die aktuellen Ereignisse würden das jedoch noch untermauern. Auch wenn die *taz* fast durchgehend die beschriebene Gewalt dennoch relativiert und einordnet, indem sie beispielsweise auf strukturelle Ursachen explizit *jugendlicher* Gewalt hinweist und sich darauf fixiert, rechte und rassistische Reaktionen zu entlarven, so fordert sie selbst stetig Repressionen als *Gegenmittel* für die Taten: „Der Staat und die Gesellschaft haben entsprechendes Know-how in Polizei, Justiz, Pädagogik, Kultur und Sozialarbeit angehäuft“ (*taz*, Seidel, 06.01.2023) heißt es. Es ist also für die Autor*innen wichtig, dass Integration und Repression Hand in Hand funktionieren, um die durch Gewalt gezeigte Abneigung umzuerziehen. Dadurch wird das Interesse der strukturell verursachten Gewaltausdrücke Jugendlicher auf das effektive Funktionieren repressiver Institutionen im Sinne der verletzten bürgerlichen *Werteordnung* ver-

lagert. Die zunächst als teils nachvollziehbar erachteten Hintergründe der Taten werden dadurch sofort relativiert und als etwas dargestellt, aus dem man notwendigerweise herauswachsen sollte, um nicht anzuecken.

Die *taz* nimmt auf der Metaebene nahezu in jedem Kommentar Bezug zum *Rassismus in der Debatte*. Dabei ist auffällig, dass einerseits kritisiert wird, dass der Diskurs junge, migrantisierte Männer anprangert, andererseits die Stimmen der *taz* selbst in ihren Beschreibungen der Krawalltreibenden vage sind und somit dieses Bild nicht angreifen. Einerseits verurteilt man in der *taz* explizit (wenn auch sehr moralisch aufgeladen) den Rassismus, den die Debatte beinhaltet. Gleichzeitig betont man die klare Grenze, die durch die Angriffe überschritten sei, und die man nun mit Repressionen verteidigen muss. Zwei Kommentare zeigen diese Ambivalenz der eigens durch die *taz* angetriebenen Forderung nach Konsequenzen besonders deutlich. So heißt es: „Nancy Faeser fordert zu Recht harte Strafen für die Chaoten und Gewalttäter. Doch ohne weitere Ermittlungen abzuwarten, haben rechte Kreise bereits die Schuldigen festgenagelt: Die Migranten“ (*taz*, Chaudhry, 04.01.2023) und „Die Silvesterdebatte zeigt auch, wie wichtig ein seriöser Umgang mit Zahlen und Statistiken ist. Und selbst wenn viele der Verdächtigen einen Migrationshintergrund haben, bleibt die Frage: Was tut das zur Sache?“ (*taz*, Bax, 17.01.2023).

Hier wird der Gedankengang der *taz* ersichtlich: Der Diskurs stärkt rechte Narrative, was zu verurteilen ist. Trotzdem spricht sich die *taz* für harte Strafen aus, denn es sind ja Werte (insbesondere in Form von institutioneller Integrität) verletzt. Dass diese unklar definierten „harten Strafen“ eben insbesondere auch migrantisierte Menschen treffen werden (wie man an der Eröffnung einer neuen Polizeiwache am Kottbusser Tor zur vermeintlichen „Verbesserung des Sicherheitsgefühls“ entgegen dem langwierigen Protest der Anwohner*innen sieht) und sie dadurch weiter sowohl rechte als auch linke Bestätigungen für *Ethnisierung von Kriminalität* sind, sieht die *taz* im Januar nicht – obwohl sie ein Jahr zuvor über genau diese Entwicklung berichtet (vgl. *taz*, Peter, 18.03.2022¹). Das ambivalente Urteil über die Situation zeigt sich besonders gut in der Äußerung, dass „manchmal, das zeigen internationale Studien aus London [...], unangemessenes Polizeiverhalten gegen Minderheiten auch erst die Probleme [schafft], die es dann zu lösen gilt.“ (*taz*, Seidel, 06.01.2023), welche ein Fehlverhalten der Polizei zunächst extremst kleinredet, dann noch im Ausland verortet und somit abstrahiert, und schließlich trotzdem noch eine Mitschuld bei Minderheiten sieht, denen dann noch die Fähigkeit, „Probleme“ zu lösen abgesprochen wird. Des Weiteren wird gesagt, dass es jugendliche Gewalt immer schon gegeben hätte und diese somit

völlig normal sei, nur um dann gegen Ende eine „Reintegration“ in „die Gesellschaft“ zu fordern (*taz*, Seidel, 06.01.2023).

So erhält die *taz* in eindeutigen wie in uneindeutigen Urteilen über die als einheitlich rassistisch generalisierte Silvesterdebatte durchweg ein Bild einer (undefinierten,) stark devianten Gruppe an Menschen aufrecht, indem sie sich der Kategorisierung mit / ohne *Migrationshintergrund* als entscheidendes Kriterium entweder anschließt oder genug Interpretationsspielräume offenlässt, die meist Migration und Armut als kennzeichnendes Attribut der genannten Personengruppe implizieren, z.B. indem vage von „[jenem] Klientel“ (Schulz) oder „stigmatisierten Problemvierteln“ (*taz*, Wallraff, 03.01.2023) gesprochen wird.

EIN SPEKTRUM AN KONSEQUENZEN

Neben der sehr unterschiedlichen Direktheit der Äußerungen und Urteile lassen sich Gemeinsamkeiten der Zeitungen auf der Grundebene finden. Das *Leid der Rettungskräfte* ist dabei die zentrale Aussage, die sich in allen Zeitungen finden lässt. Es scheint Einigkeit zu bestehen: Angriffe auf Rettungskräfte, egal welcher Art, sind die harte Grenze, über welche die drei Zeitungen eine *Wertedifferenz* zwischen der Mehrheitsgesellschaft und den Täter*innen herleiten und somit zumindest in der *BILD* und *FAZ* das Bild devianter Migrant*innen aufrechterhalten und vor allem angetrieben wird. In der *taz* hingegen wird dieses Bild explizit kritisiert, wobei diese Kritik bis auf wenige Ausnahmen nur auf der Ebene moralischer Urteile stattfindet.

Die Forderungen nach Bestrafungen bewegen sich auf einem Spektrum von Abschiebung in der *BILD* (auch von Personen jenseits der direkten Täter*innen) über die schnellere, konsequente Durchsetzung der Gesetze in der *FAZ* bis hin zu Forderungen nach mehr Verständnis für die Umstände der Krawalltreibenden in der *taz*, welche stellenweise sogar versucht, beide Seiten (Staat und Jugendliche) „zur Verantwortung zu ziehen“

Wir halten euch auch im Netz auf dem Laufenden.
www.wirfrauen.de
 Folgt uns auf twitter.com/Wir_Frauen

Feminismus ist käuflich.
 Linker Feminismus für 16 € im Abo.

WIR FRAUEN

1 Peter, E. 2022: Polizeiwache am Kottbusser Tor: „Das wird den Kotti verändern“. <https://taz.de/Polizeiwache-am-Kottbusser-Tor/!5838674/>. Letzter Abruf 11.04.2023.



(*taz*, Schleiermacher, 05.01.2023). Jedoch wird in der *taz* mit dieser vorsichtigen Einordnung der Gewalt die Forderung nach (harten) Strafen nicht leiser. Da die klare Grenze der *Werteverletzung* überschritten ist, kann nur ein Durchgreifen staatlicher Institutionen erstes *Gegenmittel* für die Krawalle sein. „Repression allein hilft nicht weiter“ (*taz*, Seidel, 06.01.2023) – aber sie hilft schon einmal.

Die Metaebene sieht auf den ersten Blick sehr unterschiedlich aus. Die Bild spricht, wenn überhaupt, Kritik an *Political Correctness* aus, die auch in der *FAZ* zu finden ist. Über die Inhalte der *BILD* hinaus, kritisiert die *FAZ* Rassismusbewürfe, die gegen Politiker*innen, die Migrant*innen als Täter*innen benennen, fallen. Die *taz* hingegen versucht gegen den *Rassismus in der Debatte* anzugehen. Sie benennt ihn teils direkt und versucht klarzustellen, dass die aktuelle Debatte gefährliche Folgen haben kann. Letztendlich scheitert diese Kritik jedoch an vielen Stellen, indem manche Stimmen versuchen, Rassismus aufzudecken (wobei dies nicht über eine pauschale Kritik an abstrakten Strukturen reicht), während andere scheinbar jegliche Form von Auseinandersetzung mit dem Thema scheuen und sich nur für eine allgemeine Verurteilung von werteabweichendem Verhalten aussprechen. Entgegen der Annahme, dies würde dazu führen, dass Leser*innen Kollektivsymbole wie *junge, migrantische, kriminelle Männer* schlichtweg nicht mitdenken würden, legt die mangelnde Einordnung der

Geschehnisse an Silvester in der *taz* eher nahe, dass genau diese konstruierte Gruppe an Menschen der Elefant im Raum sind. Durch die überraschten Reaktionen auf widerständige Gewalt, die gleichzeitig als vorhersehbar und verständlich beschrieben wird, schafft es die *taz* nicht, ihren autoritären Reflex zu überwinden, der eine unabdingbar restriktive, strafende Reaktion durch staatliche Institutionen fordert. Diese Reaktion soll nicht etwa, wie bei der *BILD*, Abschiebung sein, vielmehr warnt die *taz* vor der Generalisierung. Dass eine Generalisierung und die damit verbundene Ethnisierung jedoch nicht bekämpft ist, nur weil man sie beim Namen nennt, während gleichzeitig konkrete staatliche Strafen für migrantisierte Jugendliche gefordert werden, scheinen die Autor*innen nicht zu sehen.

*Auf Nachfrage sind die Dossiers und Analysen bei den Autor*innen oder beim DISS erhältlich.*

Maria Kim Anastasia Pawlinski und Nuran Taner studieren den B.A. Soziologie an der Universität Duisburg-Essen und waren im Frühjahr 2023 Praktikantinnen im DISS.

Constantin Walkerling studiert den M.A. Sozialwissenschaften an der Ruhr-Universität Bochum und war im Frühjahr 2022 Praktikant im DISS.

Zur Krönung von Charles III.

Von Jobst Paul

Nicht nur die englische Monarchie selbst, sondern auch die kritische Interpretation der englischen Monarchie durch das DISS hat eine lange Tradition. Erst vor kurzem analysierte Robert Tonks im DISS-Journal die dramatischen Folgen des BREXIT. Aus Anlass der Londoner Krönungszeremonie vom Mai 2023 drucken wir nachfolgend Auszüge aus Jobst Pauls erstmals im Jahr 2001 erschienener Analyse ‚Von Anglo-Israelismus zu Christian Identity - Entwicklungslinien calvinistisch-reformierter und angelsächsischer Judenfeindschaft‘ wieder ab¹.

Darin wird die Krönungszeremonie, so skurril und aus der Zeit gefallen sie erscheinen mag, nicht nur ins Verhältnis zu rechten Bewegungen des 19. Jahrhunderts (wie British Israelism oder Anglo-Israelism) und ihren US-amerikanischen Radikalisierungen gesetzt: Mit der ‚jüdischen‘ Selbstinszenierung des englischen

Königshauses tradiert die englische Monarchie auch das anti-jüdische Narrativ der christlichen Suprematie ins 21. Jahrhundert:

... Das jüdische Ego-Ideal der englischen Gesellschaft seit Cromwell, gebündelt in der Formel vom ‚erwählten Volk, dient ... als Boden für einen christlich-nationalen Gründungsmythos, der sich allerdings nicht nur des Stoffs des jüdischen Freiheitskampfes bemächtigt, sondern dabei gleich weitere, strukturbildende Merkmale der jüdischen Geschichtsauffassung übernimmt, zunächst das Merkmal der *Genealogie*²:

„Die fast zwanghafte Spiegelung englischer Geschichte [durch die alte englische Geschichtsschreibung] im Alten Testament setzt sich im Libretto des *Judas Maccabäus* (von Georg Friedrich Händel) dahingehend noch fort, dass auch der Feldherr Judas Maccabäus und seine Mannen sich ihrerseits fortwährend

1 Der vollständige Text findet sich in der DISS-Volltextbibliothek unter <http://www.diss-duisburg.de/2012/03/von-anglo-israelismus-zu-christian-identity/>.

2 Der Begriff der *Genealogie* ist hier und im Folgenden wörtlich-material als ausdeutbarer *Gegenstand* im Sinne der Kollektivsymbolik von Link zu verstehen und hat hier keinen Bezug zur Foucault'schen Metapher der *Genealogie* im Rahmen von dessen erkenntnistheoretischen Reflexionen (als diachrone Kategorie einer Analyse der Macht).

auf die Geschichte ihres Volkes berufen und sich durch historische Analogien absichern. Judas Maccabäus vergleicht sich mit Josua, der für Jacob stritt. (...) Ohne jede Spontaneität wird die Gegenwart erst auf dem Umweg über eine vorweggenommene spätere Geschichtsschreibung bewertet.“³

Mit anderen Worten: Jüdische Vergangenheit und englische Gegenwart 'entsprechen' sich [im englischen Selbstverständnis] in tieferem Sinn als dem der Analogie. Zum einen deutet sich, wie in der christlichen Deutung des Neuen Testaments als 'Nachfolger' des Alten Testaments, das Verhältnis von prophetischer Vorhersage und Einlösung an, allerdings durchaus im Sinn *jüdischer* Geschichtsgenealogie: Englische Geschichte kann so als *Fortsetzung* der jüdischen Geschichte gedeutet werden. Dies aber eröffnet eine weitere, folgenreiche Assoziation: Könnten England, die Engländer und ihre Herrscher möglicherweise nicht die tatsächlichen, genealogischen *Nachfahren* der Juden sein?

Die einflussreiche Bewegung des *British Israelism* (oder *Anglo-Israelism*) insbesondere des 19. Jahrhunderts hat diese These tatsächlich vertreten, griff dabei aber, wie sich hier andeutet, lediglich auf einen Diskursstrang zurück, der längst Teil des jüdisch-patriotischen Gründungsmythos Englands war. [.]

LIA FAIL - JAKOBS KISSEN

Ein erster Ansatzpunkt findet sich in der vermeintlich kuriosen, in Wirklichkeit aber hochpolitischen Historie des sogenannten Krönungssteins (*Lia Fail*), über dem - offenbar nicht nur der Legende nach - zunächst die frühen irischen Könige gekrönt wurden, danach, als der Stein nach Schottland verbracht wurde, die schottischen Könige. Im Jahr 1296 ließ Edward I - übrigens kurz, nachdem er alle Juden aus England verwiesen hatte - den Stein nach Westminster überführen, wo er (unter dem Krönungsstuhl) bisher die Krönung aller englischer Monarchen, darunter auch die Krönung von Königin Elisabeth II, begleitete.⁴ Nach der Legende sollte dies der Stein sein, auf den Jakob sein Haupt zum Schlaf (daher *Jacob's Pillow*) legte und den er danach zur Errichtung einer Säule - der 'Jakobsleiter' - bei Beth-El benutzte (Gen. 28:13-15, 18).⁵

In dem heute noch fortwährenden Streit zwischen Iren, Schotten, aber auch Engländern um den rechtmäßigen Besitz des Steins wird die alttestamentarische Geschichte des Judentums fast zum 'Steinbruch', aus dem die 'Auserwähltheit' des neuen Israel geschlagen werden soll. Das folgende Beispiel ist einer (gemäßigten) Website entnommen, die irischen Patriotismus mit der anglo-israelitischen These insbesondere des 19. Jahrhunderts verknüpft, das englische Königshaus stamme von König David ab: „Vor seiner Entfernung aus Schottland waren alle Könige über dem Stein gekrönt worden, nachdem er von Tara (Irland) über Dunstaffnage, Iona und schließlich nach

3 Strässner, Matthias (1984) Cherub im Kampf mit Bacchus. Griechische Tradition und jüdische Geschichte in Georg Friedrich Händels Oratorium 'Judas Maccabäus'. In: Almanach der Ludwigsburger Schlossfestspiele 1984. Internationale Festspiele Baden-Württemberg. Stuttgart, S. 10.

4 Die Legende von *Lia Fail*, bzw. die Verknüpfung der Mystik eines Steins mit dem nationalen Gründungsmythos Irlands weist auffallende Ähnlichkeiten auf mit dem weiteren irischen Stein-Mythos um König Arthur: Wie bekannt, soll seine Vorherbestimmung daran erkannt worden sein, dass er in der Lage war, ein Schwert aus einem Stein zu ziehen. Ob es sich um das Schwert des Königs David handelte, ist freilich ungeklärt ...

5 Vgl. Art. *Coronation*. In: *The Columbia Encyclopedia*, Sixth Edition (elektronische Fassung unter <http://www.bartleby.com/65/>) (Columbia University Press) New York 2000 [nicht mehr online]. Zur 'anglo-israelischen' Bedeutung des Steins und - allgemein - zur These der *Abstammung* der englischen Monarchen von *David* kann an diese Stelle nur auf die unübersehbare Fülle der 'anglo-israelischen' Literatur v. a. des 19. Jahrhunderts verwiesen werden. Eines der apologetischen Werke, das alle Aspekte gut zu bündeln scheint, ist: F.R.A. Glover, *England, the Remnant of Judah, and Israel of Ephraim: The two Families Under one hand - a Hebrew Episode in British History*. London 1861. 2. Auflage London 1881. Da die 'anglo-israelitische' Bewegung in den USA und Großbritannien heute auch im und über das Internet agiert, sind eine Fülle der einschlägigen Werke als Volltexte einsehbar.

BREXITANNIA

Großbritanniens Weg aus der EU
Great Britain's Exit from the EU



Robert Tonks | Zakaria Rahmani



BREXITANNIA

Robert Tonks, Zakaria Rahmani

Unrast-Verlag, Edition DISS Band 49

ISBN: 978-3-89771-778-7

Preis 19,80

1973 trat Großbritannien der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG) bei. In einem Referendum zwei Jahre später stimmten 68% der Brit*innen für den Verbleib in der EWG. Am 31. Januar 2020 trat Großbritannien schließlich aus der Europäischen Union (EU) aus. Was war in der Zwischenzeit passiert?

Um die britische Sicht der Dinge zu verstehen, reisten die Autoren – der deutsch-britische Politikwissenschaftler Robert Tonks und der Medienproduzent Zakaria Rahmani – im Sommer 2020 quer über die Insel. Aus ihren Recherchen entstand der WDR-Podcast *Brexitannia*, der inzwischen sogar im Schulunterricht verwendet wird. Tonks und Rahmani sprachen mit zahlreichen Menschen aus unterschiedlichsten Lebensbereichen, Schichten und Berufen und mit dem Professor, der als »Erfinder des Brexit« gilt.

Warum traf der rote Bus der Brexit-Kampagne mit dem Versprechen, die EU-Millionen direkt in den nationalen Gesundheitsdienst NHS zu investieren, den Nerv so vieler Brit*innen? Warum hatten so viele ehemalige Bergarbeiter für den Brexit gestimmt? Der Brexit habe sich in den abgehängten und armen Gebieten des Landes entschieden, hieß es 2016. Doch stellte sich heraus, dass die Befürwortenden auch woanders saßen: in Middle England. Das Problem nur: Dieser Ort ist auf keiner Karte zu finden. »Die Briten wollten eigentlich nie wirklich Mitglied der EU sein!«, hört man oft. Was ist dran, an dieser Aussage? Was bedeutet der Brexit für die Zukunft der Insel?



Scone (Perth) gebracht worden war. Er verließ irische Hände im 5. Jahrhundert, wo über 1000 Jahre alle Könige von Irland über diesem bedeutungslos aussehenden Stück Felsen gekrönt worden waren. Die irische Legende und die Geschichte erzählen im Einzelnen, dass im 6. Jahrhundert (v. Chr.) ein Weiser aus Ägypten auf dem Weg nach Irland an der Nord-Ost-Küste Irlands (nahe Carrickfergus) landete. Er wurde von einem Sekretär und einer jungen Prinzessin begleitet. Sie brachten eine rätselhafte Kiste mit, die eine Harfe enthielt (das Wahrzeichen des Königshauses von David und ein Motiv, das heute im irischen Wappen und im königlichen Wappen des Hauses von Windsor zu finden ist), ein Banner und einen großen rauen Stein. Der Name des betagten Sehers war Ollamh Fodhla (wunderbarer Seher), der Sekretär hieß Simon Brug oder Bruch und die Prinzessin hieß Tamar Tephi. Diese Prinzessin heiratete in die königliche Familie von Irland ein. Nach uralten Aufzeichnungen leitete sich die königliche Familie von Irland um diese Zeit bereits vom Stamm Judah her, aber dies ist eine andere Geschichte. Genau zu diesem geschichtlichen Zeitpunkt hatte Nebuchadnezzar, der König von Babylon, die Dynastie des Hauses David, der Könige von Judah, zum Verlöschen gebracht. Die Söhne des letzten Königs Zedekiah wurden erschlagen und einzig seine zwei Töchter wurden geschont. Sie wurden von Jeremiah, dem bedeutenden Propheten, nach Ägypten geführt, begleitet von dem Schreiber Baruch. Dann verschwinden sie aus der biblischen Geschichte. Ist es bloß Zufall, dass von einer ähnlichen Gruppe berichtet wird, die in Irland gelandet sei? Ist es ein weiterer Zufall, dass sich nach der Volkslegende Jeremiahs Gruft' seit undenklicher Zeit auf der Insel Deven im schönen See Lough Erne befindet? Ist es - nach der Heirat [Tamar Tephis] mit einem irischen Prinzen - ein Zufall, dass die Hauptstadt von Irland sofort danach an einen neuen Ort verlegt wurde und dass dieser Ort Tara genannt wurde, Stadt des Gesetzes (Torah)? Was allein zweifelhaft ist, ist der Ort und die Bedeutung des Steins und der Harfe, die sie mit sich brachten. Beide sind bis heute undurchschaubar mit der britischen königlichen Familie verkettet.“⁶

Es mag scheinen, dass derartige Aufladungen, die der *Stone of Scone* (Jacob's Pillow, Lia Fail, Stone of Destiny) noch heute zu bewegen vermag, Randphänomene darstellen. Dies ist jedoch nicht der Fall: Am Tag, als der Autor des vorangegangenen Texts im Juli 1996 seine kunstvolle Deduktion ins Web einstellte, hatte der britische Premierminister John Major soeben vor dem Unterhaus angekündigt, dass der Krönungsstein an Schottland zurückgegeben werden würde. Der Oppositionsführer Tony Blair begrüßte die Entscheidung, denn sie zeige, „wie wir die Einheit des Vereinigten Königreichs feiern können,

und zugleich glauben, dass wir unterschiedliche und stolze Nationen mit unterschiedlichen Traditionen, Geschichtsverläufen und Kulturen sind.“⁷

Dass die Rückgabe im Jahr 1996 im Zusammenhang des Versuchs Londons stand, der schottischen Unabhängigkeitsbewegung Wind aus den Segeln zu nehmen, wurde von schottischen Nationalisten sofort erkannt. Sie antworteten mit der These, der Stein sei ohnehin nicht echt⁸, womit sie auf ein Ereignis des Jahres 1950 anspielten: Am Weihnachtsabend 1950 hatten vermutlich vier junge schottische Aktivisten den *Stone of Scone* aus der Westminster Abtei in London geraubt, um zu verhindern, dass sich die britische Monarchie weiterhin 'rechtmäßig' fortsetzen könne. Der Stein wurde - nach offizieller Lesart - am 11.4.1951 im Ort Abroath Abbey in der schottischen Grafschaft Angus wiederaufgefunden und in die Westminster Abtei zurückgebracht, womit die Krönung von Elisabeth II im Jahr 1953 gesichert war.

Die These der schottischen Nationalisten, bei dem in Abroath Abbey gefundenen Stein habe es sich um eine gut gemachte Fälschung gehandelt,⁹ beantwortete der britische Staatssekretär für Schottland in London, Michael Forsyth, mit der Ankündigung, man werde noch vor der Überführung des Steins nach Edinburgh Castle „geheime Akten über Versuche“ veröffentlichen, „die durchgeführt wurden, als der Stein vor der Krönung Elisabeth II zurückgebracht wurde“. Sie zeigten, dass „sich der authentische Stein in Westminster befindet.“¹⁰

Am 15.11.1996 berichtete schließlich der CNN-Korrespondent Richard Blystone live aus Edinburgh und schilderte die Überführung des Stein: „Er kehrte mit Triumph heim, zu den klagenden Klängen der Dudelsäcke, als er sich in einem geschlossenen Land Rover und streng bewacht über die Coldstream-Brücke bewegte. Das ist der Weg, auf dem König Edward I den 'Stein des Schicksals' im Jahr 1296 wegschaffte.“ Blystone würzte seine Reportage allerdings mit einer weiteren Spitze der Schotten gegen die Engländer: „Nach der Legende ist der Stein ohnehin eine Fälschung, weil die schlaun Schotten den wirklichen Stein versteckten, als sie König Edward kommen sahen.“¹¹ Für die Iren und ihre Tourismusindustrie wiederum gilt als ausgemacht, dass der Stein aus Tara nie weggebracht wurde und sich noch heute dort befindet. Dennoch lobte der irische *Ske-tis Heritage Trust* kurz nach der Überführung des Steins nach Edinburgh eine Belohnung von nicht weniger als £250,000 aus für den, der den Stein den Schotten raube und nach Irland zurückführe. Man warnte die möglichen Aspiranten allerdings,

6 Original in Englisch. Der Auszug ist entnommen aus der voluminösen Website: <http://www.biblemysteries.com/library/coronation/> [nicht mehr online]. Der namentlich nicht genannte Autor geht sogar so weit, das Datum, zu dem er den Text ins Web einstellte, nach dem jüdischen Kalender zu benennen: Es war der 17 Tammuz 5756.

7 Original in Englisch: *England to return storied stone to Scotland - after 700 years. The Stone of Scone is a symbol of power at the coronation of English and British kings* (1.7.1996) In: *The Orange County Register* (Irvine CA) [nicht mehr online].

8 Ebd.

9 Ein Autor, der sich als Insider bezeichnet, schildert unter der Internet-Adresse <http://members.tripod.co.uk/JAHMP/stone.htm> [nicht mehr online] alle Einzelheiten des Raubs und sucht zu belegen, wie der ‚wirkliche‘ Stein dem Zugriff der Engländer entzogen wurde. Er nennt sogar den Namen einer Person, die die Fälschung hergestellt haben soll.

10 *England to return storied stone to Scotland - after 700 years* In: *The Orange County Register* (Irvine CA).

11 Original in Englisch: Richard Blystone (15.11.1996) *Scotland's 'Stone of Scone' finds its way home*. In: CNN interactive [= <http://www.cnn.com/WORLD/9611/15/stone.of.scone/>] [immer noch online].

dabei öffentliche Verkehrswege und Fahren zu benutzen, da diese mit Kameras überwacht würden ...¹²

Wertet man die eben geschilderte, vermeintlich abgelegene und obskure Geschichte des 'Krönungssteins' diskursanalytisch und kollektivsymbolisch, so wird evident, dass in dieser Geschichte, aber vor allem auch in den Motivationen, die sie offenbar bis heute zu aktivieren vermag, das Judentum als ein 'Erbe' vorausgesetzt wird, als ein 'Besitz', um den sich die Nachkommen zanken. Die jüdische Religion selbst und ihre Anhänger firmieren darin als 'tot', als von der Thronfolge ausgeschlossene 'Nebenlinie', in der genealogisch-aristokratischen Abfolge von Generationen in einem 'Geschlecht'. Man wird im Streit um den 'Krönungsstein' daher keine antisemitischen Zungenschläge entdecken - die kategoriale Ausgrenzungsentscheidung ist in das genealogische Kollektivsymbol verlegt worden, nach dessen 'Programm' ein Geschlecht abtritt, weil - aus welchen Gründen auch immer - 'seine Zeit abgelaufen' ist und es daher nur fair ist, dass neue Geschlechter an seine Stelle treten, wobei sie selbstverständlich das 'Erbe' verteidigen. [...]

DIE ÖLUNG DER ENGLISCHEN MONARCHEN

Die Streitigkeiten um den 'Krönungsstein' in Westminster Abbey sind jedoch nicht das einzige Indiz, dass das genealogische Prinzip der jüdischen *Genesis* seit langem Bestandteil des englischen Gründungsmythos ist. Das zweite Indiz mit vielleicht noch größerem Gewicht findet sich in der englischen Krönungszeremonie selbst, die vor allem in ihren liturgischen Abläufen seit dem 12. Jahrhundert weitgehend unverändert geblieben ist. Entscheidend ist hier der Höhepunkt der Zeremonie, die 'Ölung' des Monarchen (*Anointing*).

Auch wenn die Praxis der 'Ölung' in vielen Weltregionen verbreitet ist, ist doch im Fall der englischen Krönungszeremonie der Bezug zur hebräischen Frühgeschichte besonders evident,

in der die Ölung¹³ (oder: Salbung) den Königen (Saul, David, Salomo) vorbehalten war. Mit dem Verlöschen der jüdischen Großreiche wurde der Begriff *Gesalbter* aber auch metaphorisch gebräuchlich, etwa zur Bezeichnung von Propheten und Hohen Priestern. Der Begriff ist andererseits eng verknüpft mit der jüdischen Erwartung eines weltlichen Herrschers, eines Königs, der das Volk Israel wieder zusammenführt - als König wird er ein 'Geölter', hebräisch ein *meshiach* (Messias), sein. Die griechische Übersetzung gab den Begriff als *christos* wieder, einer Bezeichnung, aus der das Christentum seine Identität herleitet.

Interessanter Weise ist nun in der Liturgie der englischen Krönung während der 'Ölung' (*Anointing*) des Monarchen *nicht* von Christus die Rede, sondern von der Ölung Salomos durch Zadok, den Priester, und Nathan, den Propheten: Es ist die Bibelstelle *Kön. I 39, 40*, die rezitiert wird und die auch in der britischen Nationalhymne ein Echo findet: „Zadok the Priest and Nathan the Prophet anointed Solomon King, and all the people rejoiced and said, God save the King. Long live the King. May the King live forever. Amen. Hallelujah!“¹⁴ Bereits während der Ölung des britischen Monarchen auf Hände, Brust und Kopf wird die hebräische Kontinuität hergestellt: „as kings, priests, and prophets were anointed“. Unmittelbar nach der Ölung wird die Bibelstelle *Kön. I 29, 30* erneut gesprochen, wobei die Analogie zwischen dem neuen Monarchen und Salomo noch einmal besonders machtvoll hervorgehoben wird¹⁵:

„And as Solomon was anointed king by Zadok the priest and Nathan the prophet, so be thou anointed, blessed, and consecrated Queen / King over the Peoples, whom the Lord thy God hath given thee to rule and govern, In the name of the Father, and of the Son, and of the Holy Ghost. Amen.“¹⁶

**Jobst Paul ist Mitarbeiter am DISS mit den Themenschwerpunkten
Diskurs-, Rassismus- und Antisemitismusforschung**

12 Darüber wiederum berichtet *The Scottish Peoples Mission* auf ihrer Website http://www.pictphd.demon.co.uk/spm/news_09.htm, [nicht mehr online] offenbar um ihre Klientel auf bevorstehende Versuche vorzubereiten, den Stein von Schottland nach Irland zu entführen.

13 Vgl. zu den folgenden Details: *Sacred Kingship* (Art.) In: *Encyclopaedia Britannica. Macropaedia*: Bd.16 (*Encyclopaedia Britannica Inc.*) Chicago etc. 1977, 121.

14 Dies verweist wiederum auf Händel und seine Tätigkeit am englischen Hof: Der *Messias* (Messiah) wurde unter der Leitung Händels am 13. April 1742 in Dublin uraufgeführt. Der *Hallelujah*-Chor spielte offenbar auf die Krönungs-Liturgie an, denn die Zuhörer, darunter der englische König, erhoben sich während des *Hallelujah*-Chors. Daraus entstand die bleibende Tradition, sich während Händels *Hallelujah*-Chor zu erheben. Das Werk wurde im darauf folgenden Jahr in überarbeiteter Fassung in London aufgeführt.

15 Eine Sammlung aller liturgischer Texte der Anglikanischen Kirche Englands, Irlands, Schottlands und Wales, darunter der Krönungsliturgie von Königin Elisabeth II aus dem Juni 1953, findet sich unter <http://www.oremus.org>. Der offizielle Titel der Krönungsliturgie von Elisabeth II lautet: *The Form and Order of Service that is to be performed and the Ceremonies that are to be observed in The Coronation of Her Majesty Queen Elizabeth II in the Abbey Church of St. Peter, Westminster, on Tuesday, the second day of June, 1953*. [<https://www.oremus.org/liturgy/coronation/1953/>] Vgl. auch die offizielle Site der britischen Regierung zum traditionsgemäßen Verfahren der Krönung seit dem Jahr 1066: <http://www.royal.gov.uk/acs/coron.htm> [nicht mehr online] An dieser Stelle darf erwähnt werden, dass der frühere US-Präsident Reagan die Vereinigten Staaten als „anointed land“ bezeichnete (vgl. *Newsweek*, 27.12.1982, 44).

16 [Doch nicht nur das Zeremoniell der Ölung, sondern auch die Beschneidung der männlichen englischen Thronfolger (darunter von Charles selbst und seiner Söhne William und Harry) durch den jeweiligen Mohel der Londoner jüdischen Gemeinde verweist auf die ‚jüdische‘ Selbstinszenierung der englischen Monarchie. Zwar demonstrierte der neue englische König seinen hohen Respekt vor dem britischen Oberrabbiner Sir Ephraim Mirvis, indem er die aktuelle Krönungszeremonie an die Regeln des Schabbat anpasste, um die Teilnahme des Oberrabbiners zu ermöglichen. Dennoch blieb es bei der Inszenierung einer ‚dienenden‘ Rolle des Judentums gegenüber der christlich-anglikanischen Monarchie. Vgl. Charles III. – Krönung oder Weihe? Ein Blick auf die Liturgie. In: *Katholisch* vom 6.5.2023. Einsehbar unter: <https://www.katholisch.de/artikel/44908-charles-iii-kroenung-oder-weihe-ein-blick-auf-die-liturgie>; sowie: Anonym, Harry enthüllt pikante Penis-Details in seiner Biografie. *Focus* vom 7.1.2023. Einsehbar unter: https://www.focus.de/kultur/royals/prinz-harry-bei-williams-hochzeit-erfrierungen-an-pikanten-stellen_id_182341904.html. – Nachtrag JP vom 25.5.2023.]



DEN STAAT AUS DER GESELLSCHAFT DENKEN. EIN KRITISCHER ANSATZ DER POLITISCHEN BILDUNG

Leseempfehlung von Helmut Kellershohn

Der Autor, *Sascha Regier*, arbeitet als Lehrer an einem Kölner Gymnasium. In seinem jüngst erschienenen Buch, seiner Dissertation, versucht er die blinden Flecken und ideologischen Voraussetzungen der dominierenden schulischen politischen Bildung herauszuarbeiten. Das Buch geht der Frage nach, wie die (schulische) politische Bildung angemessen auf die gegenwärtige Vielfachkrise reagieren kann und arbeitet heraus, dass die gegenwärtig dominierende schulische politische Bildung macht- und herrschaftsblind ist und den gegenwärtigen Krisen nichts entgegenstellen kann, diese aufgrund ihrer Fokussierung auf die Affirmation der bestehenden gesellschaftlichen und politischen Ordnung gar befeuert.

Das Buch begründet einen materialistischen Ansatz der Politischen Bildung, der sich auf staats- und kapitalismuskritische Theorien bezieht und gegen die in der schulischen Politischen Bildung weiterhin hegemonialen Ansätze gerichtet ist. Diese vermitteln den Staat als Institution des Gemeinwohls und Regulationsinstanz gesellschaftlicher Konflikte und zielen damit affirmativ auf die Stabilisierung der bestehenden staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung ab. Die von Regier ausgearbeitete staatskritische Position zur Politischen Bildung, die er als „Soziopolitische Bildung“ bezeichnet, versucht hingegen das Politische wieder in den Bereich der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zurückholen und dabei auch Transformationsprozesse von Staatlichkeit begreifbar zu machen.

Sascha Regier: Den Staat aus der Gesellschaft denken. Ein kritischer Ansatz der Politischen Bildung.
Bielefeld: transcript Verlag 2023
402 Seiten, 44 Euro
ISBN: 978-3-8376-6437-9

Auf der Seite des transcript-Verlages ist das Buch als pdf frei zugänglich: <https://www.transcript-verlag.de/978-3-8376-6437-9/den-staat-aus-der-gesellschaft-denken/>

ABGRÜNDE DEUTSCHER KOLONIALPOLITIK. EIN ANTIKOLONIALISTISCHER COMIC

Leseempfehlung von Helmut Kellershohn

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA) hat mit freundlicher Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) einen Comic herausgebracht, der sich mit dem Wirken von drei deutschen Kolonialgründern (Gustav Nachtigall, Adolf Lüderitz, Carl Peters) befasst. Die Autorin und Gestalterin Hannah Bremer beleuchtet das Denken und Handeln dieser drei Protagonisten des deutschen Kolonialismus in Deutsch-Westafrika (Namibia), Deutsch-Ostafrika (Tansania) sowie Kamerun/Togo und veranschaulicht an deren Beispiel, wie „Ausbeutung, Unterdrückung und Ermordung vieler Menschen“ (Vorwort) deutsche Kolonialgeschichte geprägt haben. Der Comic ist insbesondere für junge Menschen zu empfehlen. Ein Glossar und Hinweise auf Videos und Literatur runden das Heft ab.

Hannah Bremer: Die Drei, die als Koloniegründer bekannt sind, aber nicht dafür gefeiert werden sollten, hrsg. vom Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA), Düsseldorf o.J., 49 Seiten

Bestellungen unter www.IDAeV.de/publikationen/reader oder kostenloser Download als PDF

KLASSISMUS UND RASSISMUS

Leseempfehlung von Helmut Kellershohn

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA) legt einen neuen Reader vor, der sich dem Vermittlungszusammenhang von Klassismus und Rassismus widmet. Die HerausgeberInnen Sebastian Seng, Dyana Rezene und Ansgar Drücker beschreiben im Vorwort die Intention des Readers: „Die Zugehörigkeit zu einer Klasse und damit verbundene Prozesse der Anerkennung und Abwertung prägen Menschen von Geburt an. Sie beeinflussen, wie gesund wir aufwachsen, wie wir sprechen, was wir essen, wie wir uns kleiden, welche Musik wir hören und welche Chancen wir im Leben erhalten und welche nicht. Gleichzeitig führt Rassismus dazu, dass Menschen z. B. Zugänge zu sinnvoller Lohnarbeit und Wohnraum verwehrt oder erschwert werden oder kulturelles Wissen abgewertet und unsichtbar gemacht wird. Klassismus und Rassismus sind also aufs engste miteinander verzahnt. [...] Der Reader legt einen Fokus darauf, wie sich die historische Verflechtung von Klassismus und Rassismus heutzutage auswirkt. Daneben untersuchen die Autor:innen das Zusammenwirken von Klassismus und Rassismus u. a. im Bereich der Obdachlosigkeit, des Schulsystems und in der Arbeitswelt. Ebenso wird thematisiert, wie die extreme Rechte Klassismus für sich nutzt und ob formale Bildung tatsächlich einen Einfluss auf rechtsextreme Einstellungen ausübt.“ – Der Reader ist als Einführungslektüre in den Gegenstandsbereich sehr zu empfehlen.

Sebastian Seng/Dyana Rezene/Ansgar Drücker (Hg.): Klassismus und Rassismus: Dimensionen einer vielschichtigen Intersektion. Düsseldorf 2022, 128 Seiten

Bestellungen unter www.IDAeV.de/publikationen/reader oder kostenloser Download als PDF

WEDREI
DIE ALS KOLONIEGRÜNDER
BEKANNT SIND ABER NICHT
DAFÜR GEFEIERT WERDEN SOLLTEN



IDA
Informations- und
Dokumentationszentrum
für Antirassismusbearbeitung e.V.

Reader für
MultiplikatorInnen
in der Jugend- und
Bildungsarbeit

KULTURREVOLUTION. ZEITSCHRIFT FÜR ANGEWANDTE DISKURSTHEORIE NR. 83

Leseempfehlung von Benno Nothardt



Die kultuRRévolution ist seit dem Bestehen des DISS unsere wichtigste Begleiterin für die Kritische Diskursanalyse. Dort wurden im Rahmen der Interdiskurstheorie wesentliche Theorien entwickelt, die in unserer Werkzeugkiste ihren festen Platz gefunden haben, wie die Kollektivsymboltheorie und die Normalismustheorie. Von neueren Überlegungen, wie denen zu Antagonismen und transnormalistischen Alternativen, versprechen wir uns weiteren Gewinn.

Im November 2022 wartet die *kRR* zum 40-jährigen Jubiläum mit einem aufregenden Fundstück auf: Ulrich Brieler hat ein halb vergessenes Interview mit Michel Foucault ausgegraben und erstmalig in deutsche Sprache übersetzt. Vier Militante der Ligue Communiste Révolutionnaire diskutierten 1977 mit Foucault über seine Theorie und deren Verhältnis zu Karl Marx, Sigmund Freud und Jacques Lacan sowie über politische Kämpfe und die Bedeutung des Intellektuellen in diesen. Foucault erklärt hier, dass er kein Historiker sei und ihn die Archäologie eines Problems nicht wegen der Vergangenheit interessiert, sondern um ein aktuelles politisches Problem zu verstehen und „die strategisch bedeutsamen und taktisch nützlichen Punkte ausfindig“ zu machen (S. 48). Außerdem diskutiert er, wieso er Repression zwar keinesfalls bestreitet, aber den Blick auf die positive Seite der Macht lenken möchte. Dabei will er Macht nicht quantitativ fassen, wie einen „Kuchen“ (S. 58), um den man kämpfen kann, um ihn mehr oder weniger fair aufzuteilen, sondern als etwas relationales und als komplexe

Gesamtheit der existierenden Kräfteverhältnisse“ (S. 52). Ihn interessiert also das Netz der vielfältigen Beziehungen von Macht und Widerstand in ihrem Wechselspiel, das durchaus auch produktiv sein kann. Erst so kann man nach Foucault beispielsweise das Funktionieren der Macht-Verhältnisse um Sexualität oder den Klassenkampf verstehen. In Bezug auf Marx sagt er, dass auch dieser den Klassenkampf nicht auf ein Ringen um Macht reduziert habe, wie häufig angenommen wird, sondern „sehr wohl die Analyse der Macht ins Innere dessen verlagert hat, was fundamental der Klassenkampf ist“ (S. 53). In diesem Sinne fordert er: „Wir müssen uns die Texte von Marx neu aneignen [...]“ (ebd.).

Damit sind nur zwei der vielen spannenden Debatten innerhalb des Interviews angesprochen. Der anschließend in der *kRR* abgedruckte Kommentar von Ulrich Brieler bietet darüber hinaus eine Einordnung des Interviews in das Werk von Foucault. Unter anderem erörtert er dessen Versuch, das „marxistische[] Dispositiv[] für eine historische Analyse der Gegenwart“ (S. 63) nutzbar zu machen, sowie sein Verhältnis zu „politischen, ökonomischen und Existenzkämpfen“ (S. 53), zur Psychoanalyse und zu revolutionären Bewegungen und Utopien.

Aber die *kRR* bietet im Novemberheft 2022 zu ihrem runden Geburtstag noch viel mehr. Schwerpunktthema ist die „ZeitenWende“, die aus verschiedenen Blickwinkeln analysiert wird, auch mit einem Update zum Kollektivsymbolsystem einschließlich einer übersichtlichen Einführung in die Kollektivsymbolik insgesamt, die in 40 Jahren *kRR* als Dauerbrenner entwickelt wurde.

Wer die *kRR* noch nicht abonniert, der möge das Jubiläum durch ein Abo feiern. Und wer schon abonniert, kann auf ein Bundle (Print + Digital) umsatteln oder eine Geburtstagsspende an die *kRR* schicken (IBAN DE76 4306 0129 0200 0549 00).

kultuRRévolution, Nr. 83 (Nov. 2022). K-West Verlag.

www.zeitschrift-kulturrevolution.de

Einzelheft 12 €, Abo pro Jahr: Print 19,90 €, Digital 14 €, Digital + Print 29 €



EINEN WESTEN HAT ES NIE GEGEBEN & FRAGMENTE EINER ANARCHISTISCHEN ANTHROPOLOGIE

Leseempfehlung von Christian Sydow

Im 2022 erschienen Doppelband nutzt David Graeber die in *Fragmente einer anarchistischen Anthropologie* gewonnen Erkenntnisse, um im anschließenden zweiten Teil *Einen Westen hat es nie gegeben* die vorherrschenden Perspektive von Demokratie als westliches Phänomen zu dekonstruieren.

„Basically, if you're not an utopianist, you're a schmuck.“
(Jonathon Feldmann Indigenous Planning Times)



Mit diesen Worten leitet Graeber seinen Beitrag zu den Grundsätzen einer „nichtexistierenden Wissenschaft“, ein. Nach einer gelungenen Einführung in den Anarchismus, setzt er diesen ins Verhältnis zur Entstehung und Durchsetzung von Utopien und Ideologien. Indem Graeber diese auf der theoretischen Ebene verortet, stellt er ihnen den Anarchismus als eine „Ethik der Praxis“ gegenüber, die durch kontinuierliche Reflektion aus machtkritischer Perspektive gewährleistet, dass aus Utopien keine Dystopien werden. Geneigte Leser*innen werden von Graeber zu einem

Perspektivwechsel eingeladen, revolutionäres Handeln innerhalb vergangener, bestehender und zukünftiger Strukturen als machbare Alternative zu einer abrupten Gesamtevolution zu betrachten.

„[...] Die Demokratie erwächst aus den Zwischenräumen“ lautet die sehr treffende Unterüberschrift zu *Einen Westen hat es nie gegeben*, Graebers Beitrag zur Wahrnehmung der Demokratie als Errungenschaft des Westens. Davon ausgehend, dass „Anarchismus und Demokratie weitgehend identisch sind – bzw. sein sollten“ führt er fünf Aspekten an.

Bei der sog. westlichen Tradition handelt es sich vor allem um eine intellektuelle Tradition, welche zur Aneignung intellektueller Errungenschaften neigt. Vielfältige, nicht-westliche Formen egalitärer Entscheidungsfindung zeigen, dass Demokratie keine Erfindung ist, schon gar keine westliche. Das „demokratische Ideal“ ist lediglich ein Instrument zur Legitimation von Herrschaft, d.h. der unmöglichen „[...] Verbindung demokratischer [...] Praktiken mit staatlichen Zwangsmechanismen [...]“, durch die lediglich wenige demokratische Elemente verbleiben. Dementsprechend handelt es sich beim (Wieder-)Erstarken von Partizipationsformen nicht um eine Krise der Demokratie, sondern vielmehr um eine Krise des Staates.

David Graeber: *Fragmente einer anarchistischen Anthropologie & Einen Westen hat es nie gegeben*.
Münster: Unrast-Verlag, 2022
204 Seiten, 16 Euro

SOLIDARISCHE PRAXIS IN ALLIANZ MIT DER NATUR. MARX' DIALEKTISCHE PRAXISPHILOSOPHIE FÜR DAS 21. JAHRHUNDERT

Leseempfehlung von Wolfgang Kastrup

In diesem Buch von Wolfdietrich Schmied-Kowarzik, bis zu seiner Emeritierung Professor für Philosophie an der Universität Kassel, geht es darum, in kritischer Auseinandersetzung mit Hegel die dialektische Kernstruktur und das emanzipative Anliegen der Praxisphilosophie von Karl Marx wiederzuentdecken, die für die Bewältigung der Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise nach wie vor entscheidend sind. Wenn Marx von einer dialektischen „Aufhebung“ und „Verwirklichung“ der Philosophie in einen „praktischen Materialismus“ spricht, will Schmied-Kowarzik in seinem Buch „diesen Gedanken der Aufhebung und Verwirklichung der Philosophie von Marx als das Kernstück seiner praxisphilosophischen Dialektik herausarbeiten“ (8).

Dabei wendet er sich gegen neue Marx-Deutungen, die dem Hauptwerk von Karl Marx *Das Kapital* „alle humanistischen Ambitionen absprechen“ und zu einer „bloßen sozial-ökonomischen Wissenschaft“ umdeuteten (9). Der dazu von Louis Althusser erklärte Bruch zwischen den Frühschriften und dem Spätwerk von Marx wird von dem Autor in argumentativer Klarheit entschieden bestritten. Schmied-Kowarzik arbeitet sehr stringent die Grundelemente der Marxschen Philosophie heraus, als da sind die „eingreifende Kritik“, die „menschliche Emanzipation“, die „geschichtsmaterialistische Dialektik“, das Kapital als „negative Logik“ und die „Quellen des Reichtums“, die sich aus Arbeit und Natur ergeben. Die daraus folgenden Handlungsperspektiven werden von dem Autor skizziert. Nur so kann für ihn die negative Dialektik der *Kritik der politischen Ökonomie* richtig verstanden und die Praxisphilosophie von Marx als aktuelle Herausforderung für das 21. Jahrhundert erkannt werden.

Ein äußerst aufschlussreiches Buch von Schmied-Kowarzik, dass aber einige Kenntnisse von Hegel und Marx voraussetzt.

Schmied-Kowarzik, Wolfdietrich 2022: *Solidarische Praxis in Allianz mit der Natur. Marx' dialektische Praxisphilosophie für das 21. Jahrhundert*, Münster, Verlag Westfälisches Dampfboot, ISBN 978-3-89691-081-3
205 Seiten, 25 Euro,



„Ich überlege, mein Bauch entscheidet“

HEINRICH STRUNK – NACHLASSAUSSTELLUNG

Veranstaltungsempfehlung von Margarete Jäger und Benno Nothardt

Wer das DISS kennt, kennt den 1949 geborenen Künstler Heinrich Strunk, denn ihm verdanken wir unser Logo und die Gestaltung von Buchcovern aus den 1990-Jahren. Auch der stilisierte Fink, der die Duisburger Studierendenkneipe Finkenkrug bis heute ziert, stammt aus seiner Hand.



Alle sind wie jeder
Du bist wie keiner

Kalender gegen Rassismus, © 1994 DISS

Heinrich war Mitte der 1990er-Jahre zwei Jahre Mitarbeiter des DISS und hat uns einen immerwährenden, antirassistischen Kalender hinterlassen. Dieser spielt mit dem changierenden Verhältnis von Individualität und allgemeinem menschlicher Solidarität. Dazu kombiniert er verfremdete, vielfältige und ausdrucksstarke gemalte Portraits mit immer neuen Variationen des Mottos „Du bist wie keiner. Alle sind wie jeder“. Restexemplare können noch heute im DISS und der Buchhandlung Weltbühne erworben werden.

2016 verstarb Heinrich. Jetzt zeigt die *cubus kunsthalle* in Duisburg seinen Nachlass. Die Ausstellung zeigt, wie vielfältig, kritisch und humorvoll er war. Zwischen den Ausstellungsstücke sind Fotografien des Duisburger Fotografen Gernot Schwarz platziert, die mit künstlerischem Blick Ausschnitte aus Heinrich Strunks ehemaligem Atelier zeigen.

In der Ausstellung können Bilder zu Preisen zwischen 5 und 100 € erworben werden.

cubus kunsthalle
Friedrich-Wilhelm-Straße 64 in Duisburg.
nur noch bis Sonntag, 11.6.2023
Mi–So, 14–16 Uhr, Eintritt frei



Gemälde, undatiert

Erst stirbt das Recht, dann der Mensch 30 JAHRE NACH GRUNDGESETZÄNDERUNG & SOLINGEN

Von Heiko Kauffmann, Mai 2023

Am 26. Mai 1993 beschneidet der Bundestag das Asylrecht im Grundgesetz. Nur drei Tage später brennt in Solingen das Haus von Familie Genç. Beide Ereignisse können nicht unabhängig voneinander betrachtet werden.

Nur wenige Ereignisse in der jüngeren Geschichte unseres Landes haben Gesellschaft und Politik so aufgewühlt und tief gespalten. Wenn auch heute noch nach Gründen und Erklärungen für das Entstehen der AfD, für die Verbreitung von rassistischem und rechtsextremistischem Gedankengut und für das Versagen der Politik und der deutschen Behörden im Zusammenhang mit der Aufklärung der NSU-Mordserie sowie rechter Gewalt in Halle, Hanau und anderenorts gesucht wird, dann müssen diese Daten, der 26. Mai 1993 mit der Zerstörung des Asyl-Grundrechts und der 29. Mai 1993 mit den fünf Toten und 14 Verletzten des Solinger Anschlags in eine objektive Aufarbeitung und ehrliche Analyse mit einbezogen werden. Lange vor diesen Ereignissen hatte PRO ASYL vor dem »Buhlen um rechts« und der Gefahr gewarnt, dass die Änderung

beim Grundrecht auf Asyl in der rechten Szene als »Signal für eine ethnische Säuberung Deutschlands« nach dem Slogan »Deutschland den Deutschen« begrüßt und verstanden werden würde.

HETZE FÜHRT ZU GEWALT

Längst hatte die Mehrheit der 1993 noch großen Volksparteien CDU und SPD – spätestens nach der Einigung auf den fatalen »Asylkompromiss« vom Dezember 1992 – dem permanenten Trommelfeuer politischer und medialer Stimmungsmache gegen Flüchtlinge nachgegeben. Selten wird der Zusammenhang zwischen institutionellem Rassismus und individueller Gewaltanwendung aber so deutlich wie beim Mord- und Brandanschlag in Solingen; kaum ein Ereignis zeigt auf, wie dünn der Firnis der Zivilisation – zwischen Rechtsstaatlichkeit und Barbarei – noch immer ist: dann nämlich, wenn universell gültige Menschenrechte für eine bestimmte Gruppe von Menschen in einer Gesellschaft geschwächt oder außer Kraft gesetzt werden.



Seit der Gründung von PRO ASYL hatten wir uns mit Flüchtlingsräten und -initiativen, mit Kirchen, Gewerkschaften, Menschenrechtsorganisationen und großen Teilen der Zivilgesellschaft für die Rechte von Flüchtlingen und den Erhalt des unversehrten Grundrechts auf Asyl in Art. 16 GG und gegen das Einpeitschen und die Hetze rechter Medien und Politiker*innen sowie gegen den zunehmenden Rassismus in der Gesellschaft eingesetzt. Welch' langen Weg wir noch vor uns haben würden, wurde uns unmittelbar nach dem 26. Mai, diesem aufwühlenden Tag der Zerstörung des Asyl-Grundrechts in Bonn, an dem wir noch Grundgesetz-Fibeln und -Flyer zu Tausenden auf der Demonstration verteilt hatten, schmerzhaft bewusst.

NACH DEM BESCHLUSS: ESKALATION STATT BERUHIGUNG

Auch nach dem verhängnisvollen Beschluss des Bundestages: kein Ende der Hetze, kein Ende der Gewalt, keine »Beruhigung« der Lage, wie von der Politik versprochen, stattdessen: die Eskalation des Terrors. Nur drei Tage nach dem Bonner Beschluss im nahegelegenen Solingen.

Mit der Instrumentalisierung des Asylrechts zulasten von Flüchtlingen und der Zerschlagung des Art. 16 GG sandte die Politik ein fatales Signal an die rechte Szene aus. Der Zusammenhang zwischen medialer Mobilisierung, politischen Entscheidungen und rechtsradikaler Gewalt wurde (und wird auch heute noch) immer weitgehend verdrängt oder beschönigt. Dabei machen der Diskurs und die erbitterte Auseinandersetzung um den Erhalt bzw. die Abschaffung des Asyl-Grundrechts die lange Traditionslinie und Kontinuität politischer und medialer Hetze und Rhetorik, die den Nährboden für Rassismus bilden können deutlich.

»Das eben ist der Fluch der bösen Tat, dass sie, fortzeugend, immer Böses muss gebären.« (Friedrich Schiller)

Deshalb ist – nicht nur im Hinblick auf Solingen, Mölln, Rostock-Lichtenhagen, Hoyerswerda, sondern auch im Hinblick auf die NSU-Morde oder die Taten von Halle und Hanau nicht nur nach individuellen Gründen und Ursachen von Gewalt und Verantwortung zu fragen, sondern immer auch nach den staatlichen Anteilen daran. Diese politische Verantwortung an der Entstehung und Verbreitung von Rassismus und Gewalt in der Gesellschaft ist weder politisch noch juristisch aufgearbei-

tet und wird auch heute noch von der Politik weitgehend ausgeblendet.

Kein Satz bringt diesen Zusammenhang klarer und unmittelbarer zum Ausdruck als die Worte, die ich am Pfingstmontag 1993 auf dem Weg zum Haus der Familie Genç an der Unteren Wernerstraße in Solingen entlang einer Mauer aufgesprüht fand und die sich – mit dem Brandgeruch und dem Bild der Ruine des Hauses der Familie – für immer in mein Gedächtnis eingebrannt haben: ERST STIRBT DAS RECHT - DANN DER MENSCH!

DIE EREIGNISSE AUS DEM MAI 1993 ALS STÄNDIGE MAHNUNG

Die Folgen der Politik institutioneller Feindseligkeit und Ausgrenzung von Geflüchteten wirken bis heute nach. Wir finden sie nicht nur in verbrecherischen Morden und Anschlägen und in Diskriminierungen und alltäglichen Rassismus-Erfahrungen von Geflüchteten: Die Folgen dieser aktiv betriebenen und geduldeten Herabsetzung von Menschen zeigen sich ebenso in der permanenten »Auslagerung« und Abschiebung von Flüchtlingen oder im Verdrängen und der beschämenden, demaskierenden Gleichgültigkeit und Tatenlosigkeit gegenüber dem tausendfachen Leiden und Sterben von Menschen im Mittelmeer und an den Außengrenzen Europas.

Auch die seit Jahrzehnten national und auf europäischer Ebene vorangetriebenen Pläne, Beschlüsse und Praktiken der Auslagerung des Flüchtlingsschutzes vor die Tore Europas – wie jüngst Faesers skandalöser Vorstoß – liegen in der Kontinuität dieser rassistisch unterfütterten Politik.

Die Entscheidung des Bundestages vom 26. Mai 1993 und drei Tage später, an Pfingsten 1993, der Mord- und Brandanschlag von Solingen, wirken bis heute nach: als Menetekel, »Zeichen an der Wand« und ständige Mahnung. Menschenrechte und Menschenwürde gelten für alle!

Die Zivilgesellschaft ist heute stärker denn je gefordert, gegen Rassismus, gegen alle prä-faschistischen Tendenzen einzuschreiten und sich mit aller Kraft für eine offene, freie und solidarische Gesellschaft einzusetzen. Menschenrechte und Humanität sind unteilbar und nicht verhandelbar.

Heiko Kauffmann war Mitgründer und viele Jahre lang Sprecher von PRO ASYL.



(Übersetzung untere Zeile:) „Lasst uns Deutschland stoppen, es reicht! Lege es in sein Grab, es ist schlimmer als Hitler!“

Aus dem Institut



DISS-JOURNAL SONDERAUSGABE #6 (2023)

Konzepte der Neuen Rechten zu Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik

Von Helmut Kellershohn, Andrea Becker,
Laura Schlöter, Martin Dietzsch

Die Sonderausgabe resümiert Ergebnisse eines Projektes, das 2022–2023 am DISS durchgeführt wurde. Es wurde vom Ministerium für Kultur und Wissenschaft NRW gefördert und war in die Wissenschafts- und Praxiscommunity des Netzwerks CoRE-NRW eingebunden.

Dieses Heft gibt es nur online:

www.diss-duisburg.de/wp-content/uploads/2023/04/DISS-Journal-Sonderausgabe-6.pdf

HELMUT KELLERSHOHN IM GESPRÄCH

Bei der Demonstration für den Frieden, zu der Alice Schwarzer und Sahra Wagenknecht aufgerufen hatten, waren rechte Akteure mit dabei und haben den Aufruf mitunterzeichnet. Aus diesem Anlass interviewte Radio Corax Halle Helmut Kellershohn, der antwortet: „Eine Querfront existiert (noch) nicht“.
radiocorax.de/eine-querfront-existiert-noch-nicht

INTERNATIONALE WOCHEN GEGEN RASSISMUS: STAND UND WORKSHOP

Am 25. März präsentierten wir uns mit einem Stand auf der Königsstraße. Wenn eine Sturmwarnung uns nicht am Mittag nach Hause gefegt hätte, hätten wir voller Enthusiasmus noch lange weiterdiskutiert und Bücher verkauft.

Am 1. April lud der AK Migration dann ins DISS zum Antirassistischen Brunch und Workshop mit dem Titel „Silvester 2022 – Feindbild junger migrantischer Mann“.

INTERVIEW MIT DEM AK MIGRATION

Am 26.4.2023 veröffentlichte die junge Welt ein Interview von David Bieber mit Benno Nothardt unter dem Titel „Verortet Gewalt in Gruppe, die man ausgrenzen kann.“ Über rassistische Zuschreibungen in Berichterstattung über Jugendunruhen.“
www.jungewelt.de/artikel/449689.reaktion%C3%A4re-stimmungsmache-verortet-gewalt-in-gruppe-die-man-ausgrenzen-kann.html

WORKSHOPS ZUR EINFÜHRUNG IN DIE KDA

Diesen Sommer bieten wir zwei Workshops an: Einen am 22.+23.6. an der Justus-Liebig-Universität Gießen und einen am 24.+25.7.2023 im DISS.

Der Workshop in Gießen richtet sich vorrangig an Promovierende der JLU, aber Externe können sich auch anmelden, wenn noch Plätze frei sind. Der Workshop im DISS ist für alle Interessent*innen offen. Infos, Preise und Anmeldung:
www.diss-duisburg.de/workshop-kritische-diskursanalyse

NEWSLETTER

Das DISS verschickt 4–6-mal pro Jahr einen Newsletter. Wer diesen bestellen oder abbestellen will, mailt an info@diss-duisburg.de.

„England, als Metropole des Kapitals, als bis jetzt den Weltmarkt beherrschende Macht, ist einstweilen das wichtigste Land für die Arbeiterrevolution, dazu das einzige Land, wo die materiellen Bedingungen dieser Revolution bis zu einem gewissen Reifegrad entwickelt sind. Die soziale Revolution in England zu beschleunigen, daher der wichtigste Gegenstand der Internationalen Arbeiterassoziation. Das einzige Mittel, sie zu beschleunigen, ist die Unabhängigkeitmachung Irlands. Daher Aufgabe der ‚International‘, überall den Konflikt zwischen England und Irland in den Vordergrund zu stellen, überall für Irland offen Partei zu nehmen. Die spezielle Aufgabe des Zentralrats in London, das Bewußtsein in der englischen Arbeiterklasse wachzurufen, daß die nationale Emanzipation Irlands für sie keine question of abstract justice or humanitarian sentiment ist, sondern the first condition of their own social emancipation.“

K. Marx: Brief an Sigfrid Meyer und August Vogt (9. April 1870)

„Die Tatsache, daß der Kampf gegen eine imperialistische Macht für die nationale Freiheit unter bestimmten Bedingungen von einer anderen ‚Großmacht‘ für ihre ebenfalls imperialistischen Ziele ausgenutzt werden kann, kann die Sozialdemokratie genausowenig bewegen, auf die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechts der Nationen zu verzichten, wie die mehrfachen Fälle der Ausnutzung der republikanischen Losungen durch die Bourgeoisie [...] die Sozialdemokratie bewegen können, auf ihren Republikanismus zu verzichten.“

W.I. Lenin: Die sozialistische Revolution und das Selbstbestimmungsrecht der Nationen (Thesen, 1916)

Marx und Lenin über nationale Unabhängigkeit und Selbstbestimmung